

Zum Studium des Kampfes der KPD

(1929 – 1933/34)

Materialien einer Konferenz
von „Gegen die Strömung“

**Originaldokumente, Thesen und
kritische Einschätzungen**

Preis: 4,50 €

1. Auflage, Berlin 2003

Inhalt

I. „Was will die Kommunistische Partei?“	5
1. Vorbemerkung zum Nachdruck der Broschüre	
2. „Was will die Kommunistische Partei?“, KPD-Broschüre von 1932	
3. Kritische Nachbemerkung – Gewichtige Fehler	
4. Anmerkungen zur KPD-Broschüre	
5. Zu Änderungen in der 2. Auflage	
II. Rahmenbedingungen für eine richtige Einschätzung der Linie der KPD von 1929 bis 1934	32
1. Rahmenbedingungen für eine richtige Einschätzung der Linie der KPD von 1929 bis 1934 (Thesen)	
2. Referat zu den Thesen	
3. „Der Klassenkampf unter Führung der KPD 1929 bis zum Sieg des Nazifaschismus 1933“ (Flugblatt)	
III. Weitere Dokumente der KPD	54
1. Aus dem Referat Ernst Thälmanns auf der Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals	
2. Rudolf Gerber: „Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus“	
3. „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ der KPD von 1930	
4. „Das soziale und nationale Befreiungsprogramm der Werktätigen Deutschlands“. Aufruf des ZK der KPD von 1934	
● Kritische Bemerkungen zu einigen Dokumenten der KPD	82

Vorbemerkung

zum Nachdruck der Broschüre: „Was will die Kommunistische Partei?“

1.

Die nachfolgend abgedruckte Broschüre der KPD, verantwortet vom 1944 im KZ Sachsenhausen von den Nazis ermordeten ZK-Mitglied der KPD Genosse Ernst Schneller, (sie erschien 1932 in zwei Auflagen) ist heute weitgehend unbekannt. Nachgedruckt in den siebziger Jahren in kleiner Auflage, war diese Broschüre in den letzten Jahren der Weimarer Republik in hoher Auflage an die breiten Massen der an der Politik der KPD interessierten Menschen gerichtet: In der Kombination von grundlegenden programmatischen Fragen und tagespolitischen Fragen wird der prinzipielle Schwerpunkt auf an der Wirklichkeit orientierten Begründungen und logischen Argumenten gelegt.

Vielleicht, ja sehr wahrscheinlich ist es kein Zufall, daß diese umfassende Schrift in keiner uns bekannten Schrift der SED-Revisionisten auch nur erwähnt wird.

Wir haben durch Hervorhebungen im Text der KPD 1932 die klaren und uns vorbildlich erscheinenden Passagen betont.

Unsere Hauptkritik an dem Dokument befindet sich in der kritischen Nachbemerkung, die kleineren Kritiken sind anschließend in Anmerkungen notiert.

2.

Wenn wir diese eine Schrift hier nachdrucken, zum Studium und zur Diskussion empfehlen, dann in erster Linie, um richtige programmatische Positionen mit klarer strategischer Orientierung auf die Diktatur des Proletariats auf die sozialistische Revolution vorzustellen, dann aber gerade auch, um - belegt an einem Dokument - in konzentrierter Form, die damaligen Schwächen und Fehler der KPD zu benennen.

Die KPD hat - bei einer unserer Meinung nach richtigen programmatischen Grundposition und richtigen strategischen Orientierung - in taktischer Hinsicht eine Reihe von Fehlern mit gewichtigem theoretischen Hintergrund zu verantworten, die wir nachfolgend im Teil II „Rahmenbedingungen für eine richtige Einschätzung ...“ in knapper Form vorstellen. Eine ausführliche Begründung - entlang den Hauptdokumenten der KPD - wird an anderer Stelle dokumentiert werden. (Eine Nummer des Theoretischen Organs ROT FRONT zu diesem Thema ist in Vorbereitung, siehe Ankündigung im hier abgedruckten Flugblatt).

Diese Kritik ist hart und wie jede wissenschaftliche Kritik „rücksichtslos“, sie bleibt solidarisch und aus unserer Sicht, unserem Selbstverständnis - in der Tradition der KPD stehend - selbstkritisch!



Was will die Kommunistische Partei?

1. Es muß anders werden!

Wenn du, lieber Leser, mit deinem Leben zufrieden bist, wenn du ein gesichertes, ausreichendes Einkommen hast, wenn du ohne Sorge für dich und deine Familie in die Zukunft siehst, dann brauchst du diese Schrift nicht zu lesen. Den Satten und Zufriedenen hat der Kommunismus keine Botschaft zu verkünden. Sie mögen sich bei Hindenburg und Hitler geborgen fühlen. Bist du aber einer von der großen Hungerarmee der Erwerbslosen, einer von den Millionen Arbeitern, Angestellten und Beamten, deren erbärmlicher, ständig abgebauter Lohn nicht zum Nötigsten reicht, bist du einer jener von Steuereinziehern und Wucherern bedrohten Bauern oder Gewerbetreibenden, die verzweifelt um ihre Existenz kämpfen, dann lies, was die Partei der Arbeiterklasse, die Partei aller Ausgebeuteten und Unterdrückten dir zu sagen hat.

Zahllose falsche Propheten wandern landauf und landab und predigen Hilfe, Rettung und Erlösung aus allem Elend. Sie wollen es euch leicht und bequem machen. Werft nur den richtigen Stimmzettel ein, für *Hindenburg oder für Hitler*, für SPD, NSDAP oder Zentrum, dann wird schon alles besser werden. Ein so bequemes Rezept kann euch die Kommunistische Partei nicht bieten. Sie predigt nicht den *Glauben* an ein höheres Wesen, an einen „Retter“, an einen starken Mann, dem man nur die Macht zu geben braucht, damit sich alles zum besseren wendet.

Wir kennen den Ausweg aus dem Massenelend der Erwerbslosigkeit, der Hungerlöhne, der ewigen Unsicherheit und Abhängigkeit, der Lohnsklaverei, der verzweifelten Not der Kleinbauern, Handwerker, Kleinhändler, der werktätigen Intelligenz. Wir kommen nicht mit leeren Versprechungen. Wir können euch das Beispiel zeigen, das Land ohne Erwerbslosigkeit, das Land mit ständig steigenden Löhnen und Gehältern, das Land, in dem die menschliche Arbeitskraft keine Ware mehr ist, die un-

verkäuflich brach liegt, wenn sie nicht von einem Kapitalisten profitbringend ausgenutzt werden kann.

Dieses Land, in dem die Kommunistische Partei herrscht, (*siehe Anmerkung 1*) ist die *Sowjetunion*. Dort wurde in wenigen Jahren ein rückständiges Agrarland in einen modernen Industriestaat verwandelt, ein hungerndes, verelendetes, ungebildetes Volk von Lohnsklaven und halbleibigen Bauern in ein selbstbewußtes, freies, aufgeklärtes, mit allem Notwendigen ausgerüstetes Volk von Arbeitern und Bauern, die Staat und Wirtschaft im eigenen Interesse lenken und unaufhaltsam vorwärts schreiten zur klassenlosen sozialistischen Gesellschaft.

Was in Rußland möglich war, ist in Deutschland zehnmal leichter möglich. (*siehe Anmerkung 2*) Die revolutionäre Praxis der Bolschewiki hat bereits bewiesen, daß es kein ewiges Naturgesetz ist, nach dem Millionen schuften müssen, damit ein paar tausend Parasiten profitieren.

Der sozialistische Aufbau hat gezeigt, daß es nicht die Entwicklung der Technik ist, die Millionen arbeitswillige Menschen aus der Produktion herauswirft und zu einem nutzlosen Elendsdasein verdammt, sondern das kapitalistische Profitsystem, das die Produktivkräfte nicht mehr zu entwickeln und Auszunutzen versteht.

Eine Wirtschaftsordnung, die Getreide verfeuert, während Millionen hungern, die Milch ins Meer gießt, während Kinder an Unterernährung zugrunde gehen, die tausende Tonnen Kohlen auf den Halden häuft, während Millionen frieren, die eine Armee von Bauarbeitern zum Feiern zwingt, während die Massen der Werktätigen in Elendslöchern hausen, ist zum Untergang verurteilt. Aber sie wird nicht eher zugrunde gehen und einer besseren menschlichen, vernünftigen Ordnung weichen, ehe nicht die Masse der Werktätigen, die diese kapitalistische „Ordnung“ buchstäblich zum

Hungertod verurteilt und aufs neue auf die Schlachtfelder des imperialistischen Krieges treiben will, den Ausweg aus der Krise des Kapitalismus begreift, sich von den Fesseln der bürgerlichen Denkweise, sich von dem Druck der vom Kapital bestochenen Organisationen freimacht und entschlossen den Weg des revolutionären Klassenkampfes geht, den einzigen Weg, der die Massen des Volkes aus dem herrschenden Elend herausführt.

2. Die Wurzel des Übels

Um das Elend radikal, mit der Wurzel, auszurotten, muß man verstehen, was die Wurzel des Elends ist.

Die Kommunistische Partei führt seit ihrem Bestehen einen grundsätzlichen Kampf gegen die Unterwerfung Deutschlands unter das Diktat der Siegennächte, gegen den Versailler Vertrag, gegen den Dawes- und Youngplan. Es ist klar, daß ein freies, sozialistisches Deutschland nicht errichtet werden kann unter der Diktatur des internationalen Finanzkapitals, daß eine gründliche Besserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Massen unmöglich ist, solange mehr als 3 Milliarden Mark jährlich an das internationale Kapital an Tributen und Zinsen gezahlt werden, solange sich die Beauftragten des internationalen Finanzkapitals das Recht anmaßen, die deutsche Wirtschaft zu kontrollieren und zu dessen Gunsten zu schröpfen.

Aber es ist ein niederträchtiger Volksbetrug, wenn man *allein* im Versailler System und im Youngplan die Ursache alles Übels sehen will.

Überall, wo der Kapitalismus herrscht, herrschen Elend und Not, Massenerwerbslosigkeit, Lohnabbau, Massenruin der werktätigen Bauern und des Mittelstandes.

In den „Siegerstaaten“ Europas, in England, Frankreich und Polen, in dem reichsten Land der Welt, in den Vereinigten Staaten Amerikas, und in den rückständigen Agrarländern Südamerikas und Asiens. Das wahnsinnige System der Tributzahlungen hat geholfen, die Weltwirtschaft zu desorganisieren, den Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Ländern zu verschärfen, den Zusammenbruch des internationalen Kreditsystems zu be-

schleunigen. Der Druck des Youngplans hat dahin gewirkt, daß die Massenverelendung in Deutschland noch rascher vor sich gegangen ist als in anderen großen Industriestaaten.

Aber die Wurzel des Massenelends ist nicht der Youngplan, sondern das kapitalistische System,

wie auch die Herrschaft des Versailler Vertragssystems nicht auf den Buchstaben des Versailler Vertrags, sondern auf der Macht des internationalen Finanzkapitals beruht. Der Hooverplan, die Einstellung der Reparationszahlungen für ein Jahr, hat bereits gezeigt, daß die Weltkrise des Kapitalismus mit kleinen Pfuscherrezepten nicht geheilt werden kann. Wenn Hitler und seine Getreuen glauben, durch Bauchrutschen vor dem italienischen, englischen und französischen Kapitalismus, [siehe *Nachbemerkung*] durch die Anpreisung ihrer Landsknechtsdienste gegen den Bolschewismus einen Nachlaß der Reparationszahlungen zu erreichen – vom Zerreiß der Youngplans ist nicht mehr die Rede, seitdem Hitler tagtäglich seine legale Regierungsfähigkeit bekundet –, so würde ein Kompromiß auf dieser Grundlage, wie es ebenso von Brüning und seiner SPD angestrebt wird, die Wurzel des Massenelends nicht treffen, an den verzweifelten sozialen Zuständen Deutschlands nicht das mindeste ändern.

3. Der „Ausweg“ der Kapitalistenklasse ist kein Ausweg für die werktätigen Massen

Die Krise bedrückt nicht nur die arbeitenden Massen, deren materielle Existenz buchstäblich in Frage gestellt ist, sie verursacht auch der herrschenden und besitzenden Klasse ernste Sorgen. Ihr Profit ist in Gefahr. Das Zusammenschrumpfen des Absatzes, der Sturz der Weltmarktpreise, die verschärft Konkurrenz der anderen kapitalistischen Länder und schließlich die wachsende Empörung der ausgebeuteten Massen, das sind ernste Gefahren für das kapitalistische Profitsystem als Ganzes und für das einträgliche Dasein selbst der mächtigsten und reichsten Bank- und Trustmagnaten.

Wenn solche internationalen Finanzgrößen

wie der schwedische Zündholzkönig Kreuger und der amerikanische Filmmagnat, der Kodak-Eastmann, ihrem Leben ein Ende machen, wenn kaum ein Tag vergeht, an dem nicht der Zusammenbruch einer Bank oder eines Industrieunternehmens gemeldet wird, wenn der Staatsbankrott von einem Land zum anderen schreitet und der einstige Weltbankherr, England, nicht mehr imstande ist, seine Goldwährung aufrecht zu erhalten, dann ist es klar, daß das Weltsystem des Kapitalismus bis in seine Grundfesten erschüttert ist.

4. Bringen Hungerlöhne mehr Arbeit?

Das beliebteste Rezept der Kapitalisten aller Länder zur Überwindung der Krise ist die Herabdrückung der Arbeitslöhne. Die „Theorie“, die zur Begründung dieser Politik vorgebracht wird, ist sehr einfach. Wir müssen durch billige Preis unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt steigern, darum müssen wir die Produktionskosten senken, und die Löhne sind der wichtigste Faktor in den Produktionskosten. Dieser Zwang zur verstärkten Ausfuhr durch Herabdrückung der Löhne ist besonders stark in Deutschland, weil die Milliardenzahlungen an das Ausland gar nicht anders geleistet werden können, als durch einen Ausfuhrüberschuß.

Nicht wesentlich verschieden von diesen offen kapitalistischen Lohnabbau-Rezepten sind die Vorschläge des ADGB. Die 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich läuft darauf hinaus, daß die Arbeiter möglichst billig arbeiten sollen, damit möglichst viele Arbeiter arbeiten können. Auch der scheinbar unsinnige Gedanke einer *Arbeitsdienstplicht* zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, ein Kernstück des faschistischen Programms, hat vom Standpunkt des kapitalistischen Profits denselben „vernünftigen“ Sinn. Wenn junge Arbeiter unter militärischer Disziplin für ein paar Bettelpfennige oder eine Bettelsuppe arbeiten, dann soll dadurch das Gesamtlohniveau herabgedrückt, die Produktion verbilligt werden. Die sogenannten „Arbeitsbeschaffungspläne“ des ADGB („Krisen-Kongreß“), bei denen die „Kreditausweitung“ eine entscheidende Rolle spielt, und die Währungsphantasien der Nazis,

mit ihrem „Federgeld“, sie gehen in derselben Richtung. Produktionsverbilligung durch Senkung der Reallöhne auf indirekten Wegen, durch *Inflation*.

Alle diese Projekte, die von den Kapitalisten mit Hilfe der SPD und der Nazis entworfen und durchgeführt werden, können sie wenigstens das leisten, was sie versprechen: Überwindung der Massenerwerbslosigkeit auf Kosten der Senkung der Lebenshaltung der jetzt schon elend bezahlten Arbeiter und Angestellten?

Das ist offenkundig eine Illusion. Die Methode des Lohnabbaus ist kein Privileg der deutschen Bourgeoisie. Dieses „Geheimnis“ ist auch schon von anderen Ländern entdeckt worden. Gegen eine Schmutzkonkurrenz auf Grund von Hungerlöhnen kämpfen die kapitalistischen Konkurrenten nicht nur mit verstärkter Kapitaloffensive gegen die Arbeitslöhne im eigenen Land, sondern auch mit verschärften Schutzzollmaßnahmen. Auf Grund der deutschen Hungerlöhne hat es die Bourgeoisie in der Tat fertig gebracht, daß die Ausfuhr in Deutschland verhältnismäßig weniger zurückgegangen ist als in anderen großen Industriestaaten; aber sie ist trotzdem in ständigem Rückgang.

Die verzweifelten Anstrengungen der Kapitalistenklasse, durch schärfsten Lohnabbau mit Einsetzung des ganzen Notverordnungs- und Schlichtungsapparates aus der Krise herauszukommen, werden die Massenerwerbslosigkeit nicht beseitigen, sondern das Massenelend nur noch steigern, und sie verstärken durch die Verschärfung der imperialistischen Konkurrenzkämpfe die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges.

5. Ist der Krieg ein Ausweg aus der Krise?

Welcher Arbeiter, welcher Werktätige kann gleichmäßig oder gar mit Hoffnung zusehen, wie das Kriegsgewitter, das heute schon Menschen seinesgleichen, Menschen seiner Klasse vernichtet, näher und näher heranrückt? Wie kann er sich freuen, in dem großen Menschenschlachthaus Arbeit zu finden, wo er morgen schon selber das

Schlachtopfer sein kann!

Es ist, als wenn in der Nachbarstadt die Pest ausgebrochen wäre, und hier würden sich Menschen vergnützt die Hände reiben, weil die Fabrikation von Särgen einen Aufschwung nimmt. Aber die Pest wird nicht in einigen Kilometern Entfernung stehen bleiben, und diejenigen, die sich heute noch über den „guten“ Verdienst in der Sargfabrikation freuen, können schon morgen eingescharrt werden.

Der Krieg als Ausweg aus der Krise – das wurde schon einmal versucht 1914–1918. **Deutschland kämpfte um „seinen Platz an der Sonne“** und liegt nun geknebelt, gedemütiert und ausgepreßt am Boden. England siegte im Kampf gegen die deutsche Konkurrenz, und der englische Kapitalismus ist seit diesem Siege in beschleunigtem, unaufhaltsamem Niedergang. Amerika, das den größten Profit aus dem Krieg und dessen Ausgang zog, windet sich in den Krämpfen der schwersten Krise.

Niemand darf glauben, daß der nächste Krieg zwischen ein paar Militärspezialisten ausgetragen wird, während die Bevölkerung im Hinterland friedlich, ungefährdet an der Kriegsproduktion verdient.

Schanghai ist eine eindringliche Lehre. Mitten im „Frieden“, ohne Kriegserklärung, fiel der japanische Imperialismus über eine unbewaffnete Stadt her, schoß die Arbeiterviertel in Brand und metzelte Tausende unbewaffnete Männer, Frauen und Kinder nieder. So wird der Krieg auch in Europa aussehen!

6. Was soll der Krieg Deutschland bringen?

Die Rechnung der deutschen Bourgeoisie ist klar. Was sie erstrebt, Lockerung der Fesseln des Versailler Vertrages, Freiheit der imperialistischen Kriegsrüstung, Kolonien usw., alles das hofft sie als Gegengabe für die *Unterstützung des Interventionskrieges gegen den Arbeiterstaat* zu erhalten. Das ist ihr „Ausweg“ aus der Krise!

Ist das ein Ausweg auch für die Arbeiter und Angestellten, werktätigen Bauern, den verarmten Mittelstand in Deutschland? Soll Deutsch-

lands Jugend unter dem Kommando französischer und polnischer Offiziere [siehe *Nachbermerkung*] zu Ehren des internationalen Kapitals in dem reaktionärsten und verbrecherischsten Krieg der Weltgeschichte hingeschlachtet werden, damit der sozialistische Aufbau zerstört, die Arbeiter- und Bauernregierung niedergeschlagen, damit das einzige Land ohne Krise und Arbeitslosigkeit in eine Sklavenkolonie des Weltimperialismus verwandelt wird?

Sollen dafür Millionen Menschen sterben, soll dieser Preis gezahlt werden, damit von der 7-Millionenarmee der Erwerbslosen diejenigen, die nicht in den Massengräbern eingescharrt werden, für eine gewisse Zeit beim Granatendrehen und in der Giftgasproduktion Arbeit finden?

Dies kann ein „Ausweg“ sein für Hindenburg und Hitler, für Leute, denen der Krieg bekommen ist wie eine Badekur, die nur als Führer von Landsknechtshorden ihre Fähigkeiten betätigen können, ein „Ausweg“ auch für die sozialpatriotischen Kriegskreditbewilliger und Durchhalte-Prediger, die wieder so „unabkömmlich“ zu sein hoffen, wie 1914–1918, die von der Niederschlagung des Arbeiterstaates die Niederringung der kommunistischen Weltbewegung, die Rettung ihres bankroten Parteiladens erwarten. Es ist kein Ausweg für die werktätigen Massen.

7. Nur der Sozialismus bringt Rettung

Darum kann es zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse nichts anderes geben, als den unversöhnlichen Klassenkampf, der mit dem täglichen Kleinkrieg um Lohn und Brot beginnt und mündet in den letzten entscheidenden Kampf zur Enteignung der Kapitalistenklasse, zur Brechung ihrer politischen Macht, zur Aufrichtung der Arbeiterherrschaft, der Diktatur des Proletariats, das im Bündnis mit allen Werktätigen die Produktionsmittel, die den Privatspekulanten entrissen werden, ausnützt zur planmäßigen Entfaltung der Produktion, zur Befriedigung der Bedürfnisse aller Werktätigen.

Das allein ist Sozialismus und der Weg

zum Sozialismus, wie ihn Marx und Engels prophetisch vorausgesehen, wie ihn Lenin und Stalin durch die Theorie und Praxis der proletarischen Diktatur, der Sowjetmacht, verwirklicht haben.

Warum gibt es in der Sowjetunion keine Erwerbslosigkeit, sondern sogar Mangel an Arbeitskräften? Weil die Bedürfnisse der Werktätigen faktisch unbeschränkt sind, weil gar nicht genug produziert werden kann, wenn nicht mehr für eine Million Schmarotzer, sondern für die ganze schaffende Gemeinschaft der Werktätigen produziert wird. Warum herrscht trotzdem noch Mangel an wichtigen Gegenständen des täglichen Bedarfs in der Sowjetunion? Weil die größte Entfaltung der Produktion, ihre Verdreifachung im Vergleich mit der Vorkriegszeit nicht genügt, um den gewaltig wachsenden Bedürfnissen dieses Hundertsechzigmillionenvolkes Rechnung zu tragen.

Gäbe es erwerbslose Bauarbeiter in Deutschland, wenn für alle Proletarierfamilien Wohnungen gebaut würden? Gäbe es erwerbslose Metallarbeiter, wenn die gesamte Landwirtschaft auf eine moderne, rationelle Maschinentechnik umgestellt würde, wie es zur Schaffung einer menschenwürdigen Existenz für die werktätigen Bauern und zur Sicherung der Ernährung der städtischen Bevölkerung notwendig wäre?

Die sozialistische Planwirtschaft löst alle Probleme, die zu lösen die kapitalistische Welt unfähig ist. Das beweist das Beispiel der Sowjetunion.

8. SPD und NSDAP – die zwei Schutztruppen des Finanzkapitals

Sozialdemokratie und Nationalsozialisten: die einen haben so wenig wie die anderen das Recht, den Namen Sozialismus für sich zu beanspruchen.

Die Nazis bekennen sich offen als Todfeinde des proletarischen Klassenkampfes, des Marxismus. Sie bekennen sich ebenso offen zum Privateigentum der Krupp und Thyssen, der Schwerindustriellen und Großagrarier, von denen sie ausgehalten

werden.

Ihr „Sozialismus“ besteht in leeren Phrasen, wie „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, nichts-sagenden Redensarten, wie sie die Weimarer Verfassung schmücken.

Das Ideal der Nazipartei ist das Reich Mussolinis, in dem die Erwerbslosigkeit nicht geringer ist als in den anderen Ländern der kapitalistischen Ausbeutung, das Land, das Deutschland mit den Methoden des staatlichen Lohn- und Gehaltsabbaues und der staatlichen Streikunterdrückung beispielgebend vorangegangen ist. Das Dritte Reich der Nazis soll nach diesem Beispiel ein Reich der unbeschränktesten Herrschaft jener Ausbeuterclique der Hugenberg, Thyssen, von Stauß und Co. sein, die nicht umsonst den nationalen „Sozialismus“ der Hitler und Goebbels unterstützen. Diese Herrschaften, die im Reichstag alle kommunistischen Anträge auf Besteuerung der Millionäre, der Dividenden der Großbanken und Trusts konsequent niedergestimmt haben, die in den Landesregierungen in Thüringen und Braunschweig alle Notverordnungen Brünings gegen die werktätigen Massen treu durchgeführt, die am Vorabend des 13. März durch den Mund Hitlers (in einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker) sich *für die Beibehaltung der Brüningschen Notverordnungen* aussprachen, haben mit dem Sozialismus so wenig gemein, wie etwa der Reichsverband der Industrie oder die Pinkerton-Gesellschaft.

Die SPD unterstützte von 1914–1918 den imperialistischen Völkermord; 1918–1920 organisierte sie die Konterrevolution, die das revolutionäre Proletariat blutig niederschlug; so halfen sie die bürgerliche Republik schaffen, in deren Regierung sie nun seit 14 Jahren sitzt.

Nicht das Programm des Sozialismus, an dessen erster Stelle die Enteignung der Kapitalistenklasse steht, ist für die SPD maßgebend, sondern die Weimarer Verfassung, deren oberstes Prinzip der *Schutz des kapitalistischen Privateigentums* ist.

Der bürgerliche Staat mit seinen Richtern, Polizisten und Soldaten, mit seinen Pfaffen und Professoren, hat keine andere

Aufgabe, als das Privateigentum der Kapitalistenklasse zu schützen. Jede Partei, die sich auf den Boden dieses Staates stellt, die Posten und Pöstchen in diesem Staat erstrebt, die sich seiner Gesetzlichkeit (Legalität) unterstellt, kann keine andere Rolle spielen, als die einer Schutzgarde des kapitalistischen Privateigentums.

Wenn die Rettung des Kapitalismus Abbau der Löhne erfordert, dann hilft die SPD, unterstützt vom ADGB, die Löhne abzubauen. Wenn der bürgerliche Staat gegen das revolutionäre Proletariat verteidigt werden muß, dann verbieten die sozialdemokratischen Regierungsmänner Arbeiterdemonstrationen und Arbeiterorganisationen, Arbeiterzeitungen und Arbeiterversammlungen.

Die SPD-Führer preisen sich bei jeder Gelegenheit als die Vorkämpfer der Demokratie gegen den Faschismus an. *Aber was ist der Faschismus?* Der Faschismus ist eine *Herrschaftsmethode des Finanzkapitals*, bei der die Arbeiterklasse aller Rechte beraubt, mit allen Mitteln der Gewalt unterdrückt wird, zu welchem Zwecke die Bourgeoisie neben ihrer offiziellen Staatsgewalt bewaffnete Banden aus verzweifelten kleinbürgerlichen und lumpenproletarischen Elementen gegen das Proletariat einsetzt.

Wir sehen, wie die Bourgeoisie in allen kapitalistischen Ländern unter dem Druck der Krise, und bedroht von den Gefahren der revolutionären Massenbewegung, sich bemüht, ihr wankendes System mit diesen Mitteln des offenen Terrors zu befestigen.

Die Kommunistische Partei setzt ihre ganze Kraft ein, um die Rechte der werktätigen Massen zu verteidigen, um den faschistischen Terror zurückzuschlagen, um den Masseneinfluß der reaktionären Bourgeoisie auf die rebellierenden kleinbürgerlichen Schichten zu brechen.

Wo aber steht die Sozialdemokratie im Kampf gegen den Faschismus? Sie nützt die Regierungsmacht, soweit sie sie inne hat, nicht zur Unterdrückung der faschistischen Organisationen aus, sondern zur Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung. Der Sozialdemokrat *Severing*, damals Reichsinnenmini-

ster, jetzt preußischer Polizeiminister, hat die stärkste antifaschistische Kampforganisation, den Roten Frontkämpfer-Bund, verboten. Der Sozialdemokrat *Zörgiebel* hat die proletarische Demonstrationsfreiheit durch Niederschlagung von 30 Proleten am 1. Mai 1929 mit brutalster Gewalt unterdrückt; die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung wetteifert mit jeder deutschnationalen oder nationalsozialistischen Regierung in Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse, im Polizeiterror gegen Streiks, in Überfällen auf proletarische Demonstrationen, in Zeitungsverbots usw.

Darum haben wir diese verkommene Sozialdemokratie mit vollem Recht als eine Partei des *Sozialfaschismus* gekennzeichnet, als eine Partei, die mit sozialistischen Phrasen ihre faschistische Praxis verdeckt. Die Kapitalistenklasse als Ganzes, mit allen ihren Parteien, strebt die Sicherung dieser Klassenherrschaft mit allen Mitteln der gewaltsamen Unterdrückung der Arbeiterbewegung an. Das ist Sinn und Zweck aller Notverordnungen, aller Polizei- und Justizmaßnahmen, die sich niemals gegen die faschistischen Terror-Organisationen richten, sondern immer nur ausschließlich das klassenbewußte Proletariat treffen. Im Rahmen dieser allgemeinen faschistischen Offensive der Bourgeoisie, die gegenwärtig von der Brüning-Regierung geführt, aber durch die Hugenberg-Hitlergarden, die SA und den Stahlhelm wirksam unterstützt wird, spielen die Sozialdemokratie und der ADGB eine besonders verhängnisvolle Rolle. Ohne ihre Unterstützung wären alle diese Angriffe gegen die Arbeiterklasse unmöglich, denn ihr Einfluß ist es, der bis jetzt eine wirksame Gegenoffensive der Arbeiterklasse verhindert hat.

Wäre es möglich, daß die Kapitalistenklasse, gestützt auf die Staatsmacht, mit einem Schlag die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten 10 bis 15 Prozent herabsetzt, wenn die proletarischen Massen mit der Waffe des *Massenstreiks* zur Abwehr übergingen. An einem solchen Widerstand wäre Brüning im Jahre 1932 genau so gescheitert, wie Kapp im März 1920 und Cuno im August 1923. Aber unter dem Druck der Sozialdemokratie und des ADGB konnten die arbeitenden Massen ihren Widerstand gegen die Notverordnungs-

Diktatur, diese Regierungsform des Übergangs zum offenen Faschismus, nicht wirksam entfalten.

9. Wie das „kleinere Übel“ zum größeren Übel führt

Das Hauptargument, mit dem die Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Periode die Kampfkraft des Proletariats lähmmt, das ist die Schwindeltheorie vom „kleineren Übel“. Die SPD unterstützt bereits seit drei Jahren alle arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Brüning-Diktatur. Sie hat Millionen ihrer Anhänger zur Unterstützung des kaiserlichen Feldmarschalls bei den Präsidentenwahlen mobilisiert, alles das mit dem Argument vom „kleineren Übel“: die gegenwärtige Regierung sei immer noch besser als eine Hitler-Regierung. Eine faschistische Diktatur würde die Arbeiterbewegung mit blutigem Terror vernichten. Darum gäbe es kein anderes Ziel, als Hitler von der Regierung fernzuhalten. Also stützt Brüning, stimmt für Hindenburg, wählt SPD, um Deutschland vor dem faschistischen Terror zu retten!

Den Kommunisten aber werfen diese Volksbetrüger vor, sie seien Bundesgenossen der faschistischen Reaktion, weil sie allen Parteien und Gruppierungen mit der gleichen Unversöhnlichkeit gegenüberstehen, weil sie sich niemals durch den Terror der Hitlergarden und die Demagogie der Sozialfaschisten davon abbringen lassen, in jeder Frage den selbständigen Klassenstandpunkt des Proletariats zu vertreten.

Prüfen wir die sozialfaschistische Theorie des „kleineren Übels“ am Beispiel der Präsidentenwahlen. War die Stimmabgabe für Hindenburg wirklich – wie Millionen Arbeiter sich von den sozialdemagogischen Volks betrügern einreden ließen – das gebotene Mittel um die Machtergreifung Hitlers zu verhindern? Um diese Frage richtig zu beurteilen, müssen wir die Stimmenzahl bei den Präsidentenwahlen nicht isoliert, sondern im Zusammenhang der ganzen politischen Entwicklung betrachten.

Wenn die Hitlerpartei in wenigen Jahren zur stärksten bürgerlichen Partei werden konnte, so ist das in erster Linie Schuld der Koalitions-

und Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie, die in ihrer Gefolgschaft für Hindenburg gipfelte. Wie konnte es dem extrem reaktionären Flügel der Bourgeoisie, den Hugenberg und Thyssen, gelingen, Millionenmassen durch die Wirtschaftskrise ruinerter, gefühlsmäßig gegen den Kapitalismus rebellierender Menschen für Hitler zu mobilisieren? Nur deshalb, weil die Sozialdemokratie seit Jahren innerhalb und außerhalb der Regierung die ganze Verantwortung für alle Schandtaten des deutschen Kapitalismus übernommen hat. Das konnten die Hindenburg und Hitler ausnutzen, um die Empörung politisch unaufgeklärter Massen über das herrschende System gegen den „Marxismus“, gegen die gesamte Arbeiterbewegung, abzulenken.

Indem die Sozialdemokratie bei der Präsidentenwahl für Hindenburg eintrat, nahm sie noch einmal die volle Verantwortung für die ganze Notverordnungsdiktatur auf sich. Diese klassenverräterische Politik der SPD, die den Nazis erst ihre „oppositionelle“ Demagogie ermöglicht, hat dem offenen Faschismus den größten Teil seiner Anhängerschaft zugetrieben.

Warum ist es aber den Nazis nicht gelungen, eine größere Stimmenzahl zu erreichen? Weil die Kommunistische Partei als die einzige revolutionär Kraft, die gegen das ganze kapitalistische System, gegen die Diktatur des internationalen Finanzkapitals, gegen Versailles und Young-Plan kämpft, den Volksbetrug des Hitlerfaschismus entlarvt, die ehrlichsten und aktivsten Elemente aus der faschistischen Front loslässt, den Einbruch des Hitlerfaschismus in die Reihen der Arbeiterklasse verhindert hat. In derselben Zeit, in der die SPD ständig an Einfluß zurückging, hat die KPD eine wachsende Millionenarmee proletarischer Kämpfer in der roten Klassenfront gesammelt.

Denkt euch die Kommunistische Partei aus der Geschichte des politischen Kampfes in Deutschland in den letzten Jahren fort. Stellt euch vor, alle Arbeiterorganisationen hätten nach dem Beispiel der SPD sich zu kläglichen, machtlosen Anhängseln der Hindenburg-Brüning-Front verwandelt. Dann hätte der Hitlerfaschismus alle gegen die bestehenden Verhältnisse rebellierenden Elemente in seinem

Lager sammeln können, dann wäre keine Kraft da, die den Aufstieg des offenen Faschismus zur Macht hätte verhindern können

Man stelle sich andererseits vor, die Politik des „kleineren Übels“ wäre geschlagen, die Sozialdemokratie und der ADGB hätten ihren Masseneinfluß verloren, die 7 bis 8 Millionen, die diesmal in der „Eisernen Front“ hinter Hindenburg und Brüning einhertraten, würden in der roten Klassenfront gemeinsam mit den 5 Millionen der KPD marschieren, die am 13. März für Thälmann gestimmt haben. Ist es nicht klar, daß dann nicht nur die Träume Hitlers von der „legalen Machteroberung“ mit dem Stimmzettel in nichts zerflossen wären, sondern daß die Götterdämmerung der ganzen Kapitalsdiktatur herangebrochen wäre?

So muß man die Frage stellen, um zu begreifen, warum die Kommunistische Partei ihre Stoßkraft darauf konzentriert, den Masseneinfluß des Sozialfaschismus, dieser stärksten Stütze der Kapitalsdiktatur, dieses größten Übels für die Arbeiterbewegung, zu brechen.

Kann man in der Wahl Hindenbergs eine Sicherung gegen den Hitlerfaschismus sehen? Selbstverständlich nicht! Zwischen den Gruppen, die gegenwärtig hinter Hindenburg stehen, den Trustgewaltigen Duisberg, Krupp und Co., der Reichswehrgruppe mit Schleicher, und Groener, dem unter katholischer Flagge segelnden Teil der Schwerindustrie und der Großagrarier auf der einen Seite und den Kapitalistengruppen, die die Hitlerfront kommandieren, den Schwerindustriellen Hugenberg und Thyssen, der Mehrheit der im Landbund organisierten Großagrarier, einem großen Teil der bewaffneten Macht, der Mehrzahl des monarchistischen Offizierkorps auf der anderen Seite, zwischen diesen beiden Gruppierungen besteht kein wesentlicher und grundsätzlicher Gegensatz. Es ist ein Konkurrenzkampf um die leitenden Stellen im Staat, ein Kampf, wer an der Spitze der Diktatur gegen die Arbeiterklasse stehen soll. Die Schleicher und Groener, die den Nazis die Reichswehr öffnen, die Stahlhelm- und Naziführer, die bei jeder Gelegenheit Hindenburg ihre Ergebenheit versichern und mit Brüning um die Regierungsteilnahme schachern, sind das etwa unversöhnliche Todfeinde?

Ein Teil der bürgerlichen Presse hat es offen ausgesprochen, daß nach dem Wahlergebnis vom 13. März Hindenburg den richtigen Zeitpunkt zu bestimmen habe, an dem die Nazis mit ihrem 11 Millionen-Anhang „zur Verantwortung herangezogen“ werden. 1925 erhob die SPD ein gewaltiges Feldgeschrei gegen Hindenburg, als den Kandidaten der Reaktion und empfahlen den reaktionären Zentrums-pfaffen Marx als den Gegenkandidaten des „Volksblocks“. Die Kommunistische Partei wurde beschuldigt, durch die Kandidatur Thälmanns die Wahl Hindenbergs verschuldet zu haben. Ein Jahr später war der Volksblock-kandidat Marx Hindenbergs treuer Kanzler, vereint regierten beide Konkurrenten um den Präsidentenposten gegen die Arbeiterklasse.

Wenn die Arbeiterschaft eine solche Entwicklung nicht durch ihre revolutionären Massenaktionen verhindert, die hindenburgtreue SPD wird es gewiß nicht verhindern, daß Hindenburg zu gegebener Zeit, wenn es die Bourgeoisie für zweckmäßig hält, Hitler zur Regierung beruft.

Die SPD, die mit Hilfe ihrer Theorie vom „kleineren Übel“ die arbeitenden Massen von einem Übel zum anderen, vom kleineren zum größeren Übel geführt hat, sie hat – soweit ihr Einfluß reicht – ihre Anhängerschaft gegen eine solche Entwicklung entwaffnet. Nachdem sie die „Spielregeln der Demokratie“ als oberstes Gesetz anerkannt, den reaktionären Vertreter der Gesamtbourgeoisie Hindenburg als treuesten Hüter der Verfassung gepriesen hat, welchen Widerstand könnte sie noch leisten, wenn dieser Hüter der Verfassung verfassungsmäßig den obersten Führer der faschistischen Mördergarden in die Regierung beruft?

Die Stampfer, Löbe, Tarnow haben jetzt schon die neue Theorie des „kleineren Übels“ bereit: eine legale Regierungsübernahme Hitlers wäre doch ein kleineres Übel als ein Hitlerputsch! In der Tat ist kein Übel so groß, als daß nicht ein größeres folgen könnte. Wenn die Arbeiterschaft, durch das reformistische Gift gelähmt, ein „kleineres Übel“ nach dem anderen ohne Widerstand hinunterschluckt, dann wird die Bourgeoisie ermutigt, das Proletariat mit größeren und größeren Übeln zu schlagen.

Die Theorie des „kleineren Übels“ ist eine Theorie der Ohnmacht des Proletariats, der Leugnung seiner selbständigen Rolle, der Verneinung des Klassenkampfes, der Kapitulation vor der herrschenden Klasse.

Vertraut auf Hindenburg und Brüning, sie werden euch vor Hugenberg und Hitler retten! Das ist, als wenn man sagte: Vertraut auf den Teufel und seine Großmutter, sie werden euch schon vor dem Satan und dem Beelzebub retten.

10. Die Bedeutung kommunistischer Stimmzettel

Durch Parlamentsabstimmung läßt sich nichts wesentliches an den bestehenden Verhältnissen ändern. Weder das Erwerbslosenelend, noch der Lohnraub, noch der faschistische Mordterror können durch den Stimmzettel überwunden werden.

Wenn das die Auffassung der Kommunisten ist, wozu beteiligen sie sich überhaupt an den Wahlen? Wozu haben sie die „aussichtslose“ Kandidatur Thälmanns aufgestellt? Warum fordern sie die Arbeiter und alle Ausgebeuteten auf, für die kommunistische Liste bei den Landtagswahlen zu stimmen? Während die Stimmzettel der bürgerlichen Parteien, von den Nazis bis zur SPD, höchstens bestimmen können, wie die Posten und Pöstchen zwischen den verschiedenen Hilfsgruppen der Bourgeoisie aufzuteilen sind, haben die kommunistischen Stimmzettel eine grundsätzlich andere Bedeutung. Sie sind ein Gradmesser des Klassenbewußtseins, der Kampfentschlossenheit der Proletariermassen, sie demonstrieren Freund und Feind, wie groß die Zahl derer ist, die Weg und Ziel des revolutionären Klassenkampfes bereits erkannt haben.

Eine große Stimmenzahl für den revolutionären Klassenkampf gegen den imperialistischen Krieg, für den Massenstreik gegen den Lohnabbau, für den Massenwiderstand gegen die Ausplünderung der Erwerbslosen, für die Niederwerfung der Diktatur des Finanzkapitals und aller seiner faschistischen Garden, für die Diktatur des Proletariats, das bedeutet eine *Ermutigung für die klassenbewußte Arbeiterschaft*, eine Einschüchterung der Bourgeoisie.

Sieht die herrschende Klasse, wie groß die Zahl derer ist, die entschlossen sind, unter kommunistischer Führung den Kampf gegen die Ausbeuterherrschaft mit allen Mitteln aufzunehmen, dann ist sie gezwungen, vorsichtiger zu manövrieren, den Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsraub in kleineren Dosen zu verabreichen, die den Massen am meisten verhaßten Arbeiterschlächter mehr in den Hintergrund zu stellen usw. Bleibt bei der Wahl die Kommunistische Partei hinter den objektiven Möglichkeiten, hinter der Erwartung zurück, so ermutigt das die Bourgeoisie zu neuen Angriffen auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen. Die herrschende Klasse hat Grund, anzunehmen, daß die Arbeiter, die noch nicht bereit waren, für die Kommunistische Partei zu stimmen, auch nicht bereit sind, unter Führung der KPD und der RGO durch Streik einen neuen Lohnabbau abzuwehren, oder gegen den Raub der Erwerbslosenunterstützung einen revolutionären Kampf zu führen.

Andererseits stellt die Kommunistische Partei selbstkritisch fest: wenn das Ergebnis einer Wahl unbefriedigend war, so hat die Partei noch nicht genügend verstanden, im täglichen Kampf sich das Vertrauen der Massen der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu erringen, sie in den Kampf gegen den Lohn- und Unterstützungsraub, gegen faschistischen Terror und die Kriegspolitik der Bourgeoisie zu führen.

So sind die Wahlkampagnen für die Kommunisten ein den *höheren Zielen des Klassenkampfes untergeordneter*, aber keineswegs unwichtiger Teil ihrer revolutionären Arbeit zur Organisierung des Klassenkampfes.

11. Rote Einheitsfront gegen „Eiserne Front“

Das Proletariat ist mächtig nicht durch Stimmzettel und Parlamentsmandate, sondern durch seine einheitlichen Klassenaktionen. Wenn die 23 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger unter der Führung der klassenbewußten Industriearbeiterschaft, im Bündnis mit der Millionenmasse der armen Bauern und des verarmten Mittelstandes, sich zum revolutionären Massenkampf gegen das Häuflein der Ausbeuter und Schmarotzer erheben, dann gibt

es keine Macht, die diesem Ansturm widerstehen könnte.

So haben die SPD-Führer *Breitscheid* und *Löbe* heuchlerisch Appelle an die KPD losgelassen zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus.*[siehe Nachbemerkung]* Wie sollte dieser „Kampf“ aussehen? „Faschismus“, das ist nach der Auffassung dieser Wegbereiter und Werkzeuge der offenen Diktatur des Finanzkapitals lediglich die „große Konkurrenz“, die Nazipartei; „Kampf gegen den Faschismus“, das heißt nach dieser Auffassung, die Nazis von der Regierung fernhalten, indem man den Hindenburg, Brüning, Duisberg, Krupp und Siemens beweist, daß der Kapitalismus bei den Herrn von der SPD und dem ADGB besser aufgehoben ist, als bei Hitler und Hugenberg.

Die „Eiserne Front“, die sie organisierten, das ist eine Front zur Verteidigung des Notverordnungspräsidenten Hindenburg, zum Schutz des Nazifreundes Groener, des Lohnabbau-Kanzlers Brüning, der sich selbst dessen rühmte, noch am 9. November mit der Waffe in der Hand gegen die Revolution gekämpft zu haben. Das ist die Front, in die SPD und ADGB die Arbeiter hineinführen wollen. Einheit in der „Tolerierung“, in der Duldung jedes Lohnabbaues, jedes Attentats gegen die Elendsarmee der Erwerbslosen, das ist die „Einheitsfront“, die diese Gesellschaft vorschlägt. Den Kampf aber gegen die Nazis soll die Arbeiterschaft vertrauensvoll der Polizei überlassen, die bekanntlich von oben bis unten mit Vertrauensleuten der Nazis durchsetzt ist, und der Reichswehr, deren Führer sich ein Vergnügen daraus machen, mit Hitler zu frühstückten.

Mit diesen Aposteln der Tolerierungspolitik soll sich auch noch nach der Meinung der *Seydewitz* und *Trotzki* die revolutionäre Partei des Proletariats in Kartellen zusammenschließen, um gemeinsam den „Faschismus“ zu schlagen. So sagt der ehemalige Revolutionär Trotzki, man könnte sich auch mit dem Teufel und seiner Großmutter darüber verständigen, „wie zu schlagen, wann zu schlagen und wen zu schlagen“! Aber nur ein ganz dummer Teufel kann glauben, daß man sich mit dem Teufel darüber verständigen kann, wie man am besten

seine Großmutter schlägt.*[siehe Nachbemerkung]*

Selbst wenn die SPD-Führer ein Interesse daran haben, die NSDAP zurückzudrängen, weil sie in ihr eine Konkurrenz um die staatlichen Futterkrippen sehen, so können sie sie doch gar nicht schlagen, weil die ganze Tätigkeit der Sozialdemokratie sich in den Grenzen der herrschenden Klasse halten muß. Severing kann z. B. in den Büros der SA haussuchen lassen, aber er kann die Führer der SA nicht verhaften und die SA nicht unterdrücken, wenn es ihm seine Koalitionspartner, die Herren vom Zentrum, nicht erlauben. Die Partei des Kanzlers Brüning wird dies aber nicht erlauben, weil sie die Interessen der gesamten Bourgeoisie zu vertreten hat. Für diese aber sind gegenwärtig die faschistischen Mordbarden gleich unentbehrlich zur Einschüchterung des Proletariats, wie als Reserve für den kommenden imperialistischen Krieg.

12. Wie die rote Einheitsfront von unten geschaffen wird

Wie aber soll die Einheitsfront des Proletariats zustande kommen, wenn ein Bündnis zwischen den großen Massenorganisationen unmöglich ist? Einigkeit ist überall möglich, wo Klassengenossen für ein gemeinsames Ziel kämpfen. Die Arbeiter und die Werktätigen, die das Klassenziel des Proletariats, die proletarische Diktatur, noch nicht begreifen, sie verstehen, was ihre *unmittelbaren Interessen* sind und können sich zum Kampf für die nächsten unmittelbaren Forderungen zusammenschließen. Das ist der Weg, auf dem die trennende Schranke der Organisationszugehörigkeit überwunden, auf dem die rote Klassenfront verwirklicht wird.

Wenn in einem Betriebe der Kampf für bessere hygienische Bedingungen, für ein erträglicheres Arbeitstempo, für ausreichende Arbeitspausen, für bessere Löhne aufgenommen wird, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen für solche Forderungen ein Kampfkomitee aus ihrer Mitte wählen, und, wenn die Forderungen nicht bewilligt werden, passive Resistenz oder einen Streik organisieren, dann wird in einem solchen Kampfe bald die trennende

Schranke zwischen Anhängern der Sozialdemokratie und Anhängern des Kommunismus, zwischen „Nationalen“ und Marxisten, zwischen Freidenkern und Gläubigen fallen.

Sie werden, was sie zu tun haben, gemeinsam beschließen und gemeinsam durchführen, und so ihre Kraft, die Klassenkraft des Proletariats erkennen. So lernen die Proletarier durch die Praxis, daß sie sich nicht auf Verbandsbürokraten und radikale Schwätzer verlassen können, sondern lediglich auf ihre eigene Kraft und auf die Klassenorganisationen des Proletariats, die die proletarische Solidarität, den proletarischen Klassenkampf verkörpern, die Kommunistische Partei und die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition.

Auf Grund der Erfahrungen solcher Kampfe wird die rote Einheitsfront in den Betrieben aufgebaut, so wird das Fundament der revolutionären Betriebsorganisationen gelegt, das der festeste Stützpunkt ist, wenn es gilt, für größere Ziele mit der Waffe des *politischen Massenstreiks* zu kämpfen.

Ähnlich müssen die Erwerbslosen unter revolutionärer Führung eine Massenbewegung für ihre eigenen unmittelbaren Forderungen organisieren. Auch hier wird eine Massenbewegung in der Regel nicht sofort mit den allgemeinsten und weitestgehenden Forderungen beginnen, sondern mit so einfachen und notwendigen Dingen wie: freie Fahrt auf den städtischen Verkehrsmitteln zur Stempelstelle, ausreichende Warteräume, Einstellung genügender Arbeitskräfte zur ordentlichen Abfertigung usw., Deputationen und Demonstrationen für solche Forderungen, Ausnutzung der Tribüne des Kommunalparlaments, Verbindung des Erwerbslosenkampfes mit dem Kampf der Betriebe, das ist der Weg, auf dem die Masse der Erwerbslosen begreift, daß eine bessere Zukunft nicht von den schwindelhaften Arbeitsbeschaffungsplänen des ADGB, nicht von der militärischen Arbeitsdienstpflicht der Nazis zu erwarten ist, sondern nur von der eigenen Klassenaktion des Proletariats, die die besitzende Klasse zwingt, vor der drohenden revolutionären Gefahr zurückzuweichen und Konzessionen zu machen.

Auf der gleichen Grundlage wird in den Betrieben und in den Wohngebieten die

Abwehr des faschistischen Terrors durch die proletarischen Schutzstaffeln organisiert. Millionen Stimmen für Hindenburg oder die SPD bieten den bedrohten Proletariern keinen Schutz. Aber die Organisierung eines schlagfertigen Alarm- und Abwehrdienstes, die Durchführung von Proteststreiks in den Betrieben, von Streiks bis zur Erzwingung der Entlassung von faschistischen Mordorganisatoren, das sind die Mittel zur Brechung des faschistischen Terrors.

13. Nationale Befreiung und internationale proletarische Solidarität

Die faschistische Massenbewegung freilich kann durch die Abwehr des faschistischen Terrors allein nicht geschlagen werden. Unter den Millionen Wählern der NSDAP gibt es neben reaktionärer Bourgeoisie und gekauften Landsknechten Millionen Werktätiger, die ehrlich von einer Hitler-Regierung die nationale Befreiung Deutschlands und einen Ausweg aus ihrem sozialen Elend erwarten.*[siehe Nachbemerkung]* Darum ist es notwendig, den faschistischen Masseneinfluß zu bekämpfen durch den Nachweis des nationalen Verrats der faschistischen Partei, durch die Aufzeigung des *revolutionären Weges zur nationalen Befreiung*.

Die Faschisten sprechen von nationaler Freiheit, aber sie denken nur an die Unterdrückung anderer Völker.

So verrät die Hitler-Partei den Kampf gegen die nationale Unterdrückung der Deutschen in Südtirol, in Elsaß-Lothringen, in Deutschböhmen.*[siehe Nachbemerkung]* Aber dieselbe Partei propagiert die Erwerbung von Kolonien und die Ausdehnung nach Osten auf Kosten Sowjetrußlands. Diese Landsknechte des internationalen Kapitals wollen, daß Deutschland wieder, wie die anderen imperialistischen Staaten, von der Ausbeutung und Unterdrückung schwächerer Völker profitiert, sei es auch um den Preis der dauernden Unterwerfung Deutschlands unter das Diktat der mächtigeren imperialistischen Staaten und der Preisgabe der Einheit der deutschen Nation.*[siehe Nachbemerkung]*

Das faschistische Programm beruht auf

der verlogenen, den Interessen des Imperialismus angepaßten Rassentheorie, welche die Ausbeutung der großen Mehrheit der Erdbevölkerung durch eine kleine Gruppe kapitalistischer Schmarotzer mit der natürlichen Überlegenheit der „nordischen“ Rasse rechtfertigen soll.

Diese Sklavenhaltertheorie ist ein Hohn auf jeden Sozialismus und auf den Befreiungskampf der Millionenmassen der Kolonialvölker, die sich zum revolutionären Sturm gegen die imperialistische Unterdrückung erheben.

Die chinesischen und indischen Kulis, die einen heroischen und selbstaufopfernden Kampf gegen den Weltimperialismus führen, sind ebenso unsere Bundesgenossen, wie die französischen, polnischen, englischen und tschechischen klassenbewußten Arbeiter, die unter der Führung der kommunistischen Parteien gegen die Tributvögte des Versailler Vertrages kämpfen. Unser mächtigster Bundesgenosse ist die einzige antiimperialistische Weltmacht, die Sowjetunion, die durch ihr Beispiel der nationalen Befreiung aller Völker des ehemaligen Zarenreiches und des siegreichen sozialistischen Aufbaues die revolutionäre Bewegung in allen Ländern ermutigt und anspornt.

Die Kommunistische Partei kämpft für die Zerbrechung der Fesseln des Versailler Vertrages und des Youngplanes durch die proletarische Revolution. So wie die Sowjetregierung nach der siegreichen Oktober-Revolution 1917 alle imperialistischen Verträge zerriß, alle Schulden an das kapitalistische Ausland annulierte, so wird die deutsche Sowjet-Regierung alle imperialistischen Verträge zerreißen und nicht einen Pfennig an Tributen und Zinsen für die von den deutschen Kapitalisten eingegangenen Verpflichtungen zahlen.

Bedeutet das, daß wir zum Krieg gegen Frankreich hetzen, wie die Friedensapostel der SPD, die reichswehrtreuen Gefolgsleute Groeners behaupten? Wenn wir den Sozialismus in Deutschland nur mit Zustimmung des französischen Imperialismus verwirklichen dürfen –, dieses Wunder werden wir niemals erleben. Die proletarische Revolution in jedem Lande muß mit der Todfeindschaft und der Interventionsdrohung der Kapitalisten aller Länder

rechnen. Der gleichzeitige Sieg des Sozialismus in allen Ländern Europas, das ist eine Utopie, von Trotzki und seinesgleichen erfunden, um die Arbeiter vom Kampf für den Sieg des Sozialismus im eigenen Lande abzuhalten. Die Bedingungen für die Revolution reifen in verschiedenen Ländern in verschiedenem Tempo heran, aber der Sieg der Arbeiterklasse in einem Lande ist der mächtigste Hebel zur Entfaltung der revolutionären Bewegung in anderen Ländern.

Es wird sich immer deutlicher zeigen, daß die deutsche Bourgeoisie nicht mehr fähig ist, die Existenz Deutschlands als eines einheitlichen, mächtigen Industriestaates aufrecht zu erhalten. [siehe Nachbemerkung] 1885 schrieb Engels in einer Betrachtung über die Zukunft Englands nach dem Verlust seiner Monopolstellung auf dem Weltmarkt: „Entweder die Nation geht in Stücke, oder die kapitalistische Produktion.“ So können wir mit vollem Bewußtsein der historischen Verantwortlichkeit, die auf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei liegt, sagen: Entweder die deutsche Nation geht in Stücke, oder der deutsche Kapitalismus. Nur die proletarische Revolution kann Deutschland vor der drohenden Katastrophe retten.

14. Der Geist von 1917 gegen den Geist von 1914

Die deutsche Bourgeoisie, die zum imperialistischen Krieg rüstet, beschwört den Geist von 1914 herauf, die „große Zeit“, als Wilhelm II. keine Parteien kennen wollte. Aber die nationale Einheit von 1914 war auf niedrigrächtigem Betrug und gewaltsamer Unterdrückung der Volksmassen aufgebaut und mußte in Stücke gehen. Während im Namen der „nationalen Verteidigung“ von den Volksmassen übermenschliche Opfer gefordert wurden, strichen die Kapitalisten im Hinterlande fette Kriegsgewinne ein und schacherten um Erzbecken und Petroleumquellen, um Kolonien und Landraub.

Gegen diesen Raubkrieg erhoben sich 1917 die Arbeiter und Bauern in Rußland, sie zerbrachen die imperialistische Front, sie jagten nicht nur ihren Zaren, ihre Generale und Guts-

besitzer zum Teufel, sondern auch ihre „demokratische“ Bourgeoisie samt ihren sozialdemokratischen Lakaien. Geführt von der bolschewistischen Partei, gestützt auf das bewaffnete Proletariat und im Bündnis mit den werktätigen Bauern zerschmetterte die proletarische Diktatur die Schmarotzer und Volksfeinde im eigenen Lande und verteidigte in einem revolutionären Volkskrieg das proletarische Vaterland siegreich gegen die Armeen der Imperialisten Europas, Amerikas und Japans. So wird die Einheit der Nation unter der Führung des klassenbewußten Proletariats gegen die Ausbeuter im eigenen Lande und gegen das Weltkapital verwirklicht. Die Rote Armee ist die stärkste Armee der Welt, weil sie eins ist mit den Millionenmassen des Volkes, weil sie sich stützt auf die Solidarität der Werktätigen der ganzen Erde. Das ist der Geist von 1917, der den Geist von 1914 in Rußland besiegt und auf der ganzen Welt besiegen wird.

Die Kommunistische Partei, die aus dem revolutionären Klassenkampf gegen den imperialistischen Krieg die großen Lehren gezogen hat, will keinen Krieg. So wie auf den Abrüstungskonferenzen in Genf die Sowjetunion der einzige Staat der Welt ist, der ehrlich für den Weltfrieden und die Abrüstung kämpft, **so ist die KPD die einzige Partei Deutschlands, die gegen die Kriegsrüstungen der Bourgeoisie einen opfervollen Kampf führt und alles einsetzt, um das deutsche Volk vor den Greueln eines neuen Weltkrieges zu retten.**

Aber die Kommunisten betrügen die Massen nicht, wie die Sozialdemokraten aller Schattierungen, mit dem faulen Zauber des bürgerlichen Pazifismus. So lange die Herren, die Kanonen und Giftgas produzieren und daran profitieren, die Schicksale der Völker bestimmen, kann von Abrüstung und Völkerfrieden keine Rede sein. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt hat bereits in China begonnen. Nur wenn das Proletariat die Opfer des revolutionären Kampfes nicht scheut, kann es verhindern, daß erneut Millionen Menschen in allen Ländern einem imperialistischen Weltkrieg zum Opfer fallen.

15. Wie können wir einen Krieg verhindern?

Ist von den imperialistischen Wölfen im Schafspelz des Pazifismus und des Völkerbundes nichts anderes zu erwarten, als die Unterstützung des imperialistischen Kriegsverbrechens, so wie sie gegenwärtig den japanischen Raubkrieg unterstützen – für den Völkerbund ist das kein Krieg, weil Japan das chinesische Volk ohne Kriegserklärung überfallen hat –, so steht desto dringender die Frage: Was kann die Arbeiterklasse tun, um den imperialistischen Krieg zu verhindern?

Um endgültig zu verhüten, daß Deutschland zum Aufmarschgebiet und zum Kriegslieferanten des reaktionärsten Krieges der Weltgeschichte, des Krieges gegen die Sowjetunion wird, dazu ist es notwendig, **die Macht des Imperialismus in Deutschland zu brechen durch den revolutionären Sturz der Ausbeuterherrschaft. Die Waffen in den Händen des Proletariats, das ist die einzige wirkliche Garantie gegen den imperialistischen Krieg.**

Aber auch bevor dieses Ziel erreicht wird, kann die Arbeiterklasse verhindern, daß die deutsche Bourgeoisie imperialistische Raubzüge unterstützt, an der Hinmordung unserer Klassengenossen in China profitiert und zur Intervention gegen die Sowjetunion rüstet. Wir haben das Beispiel unserer englischen Klassengenossen von 1920. Als damals der polnische Imperialismus unter französischem Kommando Sowjetrußland überfiel, da war der britische Imperialismus drauf und dran, seinen Spießgesellen zu Hilfe zu kommen. Aber durch die Massenbewegung der englischen Arbeiter, die das ganze Land mit revolutionären Antikriegskomitees bedeckten, die den Widerstand auf den Docks, in den Häfen, auf den Eisenbahnen organisierten, die sich weigerten, Munition und Truppen nach Polen zu verschicken, die die Parole „Hände weg von Sowjetrußland“ zum Schlachtruf der ganzen Arbeiterklasse machten, scheiterten die Interventionspläne der englischen Imperialisten. Sie sahen, daß das Kriegsabenteuer ihre eigene Klassenherrschaft in Gefahr bringen würde und zogen es vor, zurückzuweichen.

Diesem Beispiel muß auch das deutsche Proletariat nacheifern. Auf der Grundlage der Einheitsfront von unten, in engster Verbindung mit dem Massenkampf gegen Lohnabbau, Unterstützungsraub und faschistischen Terror, muß die Kampffront gegen den imperialistischen Krieg in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, in jedem Hafen und in jedem Bahnhof aufgebaut werden. *Verhinderung von Kriegsproduktion und Kriegstransporten* durch Arbeitsverweigerung, passive Resistenz, Streiks und Sabotage – **jedes Mittel des Klassenkampfes ist recht, das den Kriegsverbrechern die Waffen aus den Händen schlägt.**

Das Beispiel der internationalen Solidarität, das die deutsche Arbeiterklasse geben wird, würde seine Wirkung auf unsere französischen Klassenbrüder nicht verfehlten. Es würde sie zu gleichen Anstrengungen anspornen und die Front der revolutionären Solidarität verstärken, welche die deutsche Revolution gegen die Interventionsdrohungen des Imperialismus schützen wird.

16. Generalstreik?!

Reformisten rechter und besonders „linker“ Schattierung predigen mitunter mit äußerst radikalen Phrasen den Generalstreik zur Abwehr einer Hitler-Regierung oder zur Verhinderung eines Krieges. Wie viel Reden und Beschlüsse dieser Art von dieser Seite wert sind, ist daraus zu ersehen, daß die reformistischen Organisationen, die z. B. solche Beschlüsse gegen den Krieg auf internationalen Kongressen in Rom und im Haag gefaßt haben, noch in keinem Lande den bescheidensten Versuch gemacht haben, Kriegsproduktion und Kriegstransporte durch Streiks aufzuhalten. In Japan unterstützen die Reformisten offen den imperialistischen Raubzug.

Gegen das schwindelhafte Generalstreikgeschwätz reformistischer Scharlatane setzen wir die ernste Propagierung und Organisierung des *politischen Massenstreiks*. Nur ein Proletariat, das durch die Erfahrung einer Kette von Massenstreiks, ökonomischer und politischer, geschult ist, wird imstande sein, unter revolutionärer Führung einen Generalstreik erfolgreich durchzuführen, und das auch nur dann, wenn

es begriffen hat, daß **der friedliche Generalstreik nicht das letzte und entscheidende Mittel ist, daß die Arbeiterklasse bereit sein muß, der Bourgeoisie mit allen Waffen entgegenzutreten, die von der Bourgeoisie angewendet werden.**

Kann und soll das Proletariat eine Hitler-Regierung durch den Generalstreik stürzen? Die Kommunistische Partei und die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition setzen ihre ganze Kraft ein, durch die Organisierung des täglichen Kleinkriegs, durch die Schaffung eines revolutionären Organisationsfundaments in den Betrieben das Proletariat zu einem solchen Schlag gegen eine faschistische Regierung zu befähigen. Warum aber sollten die Arbeiter mit dem Massenstreik warten, bis Hitler „ans Ruder“ kommt? Ist etwa der 10 bis 15prozentige Lohnraub, der erneut zum 1. Mai geplant wird, nicht Grund genug zum revolutionären Massenstreik? Ist der geplante Unterstützungsraub an den Erwerbslosen kein Anlaß zu einer mächtigen Protestaktion der Betriebe? Wäre es nicht an der Zeit, zum Massenstreik gegen die Notvorordnungsdiktatur, die die Arbeiter ausplündert, unterdrückt und systematisch den Übergang zum offenen Faschismus durchführt, zu rüsten?

Die Herren Sozialdemokraten sabotieren mit aller Kraft jeden Massenstreik, der sich gegen das herrschende Regime richtet, denn das ist ihr geliebtes „kleineres Übel“. Wofür also könnte die „Eiserne Front“ streiken? Nur für ihr „kleineres Übel“! Für die Verteidigung jener „Demokratie“, die den RFB verboten und die SA großgezüchtet hat, die Arbeiterdemonstrationen verbietet, Maidemonstrationen zusammenschießt, für jene „soziale Republik“, die Milliardensummen an Subventionen für verkrachte Großkapitalisten übrig hat, aber die Erwerbslosen dem Hungerelend aussetzt und die Werktätigen ausplündert und zur Verzweiflung treibt.

Wir sagen der deutschen Arbeiterklasse: Wir sind für den Massenstreik, wir sind für den Generalstreik, wir sind für den Kampf mit allen Mitteln gegen Faschismus und imperialistischen Krieg. Aber wenn ihr gegen die faschistische Diktatur kämpfen wollt, so müßt ihr wissen, wofür ihr kämpft. Ihr habt 1923

Cuno durch den Massenstreik gestürzt, und was habt ihr dafür bekommen? Die Große Koalition, den militärischen Belagerungszustand, die Abschaffung des Achtstundentages, die Einführung der Zwangsarbeit für Erwerbslose, jenen furchtbaren Hungerwinter 1923/24, der den Rationalisierungsraubzug einleitete. (siehe Anmerkung 3)

Die Erfahrungen der Vergangenheit sprechen deutlich. *Ohne revolutionäre Führung, ohne Zielklarheit im Kampfe kann das Proletariat keinen Massenstreik zum Erfolg führen.*

17. Gegen faschistische Diktatur der Bourgeoisie, für revolutionäre Diktatur des Proletariats

Wozu für Thälmann stimmen? Er wird doch nicht Reichspräsident! Warum Kommunisten wählen? Sie kommen doch nicht an die Regierung!

Wer glaubt, daß das kapitalistische System von Ewigkeit zu Ewigkeit dauert, der muß sich dem „kleineren Übel“ des langsamem Hungertodes und der „demokratischen Methode“ der schrittweisen „gesetzlichen“ Einführung der faschistischen Diktatur unterwerfen. Denn je weiter die allgemeine Krise des Kapitalismus fortschreitet, desto mehr schwillt das Massenelend an, desto mehr sucht die herrschende Klasse Zuflucht bei den brutalsten, blutigsten faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die werktätigen Massen.

Das revolutionäre Proletariat, das gegen jeden Angriff auf die Lebenshaltung und die Rechte der werktätigen Massen kämpft, kann sich nicht damit begnügen, die erbärmlichen Verhältnisse, unter denen es gegenwärtig vegetiert, zu verteidigen. Wir kämpfen gegen jeden Lohnabbau, aber nicht für das menschenunwürdige Lohnsystem, das die Arbeitskraft zur Ware herabwürdigt. Wir kämpfen gegen den Raub der Erwerbslosenunterstützungen, für Arbeitsbeschaffung, aber wir bekämpfen die Illusion, als ob irgendwelche Pläne im Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung die Massenerwerbslosigkeit beseitigen könnten. Wir kämpfen für volle Demonstrations-, Vereins- und Pressefreiheit für die werktätigen Massen, aber wir klären die Massen

darüber auf, daß unter der Herrschaft des kapitalistischen Privateigentums eine Demokratie für die Werktätigen nicht besteht und nicht bestehen kann.

Soll das Millionenheer der Erwerbslosen verschwinden, dann muß für die Bedürfnisse der Massen, nicht für den Profit einzelner Kapitalisten produziert werden. Soll die Lohnknechtschaft gebrochen werden, dann muß das Proletariat die Kapitalistenklasse enteignen und die Wirtschaft im Interesse aller Werktätigen leiten.

Soll der faschistische Terror gebrochen, soll der Staat nicht mehr ein Instrument der Unterdrückung der werktätigen Massen, sondern ein Instrument des sozialistischen Aufbaues sein, dann gilt es, unbeirrt durch die Phrasen über Republik und „Volksstaat“, alle Mittel des revolutionären Kampfes gegen die kapitalistische Unterdrückungsmaschinerie zu konzentrieren, die vereinte Macht der faschistischen Gewaltorganisationen und des vom Faschismus durchsetzten staatlichen Unterdrückungsapparates zu brechen und einen neuen Staat aufzubauen, der sich stützt auf die Arbeiter- und Bauernräte, auf das bewaffnete Proletariat, die *Diktatur des Proletariats*. Das ist die einzige mögliche Herrschaftsform des siegreichen Proletariats, der einzige Weg zum Sozialismus.

18. Nur eine starke Regierung kann das Wirtschafts-Chaos überwinden

Sozialdemokraten und Nazis erklären in ihrer Propaganda, daß das deutsche Volk eine starke Staatsmacht braucht, die den Wirtschaftsmächten nicht untergeordnet ist, sondern die Wirtschaft im Interesse der Allgemeinheit leitet. „Staatsherrschaft über die Wirtschaft“ – schreien SPD und ADGB. Sie predigen die Verstaatlichung, und der internationale Faschismus preist den „Korporativstaat“ Mussolinis, in dem eine starke Staatsgewalt sowohl gegen die Unternehmer, als auch gegen die Arbeiter die übergeordneten Interessen der Nation, der nationalen Produktion durchsetzen soll.

Die liberale Denkweise, das „Nachtwächterideal des Staates“, wie es Lassalle nannte, ist

tot. Die Theorie, daß es allen wohlergeht, wenn jeder einzelne seinen persönlichen Vorteil sucht, wenn sich die freie Konkurrenz unbehindert durch den Staat entfaltet, diese Theorie, die dem aufstrebenden Kapitalismus entspricht, ist in der Zeit des niedergehenden Monopolkapitalismus handgreiflich durch die Tatsachen widerlegt.

Die kapitalistische „Wirtschaftsordnung“ ist ein Chaos. Die Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft in der Sowjetunion imponiert selbst den reaktionärsten Anhängern des kapitalistischen Systems, sie phantasieren über kapitalistische Planwirtschaft und fordern vom kapitalistischen Staat, daß er regelnd und ordnend in die Wirtschaft eingreift. Da der gegenwärtige Staat trotz der Fülle der Macht in den Händen der Notverordnungsdiktatoren offenkundig unfähig ist, die Wirtschaft zu organisieren, richten sie ihre Hoffnung auf eine Regierung starker Männer, wie Hitler und Hugenberg. Selbst eine militärische Wirtschaftsdiktatur mit staatlicher Zwangarbeit und Rückkehr zur Naturalwirtschaft, wie sie das berüchtigte *Boxheimer Programm* vorsieht, scheint heute bereits vielen besser zu sein, als das herrschende Wirtschaftschaos.

Jenen faschistischen und sozialfaschistischen Predigern von der starken Staatsmacht, die Ordnung in der Wirtschaft schaffen wollen, sagen wir; es kann nur *eine* starke und feste, in den Massen verwurzelte Regierung geben, die die Nation einigt und die Wirtschaft im Interesse der überwältigenden Mehrheit des Volkes leitet – **das ist die Diktatur des Proletariats.** Jede andere Staatsgewalt verkörpert die Macht des Kapitals, die widerstrebenden Interessen der verschiedenen Kapitalsgruppen, und steht darum in unversöhnlichem Gegensatz zu den Lebensinteressen der arbeitenden Massen. Eine solche Regierung kann nie stark und fest sein, und sie kann niemals die Wirtschaft im Interesse der Volksmassen leiten. Erbärmlicher Betrug ist es, wenn SPD und ADGB die Verstaatlichung der Schwerindustrie von der Brüning-Regierung fordern. Können Beauftragte des Reichsverbandes der Industrie, wie z. B. der Wirtschaftsminister Warmbold von der I. G. Farbenindustrie, ihre eigenen Kumpane enteignen? Und wenn dieser

Staat des Finanzkapitals wirklich die Leitung einer Bank, eines Trusts übernimmt, was nützt es den werktätigen Massen? Sind etwa die Arbeiter in den preußischen Staatsgruben besser bezahlt und vor Entlassungen mehr gesichert, als die Bergarbeiter in irgendeinem Privatunternehmen? Haben die Arbeiter und Angestellten städtischer Verkehrsunternehmen etwa bessere Arbeitsbedingungen als in irgendeinem Privatunternehmen?

19. Die proletarische Diktatur und der Kampf für die Freiheit

Die Herren Sozialdemokraten, die unter „Demokratie“ das gegenwärtige Notverordnungssystem verstehen, bekommen Tobsuchtsanfälle, wenn sie das furchtbare „bolschewistische“ Wort von der proletarischen Diktatur hören.

„Diktatur, das bedeutet Aufhebung jeder Freiheit“, heulen die Freiheitsapostel Wels, Hilferding, Braun und Severing. „Wir sind gegen jede Parteidiktatur, gegen die Diktatur Thälmanns genau so, wie gegen die Diktatur Hitlers.“

Wie steht es in der Tat mit der Freiheit für die Arbeiterklasse? Von welcher Freiheit kann gegenwärtig die Rede sein, wenn die Regierung den Lohnabbau diktirt und mit einem Federstrich das grundlegende proletarische Recht, das Streikrecht, aufhebt, wenn Demonstrationen nur ausnahmsweise mit ausdrücklicher Polizeierlaubnis stattfinden dürfen, wenn jede politische Versammlung von der Polizei überwacht, wenn Tag für Tag Zeitungen, Flugblätter, Broschüren verboten werden?

Aber üben die Kommunisten nicht denselben Betrug, wenn sie von Befreiung des Proletariats sprechen und die Diktatur nach dem Vorbild der Sowjetunion erstreben, wo alles nach dem Willen der Partei und ihrer Führung geschieht? Wer so argumentiert, urteilt nach Äußerlichkeiten, nicht nach dem Wesen der Dinge.

Diktatur ist eine auf Gewalt gestützte Herrschaft, und nur ein Narr kann glauben, daß die Arbeiterklasse ohne gewaltsame Unterdrückung der Nutznießer und Anhänger des Kapi-

talismus die besitzende Klasse enteignen und den Sozialismus aufbauen kann. Aber wenn das Proletariat als herrschende Klasse den Feinden der proletarischen Revolution die Freiheit der konterrevolutionären Organisation und Agitation nimmt, ist das eine Maßnahme gegen die Freiheit der Werktätigen? Umgekehrt, das ist notwendig zur Verteidigung der Freiheit vor der kapitalistischen Ausbeutung.

Die Diktatur, die Gewaltherrschaft des Proletariats gegen alle seine Klassenfeinde, bedeutet keineswegs Diktatur der Kommunistischen Partei oder gar ihrer Führer gegen oder über die Arbeiterklasse. „**Der Spartakusbund**“, heißt es in dem von Rosa Luxemburg verfaßten Gründungsprogramm der KPD,

„wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen, als durch den klaren unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Massen in ganz Deutschland“.

Dieser Grundsatz gilt uneingeschränkt für die Kommunistische Partei. Die Arbeiterklasse kann die Macht nicht erobern, ohne die Führung einer zielklaren, straff organisierten, eisern disziplinierten, revolutionären Partei; aber die Partei kann die Macht nicht erobern und behaupten, ohne das Vertrauen der Mehrheit der Arbeiterklasse, ohne das Vertrauen „alles dessen, was in der gegebenen Klasse ehrlich ist“ (Lenin).

Die Kommunistische Partei kann die Mehrheit der Arbeiterschaft und der Werktätigen in der Zeit der proletarischen Diktatur nicht zwingen, sie zu unterstützen, ihren Beschlüssen Folge zu leisten, genau so wenig, wie die Kommunisten bei einem Streik oder einer Massendemonstration die Arbeiter mit Gewalt zwingen, den Direktiven der Partei zu folgen. In dem einen wie in dem anderen Falle folgen die Massen der Führung der Partei, weil sie sich durch eigene Erfahrung von der Richtigkeit der kommunistischen Politik überzeugt haben, weil sie die Kommunisten als die ergebensten und erfahrensten Revolutionäre zu Führern in ihrem Kampfe gewählt haben.

Marx, Engels und Lenin haben bewiesen, daß es wirkliche Freiheit für die ganze Gesellschaft nicht geben kann, solange es Klassen

mit entgegengesetzten Interessen gibt. Denn die Interessen der einen Klasse können nur mit Gewalt gegen die unversöhnlich entgegengesetzten Interessen der anderen Klasse durchgesetzt werden.

Darum gibt es keinen anderen Weg zur Freiheit, als den Weg der Aufhebung aller Klassen, der Verschmelzung aller Menschen in einer Gemeinschaft des planmäßigen sozialistischen Aufbaus. Dies aber ist das Ziel des Kommunismus, das erst nach einer ganzen Epoche der proletarischen Diktatur, nach der endgültigen Ausmerzung der Überreste der kapitalistischen Barbarei erreicht werden kann.

Erst in der Zeit des zweiten Fünfjahrplanes, im vierten Jahr fünf der proletarischen Diktatur, beginnt die Arbeiterklasse der Sowjetunion, sich diesem Ziele der Aufhebung der Klassen zu nähern.

20. Nicht nur wählen – kämpfen für den Kommunismus!

Wir haben in dieser Schrift zu zeigen versucht, wohin das bürgerliche Deutschland steuert. Es geht abwärts, in eine wirtschaftliche und politische Katastrophe.

Faschistische Blutherrschaft und imperialistischer Völkermord, das sind die Rezepte mit denen der totkranke Kapitalismus unter der Assistenz der sozialdemokratischen Leibärzte wieder belebt werden soll.

Mit sozialistischen Phrasen sollen die Millionenmassen des Volkes der uneingeschränkten Ausbeutung durch ein Häuflein von Finanzgewaltigen ausgeliefert, mit nationalen Phrasen soll Deutschland dem Machtsspruch des französischen Imperialismus unterworfen, der Gefahr der Zerstückelung ausgesetzt, zum Aufmarschgebiet der Kriegsarmeen des Weltimperialismus gemacht werden.

In einer solchen Zeit, wo der Hunger in den Proletariervierteln umgeht, wo der faschistische Meuchelmord die Besten der Arbeiterklasse hinwegrafft, wo das imperialistische Kriegsgewitter bereits im Fernen Osten tobt, tausende unserer Klassenbrüder hinmordet und sich immer dunkler um die einzige Festung

des Sozialismus, um den proletarischen Staat zusammenballt, in dieser Zeit ist es *nicht genug, mit dem Stimmzettel für den Kommunismus Zeugnis abzulegen.*

Wenn die klassenbewußten Arbeiter nicht mehr tun, als diese Stimmzetteldemonstration zu unterstützen, dann haben sie zu wenig getan. Im Betrieb, wo die Kapitalsgewalt am verwundbarsten ist, auf den Straßen und in den Wohnhöhlen der Armut, wo die Elendsarmee der Erwerbslosen der Verzweiflung anheimzufallen droht, da gilt es, das feste Fundament des proletarischen Klassenkampfes zu schaffen. In den „freien“ und christlichen Gewerkschaften, wo die wohlbezahlten Agenten der Kapitalistenklasse unsere Klassengenossen im Geiste der Zusammenarbeit mit den Ausbeutern, des Streikbrechertums erziehen, dort muß die Massenbewegung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition entfesselt werden.

Kein Betrieb, keine Stempelstelle, kein proletarisches Wohngebiet, keine Gewerkschaft, keine Massenversammlung, in der nicht die Stimme des revolutionären Proletariats vernehmbar ist, in der nicht praktisch konkret der nächste Schritt des Kampfes gewiesen, der revolutionäre Ausweg aus der Krise aufgezeigt wird.

Wie armselig sind die „geistigen“ Waffen, mit denen der Klassenfeind uns entgegentritt! Die Nazis dreschen dumme Phrasen gegen den Marxismus, von dem sie nie ein Wort begriffen haben. Die SPD hat zum Präsidentschaftswahlkampf eine Broschüre veröffentlicht, voll niederträchtiger, verleumderischer persönlicher Angriffe gegen die Führung der Kommunistischen Partei. Was beweisen solche Kampfmethoden? Wenn man gegen den Führer der Kommunistischen Partei, den Genossen Thälmann, nichts anderes vorbringen kann, als schmutzige persönliche Beschimpfungen und Verleumdungen, so beweist das nur, daß man in seiner jahrelangen öffentlichen politischen Tätigkeit, die dem Befreiungskampf des Proletariats gewidmet war, keine Tat finden konnte, die gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet war. Wir brauchen nicht das Privatleben der Hitler und Hindenburg, der Hugenberg und Wels zu erforschen, wir können aus ihrer politischen Wirksamkeit jederzeit bewei-

sen, daß sie Feinde des werktätigen Volkes sind.

Wir stellen vor den Arbeitermassen jeden Tag die praktischen Fragen: Wer ist für den Streik gegen Lohnabbau, wer ist für Massendemonstrationen gegen den Raub der Erwerbslosenunterstützung, wer ist für die organisierte Abwehr des faschistischen Terrors? So schmieden wir *die rote Einheitsfront* von unten und lehren die Arbeiter und die Werktätigen überhaupt, Freund und Feind zu unterscheiden.

Wir haben eine Millionenarmee gesammelt, die mit dem Stimmzettel für den Kommunismus demonstrierte, wir schätzen angesichts der Flut von Lügen und Verleumdungen der ganzen bürgerlichen Meute diese Tatsache nicht gering ein, aber solche Erfolge genügen uns nicht. Wir werden eine *Millionenarmee* organisieren, die den *Massenstreik* für die Forderungen des Proletariats entfaltet. Unsere Bewegung, die revolutionäre Arbeiterbewegung, die aus allen Kämpfen und Niederlagen stärker und siegessicherer hervorgegangen ist, wird nicht stillstehen und nicht zurückweichen, ehe das große Ziel erreicht ist:

Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft, Aufrichtung der proletarischen Diktatur, das freie, sozialistische Rätedeutschland, der siegreiche Aufbau des Sozialismus!



*Herausgegeben von der KPD, Berlin 1932
(1. Auflage).*

Kritische Nachbemerkung

Gewichtige Fehler

1. Unterschätzung des deutschen Imperialismus und seines Massenanhangs

Es wird deutlich, daß die KPD auch 1932 den eigenständigen Weg des deutschen Imperialismus zum deutschen imperialistischen Krieg und damit verbunden die wesentliche Funktion des Nazifaschismus als Mittel zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung und Massenmobilisierung für diesen Krieg falsch eingeschätzt hat.

Der Prozeß des Umschlagens des geschlagenen deutschen Imperialismus - 1918 und den ersten Jahren danach - zum besonders aggressiven revanchistischen deutschen Imperialismus als eigenständigem Kriegsherd mit dem Kriegsziel sowohl gegen die anderen imperialistischen Großmächte als auch gegen die sozialistische Sowjetunion wird nicht gesehen. Das zeigt sich in den folgenden Formulierungen:

Die Einschätzung: die Nazis würden „Bauchrutschen“ vor dem italienischen, englischen und französischen Imperialismus und die Kritik ihres Opportunismus, daß sie nun durch das Schießen auf die Regierung den Young-Plan nicht mehr „zerreißen“ wollen, ist nicht nur problematisch, sondern tiefergehend falsch - denn die Nazis taktieren nicht als „Landsknechte“, sondern im Sinne des deutschen Imperialismus und seines geplanten Revanchekrieges. Daß dieser Krieg angeblich „unter dem Kommando französischer und polnischer Offiziere“ stattfinden wird, war auch 1932 eine einseitige, ja falsche Einschätzung, da entscheidend der eigenständige Weg des deutschen Imperialismus war. „Unterwerfung unter das Diktat der mächtigen imperialistischen Staaten“ als Vorwurf gegen die Nazis ist der geschichtlich belegte, bekannte Bumerang. Genau das war in Theorie und Praxis nicht das Ziel der Nazis, ebensowenig wie die „Preisgabe der Einheit der deutsche Nation“ wobei die KPD hier nicht definiert, was sie selber darunter verstand. In diesem Zusammenhang muß auch folgender Punkt kritisiert werden: Der Versuch, sozusagen immanent die Nazis des „nationalen Verrats“ anzuklagen, weil sie mit Mussolini paktieren, könnte nur dann gelingen, wenn die Unabhängigkeit Österreichs betont worden wäre. (Elsaß und Böhmen anzuführen war ein ebenfalls absurder Fehler im Bemühen „nationaler“ als die Nazis zu sein)

Hinzu kommt, daß der Zusammenhang mit der Sowjetunion und ihrer Abschüttelung ungerechter imperialistischer Verträge nach der Oktoberrevolution leider nicht so gradlinig war, wie Brest-Litowsk - und die Empfehlung Lenins an die Kommunisten Deutschlands, möglicherweise Versailles eine Zeitlang in Kauf zu nehmen – beweisen.

Außerdem gab es eine zu schmeichelhafte Darstellung der Millionen „ehrlichen“ Anhänger, eine differenziertere Darstellung wäre angebracht: „Millionen Werktätige, die ehrlich von einer Hitler-Regierung die nationale Befreiung und einen Ausweg aus ihrem sozialen Elend erwarten“ wollten dies in erster Linie auf Kosten anderer Völker, wie an anderer Stelle der Broschüre richtig angedeutet wird. Hinter diesen heute schwer lesbaren Fehleinschätzung steckt der Versuch, Nazi-Anhänger von den Nazis zu lösen und möglicherweise zu neutralisieren oder gar zu gewinnen. Das Problem eines Massenanhangs der Konterrevolution wird hier verharmlost und grob verkürzt.

2. Einheitsfront zunächst gegen den Nazi-Faschismus

Durch die umstandslose Übertragung der programmatischen und strategisch richtigen Einschätzung der realen Möglichkeit einer proletarischen Revolution im hochindustrialisierten imperialistischen Deutschland auf *kurzfristige* zeitliche Perspektiven und „einzige Antwort“ auf eine drohende Nazi-Diktatur hat die KPD sich mit schwerwiegenden Folgen taktisch die Hände gebunden, der „Einheitsdemagogie“ der SPD im Rahmen des Kapitalismus (eigentlich ein Erfolg des Drucks der

KPD) richtig entgegentreten zu können:

Den „Appellen an die KPD“ mit dem Argument „weil die ganze Tätigkeit der Sozialdemokratie sich in den Grenzen der herrschenden Klasse halten muß“ abzulehnen, war argumentativ falsch. Denn es wäre bei einer Einheitsfront ja nicht um die proletarische Revolution gegangen. Als Prüfstein hätte der wirkliche eigenständige Kampf gegen die Nazis innerhalb und außerhalb des Staatsapparates einschließlich seiner nötigen militanten Formen aufgestellt werden müssen. In diesem Rahmen hätte der SPD-Losung, den Kampf gegen die Nazis einem Hindenburg, der Wehrmacht und der Polizei zu überlassen entgegengetreten werden müssen.

Das Angebot von Breitscheid hat ja zwei Seiten: Das Ziel der SPD war, die KPD zu „neutralisieren“ und sie einzubinden, das „Einheitsfront-Angebot“ war aber auch Ausdruck des Drucks der antifaschistischen Anhängerschaft der SPD. Nur in Hinblick auf die Anhängerschaft, die in diesem Dokument nicht genau differenziert und diskutiert wird, hätte taktisch flexibler, ohne die Grundeinschätzung zu ändern, reagiert werden können, ja müssen. Die „Entlarvung“ von Trotzki und Seydewitz trifft nicht, da manchmal Kompromisse mit einem Teil der Klassenfeinde in der Tat nötig sind. (Zudem zeigt die Entwicklung Seydewitz, daß es nun nicht sehr geschickt war, ihn auf eine Stufe mit Trotzki zu stellen.)

3. Bewaffnete Abwehrkämpfe gegen die Nazis in den letzten Jahren und Monaten der Weimarer Republik

Die Bewaffnung des Proletariats gegen die Nazi-Überfälle (im Sinne Clara Zetkins als demokratische Forderung im Kapitalismus) wäre eine demokratisch-taktische Variante gegen die SPD-Offensive gewesen, da die Frage, ob die kampfbereiten Teile der Arbeiterklasse bewaffnet sind oder nicht der springende Punkt im Kampf gegen die Nazi-Banden und die Faschisierung überhaupt ist, letztlich auch im Kampf für die Diktatur des Proletariats.

Für dieses Ziel hätte es sich wahrlich gelohnt, Zugeständnisse und Kompromisse einzugehen, da dies die alles entscheidende Frage war.

* * *

Mitte 1932 war die Lage in vielen Punkten anders als im Januar und Februar 1933. Monate, Wochen, ja Tage spielten eine wesentliche Rolle zu Bestimmung einer richtigen Taktik. Die Broschüre von 1932 gibt unserer Meinung nach eine gewisse Vorstellung von der Linie und Argumentation der KPD auf einem ihrer Höhepunkte an Masseneinfluß und spiegelt große Stärken und empfindliche Schwächen wieder, die - hier nur kurz angerissen - an anderer Stelle vertieft behandelt werden müssen.

* * *

Anmerkungen zur KPD-Broschüre von 1932

1. In der sozialistischen Sowjetunion existiert die Macht der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats unter Führung der KP, die Formulierung, daß „die kommunistische Partei herrscht“ verkürzt diesen Zusammenhang – angesichts der reaktionären Propaganda von der angeblich „anti-demokratischen Alleinherrschaft“ der Kommunistischen Partei eine gewisse Ungeschicklichkeit, die hier vermerkt werden muß. (siehe S. 7) Dagegen wird im Abschnitt „Die proletarische Diktatur und der Kampf für die Freiheit“ (Punkt 19) der Zusammenhang richtig erklärt.
2. Die These, „was in Rußland möglich war, ist in Deutschland zehn mal leichter möglich“ ist nur in einer Hinsicht richtig: bezogen auf die ökonomischen Möglichkeiten des hochindustrialisierten Deutschlands allerdings enthält die hier zur Hälfte wiedergegebene Pointe Lenins auch einen zweiten Teil, nämlich, daß es in einem Land wie Deutschland sehr viel schwerer ist, zunächst einmal die Revolution siegreich zu beginnen. (siehe S. 7)
3. Der Hinweis auf die Massenstreiks gegen CUNO 1923 sind halbherzig, da zwar wahr ist, daß der Kapitalismus geblieben ist, aber in diesen wichtigen Kämpfen auch wichtige Erfahrungen gesammelt wurden, diese Kämpfe also nicht schlecht, sondern gut, wenn auch noch ungenügend waren. Genau das wird aber leider nicht herausgearbeitet. (siehe S. 21)

Zu Änderungen in der 2. Auflage

1. WICHTIGERE ÄNDERUNGEN

Zu: 8. SPD und NSDAP – zwei Schutztruppen des Finanzkapitals

Die Überschrift aus der 1. Auflage wurde verbessert, sie hieß dort:

SPD und NSDAP – die zwei Schutztruppen des Finanzkapitals

Zu: 9. Wie das „kleinere Übel“ zum größeren Übel führt

Im 6. Absatz wurde im Satz 2 die Formulierung:

den Einbruch des Hitlerfaschismus in die Reihen der Arbeiterklasse verhindert hat.

ersetzt durch die korrigierte Einschätzung:

einen tieferen Einbruch des Hitlerfaschismus in die Reihen der Arbeiterklasse verhindert hat.

Zu: 10. Die Bedeutung kommunistischer Stimmzettel und Anträge

In der 1. Auflage hieß die Überschrift:

10. Die Bedeutung kommunistischer Stimmzettel

Absatz 2 und 3 wurden in der 2. Auflage gestrichen und ersetzt durch die folgenden 2 Absätze:

Wozu aber die Anträge der kommunistischen Fraktion im Reichstag und in den Landtagen, Anträge auf Lohn- und Gehaltserhöhung für die von Staat und Gemeinden beschäftigten Arbeiter und unteren Beamten, auf Rückgängigmachung aller Kürzungen der Wohlfahrt und der sonstigen Unterstützungen, auf großzügige Arbeitsbeschaffung zu Tariflöhnen, auf Aufbringung der dazu notwendigen Mittel durch Fürstenenteignung, durch Einstellung aller Zahlungen an das kapitalistische Ausland, durch eine Millionär-, eine Dividenden- und Tantiemensteuer usw.? Ist es nicht klar, daß die Nazis und SPD diese Anträge ebenso ablehnen, wie die Anträge auf Aufhebung aller Notverordnungen, Vollamnestie für die proletarischen politischen Gefangenen usw.? Nein, das ist den Anhängern dieser Parteien keineswegs klar, und es ist *eine* wichtige Aufgabe der kommunistischen Parlamentsfraktionen, den Volksbetrug dieser Parteien zu entlarven, zu zeigen, daß sie alle ihre Wahlversprechungen mit Füßen treten, wenn eine Abstimmung für eine im Interesse der Werktätigen notwendige Forderung der herrschenden Klasse gefährlich oder auch nur unbequem werden könnte, wenn dadurch die Koalitionsfähigkeit, die Fähigkeit dieser „Volksvertreter“, Ministerposten im Auftrage des Finanzkapitals zu bekleiden, in Frage gestellt werden könnte.

Aber nicht allein zu diesem Zwecke der *Entlarvung* stellt die KPD sogenannte „unannehbare“ Anträge. Diese Anträge würden sich natürlich zum größten Teil als sehr wohl *durchführbar* erweisen, wenn eine starke *außerparlamentarische Massenbewegung* ihren Druck hinter diese Forderungen setzt, und die herrschende Klasse ihre Regierungen, ihre Parteien zwingt, die Forderungen der Massen zu bewilligen, wenn es auch gegen die Interessen der Besitzenden geht. Solche Massenbewegungen organisieren zu helfen, das ist der *eigentliche* Zweck kommunistischer Parlamentsarbeit.

Im 5. Absatz wurde eine Ergänzung vorgenommen (Unterstreichung):

So sind die Wahlkampagnen und die Arbeit im Parlament für die Kommunisten ein den *höheren Zielen des Klassenkampfes untergeordneter*, aber keineswegs unwichtiger Teil ihrer revolutionären Arbeit zur Organisierung des Klassenkampfes.

Zu: 11. Rote Einheitsfront für antifaschistische Aktion

In der 1. Auflage hieß die Überschrift:

11. Rote Einheitsfront gegen „Eiserne Front“

Der 5. Absatz wurde geändert, es wurde auf das „papierne Verbot“ der SA eingegangen:

Selbst wenn die SPD-Führer ein Interesse daran haben, die NSDAP zurückzudrängen, weil sie in ihr eine Konkurrenz um die staatlichen Futterkrippen sehen, so können sie sie doch gar nicht schlagen, weil die ganze Tätigkeit der Sozialdemokratie sich in den Grenzen der Interessen der herrschenden Klasse halten muß. Severing kann z. B. in den Büros der SA haussuchen lassen, er kann ein papiernes Verbot formell durchführen, aber er kann die SA nicht wirklich auflösen, wenn das die herrschende Klasse nicht wünscht und erlaubt. Für diese aber sind gegenwärtig die faschistischen Mordbanden gleich unentbehrlich zur Einschüchterung des Proletariats, wie als Reserve für den kommenden imperialistischen Krieg. Darum bleibt das SA-Verbot auf dem Papier stehen.

Zu: 12. Wie die rote Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion geschaffen wird

In der 1. Auflage hieß die Überschrift:

12. Wie die rote Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion von unten geschaffen wird

Im 1. Absatz wurde der folgende Satz gestrichen:

Das ist der Weg, auf dem die trennende Schranke der Organisationszugehörigkeit überwunden, auf dem die rote Klassenfront verwirklicht wird.

und ersetzt durch:

Mit der kameradschaftlichen Aufforderung zum gemeinsamen Kampf für solche Forderungen treten die Kommunisten an die unteren Organisationen des ADGB, der SPD, des Reichsbanners, heran.

Zum Schluß des Punkt 12 wird neu hinzugefügt:

So wird die breite Einheitsfront der antifaschistischen Aktion geschaffen, die allein die Junker-Diktatur brechen und die Machtergreifung des Hitlerfaschismus verhindern kann.

Zu: 17. Gegen die faschistische Diktatur der Bourgeoisie, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats

Der abschließende Teil wurde um den unterstrichenen Teil erweitert:

einen neuen Staat aufzubauen, der sich stützt auf die Arbeiter- und Bauernräte, auf das bewaffnete Proletariat, die Arbeiter- und Bauernregierung die Diktatur des Proletariats. Das ist die einzige mögliche Herrschaftsform des siegreichen Proletariats, der einzige Weg zum Sozialismus.

Zu: 20. Nicht nur wählen – kämpfen für den Kommunismus

Der folgende Satz im 3. Absatz wurde leider gestrichen:

Wenn die klassenbewußten Arbeiter nicht mehr tun, als diese Stimmzettel-demonstration zu unterstützen, dann haben sie zu wenig getan.

Im Absatz 4 wurde der markierte Bereich ergänzt, (siehe dazu die Kritische Nachbemerkung Punkt 2):

der revolutionäre Ausweg aus der Krise aufgezeigt, die rote Einheitsfront geschmiedet wird.

2. KLEINERE ÄNDERUNGEN

Zu: 7. Nur der Sozialismus bringt Rettung

Die folgende Formulierung im Absatz 3: wenn nicht mehr für eine Million Schmarotzer, wurde geändert in: wenn nicht mehr für eine Bande von Schmarotzern

Zu: 8. SPD und NSDAP –zwei Schutztruppen des Finanzkapitals

Nach dem formalen „Verbot“ der SA wurde statt (im vorletzten Absatz): die SA neu formuliert: die „verbotene“ SA .

Aktualisiert wurde (im letzten Absatz): wäre Brüning im Jahre 1932 genau so gescheitert, in: würde Brüning oder Hitler im Jahre 1932 genau so scheitern

Zu: 9. Wie das „kleinere Übel“ zum größeren Übel führt

Präzisiert wurde im Absatz 2 (Unterstreichung):

Den Kommunisten aber werfen diese Volksbetrüger vor, sie seien Bundesgenossen der faschistischen Reaktion, weil sie allen Parteien und Gruppierungen der Bourgeoisie mit der gleichen Unversöhnlichkeit gegenübertreten, ...

Im Absatz 5 wurde korrigiert: Das konnten die Hindenburg und Hitler ausnutzen ...

in: Hugenberg und Hitler

Im 6. Absatz wurde der abschließende Satz ersatzlos gestrichen:

In derselben Zeit, in der die SPD ständig an Einfluß zurückging, hat die KPD eine wachsende Millionenarmee proletarischer Kämpfer in der roten Klassenfront gesammelt.

Der 7. Absatz wurde auf die zukünftigen Kämpfe ausgeweitet (Unterstreichung):

Denkt euch die Kommunistische Partei aus der Geschichte des politischen Kampfes in Deutschland in den letzten Jahren fort! ... dann wäre keine Kraft da, die den Aufstieg des offenen Faschismus zur Macht hätte verhindern können und in den kommenden Kämpfen verhindern könnte.

Im 8. Absatz wurde der Schlußsatz erweitert (Unterstreichung):

... warum die Kommunistische Partei ihre Stößkraft darauf konzentriert, den Masseneinfluß des Sozialfaschismus, dieser stärksten Stütze der Kapitaldiktatur, dieses größten Übels für die Arbeiterbewegung, zu brechen, warum sie ihren ganzen Einfluß aufbietet, um die rote Einheitsfront des Klassenkampfes gegen Kapitaloffensive und Faschismus zu schaffen.

Im 10. Absatz wurde die konkrete Zahl des Nazianhangs: ihrem 11 Millionen-Anhang ersetzt durch: ihrem Millionen-Anhang

Zu: 16. Generalstreik?!

Im Absatz 3 wurde der folgende Satz gestrichen:

Ist etwa der 10 – 15prozentige Lohnraub, der erneut zum 1. Mai geplant wird, und ersetzt durch eine allgemeinere Formulierung: Ist etwa der fortgesetzte Raub an Löhnen und Gehältern

Zu: 17. Gegen die faschistische Diktatur der Bourgeoisie, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats

Gegenüber der 1. Auflage wurde die Überschrift lediglich stilistisch geändert.

Der einleitende Absatz wurde nach der Reichspräsidentenwahl gestrichen.

Wozu für Thälmann stimmen? Er wird doch nicht Reichspräsident! Warum Kommunisten wählen? Sie kommen doch nicht an die Regierung!

Zu: 18. Nur eine starke Regierung kann das Wirtschafts-Chaos überwinden

Die beiden Begriffe werden in Anführungsstriche gesetzt (im 1. Absatz):

der „Nation“, der „nationalen Produktion“ durchsetzen soll.

II.

Rahmenbedingungen für eine richtige Einschätzung der Linie der KPD von 1929 bis 1934

Thesen und Referat

Rahmenbedingungen für eine richtige Einschätzung der Linie der KPD von 1929 bis 1934

Thesen

1. Den Anteil der verschiedenen Abteilungen des deutschen Imperialismus an der Niederlage der kommunistischen Kräfte analysieren und bewerten!

Unabhängig von Detailfragen, geht es zunächst einmal darum, eine Bewertung der verschiedenen Abteilungen des deutschen Imperialismus vorzunehmen und ihr jeweiliger Anteil an der Niederlage der kommunistischen Kräfte in Deutschland, dem Sieg des Nazi-Faschismus und dem Angriffskrieg des deutschen Imperialismus.

2. Bei der Analyse vom Ganzen, von Theorie, Programm, Strategie und Taktik ausgehen!

Das System von theoretischer, programmatischer und strategischer Klarheit sowie taktischer Sicherheit als **Ganzes** zur Grundlage zu nehmen ist die einzige Möglichkeit, der eklektischen Verabsolutierung einzelner dieser Punkte oder der Übertreibung einzelner richtiger Erkenntnisse von der Wurzel her entgegentreten zu können. Das müßte geleistet werden, ohne sich zu sehr in Detailfragen zu verzetteln.

3. Realistische Einschätzung des deutschen Imperialismus

Zum Beispiel war theoretisch das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der imperialistischen Großmächte wesentlich für eine richtige Einschätzung des deutschen Imperialismus und seiner Manöver. Zunehmend nahm der deutsche Imperialismus Kurs auf den Revanchekrieg. Seit 1928 stand der maßgeblich von der deutschen Sozialdemokratie politisch über die Bühne gebrachte Bau deutscher Panzerkreuzer im Vordergrund.

Nur mit einer realistischen Einschätzung des deutschen Imperialismus konnte die politische Wertung Lenins zum Versailler Vertrag und die nationale Demagogie des deutschen Imperialismus richtig beurteilt und eine Aufklärung auf theoretischem, propagandistischem und agitatorischen Gebiet mit dem praktisch zu organisierenden Kampf verbunden werden. Völlig richtig und handfest war die Parole der KPD: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“

4. Der Sozialfaschismus der Sozialdemokratie

Seit 1919 war bis 1929 bzw. 1930 die deutsche Sozialdemokratie **wesentlich** für die konterrevolutionären Aktionen gegen die KPD und die kommunistisch orientierten Massen verantwortlich. Der Blutmai 1929 mit 33 ermordeten Arbeiterinnen und Arbeitern in Berlin bewies, daß die These vom „Sozialfaschismus“ der SPD als „gemäßigter Flügel des Faschismus“ nachvollziehbar, richtig und gegen jegliche Illusionen über die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts wichtig war.

Dies galt insbesondere programmatisch und strategisch, da alle objektiven Bedingungen für die proletarische Revolution in Deutschland gegeben waren und der deutsche Imperialismus mit seiner Staatsmacht und seinen politischen Abteilungen seine ganze Kraft gegen die KPD konzentrierte.

5. Wer war Hauptakteur der Repression ab 1930?

Dabei war es in taktischer Hinsicht von Bedeutung, welche der Abteilungen des deutschen Imperialismus in den Vordergrund geschoben wurde, um gegen die Kräfte der proletarischen Revolution vorzugehen – sei es im Staatsapparat, sei es auf der Straße. In *dieser* Hinsicht war die Sozialdemokratie ab 1930, als sie nach und nach von der Staatsmacht entfernt wurde bis zum Staatsstreich in Preußen im Juli 1932, nicht mehr der Hauptakteur der Repression. Hauptträger der Repression im Staatsapparat wurden nun die anderen faschistoiden, polizeistaatlich regierenden Parteien unter den Regierungen Schleicher, Papen, Brüning. Auf der Straße wurde das inzwischen Millionen verhetzte

Menschen umfassende Heer der NSDAP-Anhänger zum Hauptakteur.

6. Die Taktik muß die strategischen Ziele verwirklichen helfen

In taktischer Hinsicht galt es, die folgenden strategischen Ziele zu unterstützen: Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse, Gewinnung bzw. Neutralisierung anderer, kleinbürgerlicher Schichten in Stadt und Land für die Durchführung der proletarischen Revolution.

7. Wie die Autorität der SPD-Führung brechen?

In dieser Hinsicht war zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse ohne Frage die Sozialdemokratie der Hauptfeind. Die taktische Frage war, an welchen Themen die Autorität der KPD bei der sozialdemokratisch orientierten Mehrheit der Arbeiterklasse gesteigert werden konnte. Denn nur mit gesteigerter Autorität auch in sekundären Fragen kann Aufmerksamkeit und Überzeugungskraft auf die Kernfragen, nämlich die Haltung zur Sowjetunion, zur Diktatur des Proletariats und zum bewaffneten Aufstand, konzentriert werden.

Ab 1930 war das entscheidende demokratische Thema der Abwehrkampf gegen die Nazi-Banden und deren Zusammenarbeit mit dem sich faschisierenden Staatsapparat. Die Anzahl der Wähler der Nazi-Partei stieg von 800.000 im Jahre 1928 auf 13,8 Millionen im Juli 1932. Dieses Hauptkettenglied in taktischer Hinsicht hätte mit großem Geschick durch richtige Tageslösungen, Kampfaktionen auch militanter Art ruhig konsequent und ohne Schwankungen zur **indirekten** Entlarvung der sozialdemokratischen Führungsriege und ihres konterrevolutionären Anhangs in allen Etagen führen müssen. Der Kern der antifaschistischen Aktion war der demokratische Tageskampf gegen die Einschränkung der Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter und gegen die Nazi-Bewegung – nicht vager „Sozialismus“

8. Antinazistischer Tageskampf als Hauptkettenglied für das Herankommen an die proletarische Revolution

Dieser Kampf für die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse in einer allerdings lebenswichtigen demokratischen Tagesfrage war der wesentliche Hebel, um mit der Autorität der KPD und einer Frontorganisation an Fragen der proletarischen Revolution heranzukommen. Theorie, Programm und strategische Ziele waren wichtig für die Propaganda und durften nicht vernachlässigt werden. Der Kampf auf der Straße ging um das „Hauptkettenglied“.

9. Im Anti-Nazi-Kampf die Aufgabe der Neutralisierung der Nazi-Anhänger

Der Kampf mußte taktisch ergänzt werden durch Maßnahmen zur Neutralisierung als Kernpunkt gegenüber den verhetzten konterrevolutionär agierenden verarmten Anhängern der Nazis. Das Ziel einer Gewinnung dieser schwankenden Schichten war unrealistisch; Ausnahmen bestätigten die Regel. Die Aussage eines SA-Manns, der in der „Roten Fahne“ zitiert wird „Es macht keinen Sinn, sich weiter mit der Kommune zu prügeln“, war nicht unrealistisch, erforderte aber, daß keinerlei ideologische oder politische Zugeständnisse gemacht wurden, vielmehr mußte als Maxime gelten: Wer sich von den Nazis abwendet, wird dabei vorsichtig unterstützt, ohne Illusionen zu haben.

10. Gewinnung der Anhängerschaft der SPD durch den beispielhaften antinazistischen Kampf

Es ist absurd, die Frage aufzuwerfen, wer 1932–1933 der „Hauptfeind“ war: die Nazis oder die Sozialdemokratie?, wenn nicht geklärt ist, inwiefern. Auf Grundlage der klaren Einschätzung, daß Apparat und Führungsspitze dieser beiden Abteilungen des deutschen Imperialismus niemals „gewonnen“ werden können, galt es in dieser Zeitspanne, als die SPD schon nicht mehr und die Nazis noch nicht direkt am Staatsapparat beteiligt waren, die Frage zu aufzuwerfen, wie es um die **Anhängerschaft** stand.

Nicht die Nazi-Anhänger sollten durch die Entlarvung der SPD-Führung für die KPD gewonnen werden, sondern es mußte die Anhängerschaft der Sozialdemokratie durch einen vorbildlichen

Kampf gegen die Nazis beeindruckt, herangezogen und gewonnen werden.

Dabei mußten taktische Ungeschicklichkeiten und schematisches Vorgehen vermieden werden, denn es gab auch bei der SPD-Anhängerschaft tatsächlich „kleine Zörgiebels“ und es war auch nicht völlig ausgeschlossen, daß angesichts der Favorisierung der Nazis durch den deutschen Imperialismus auch vereinzelt SPD-Führer gegen die Nazis Abneigung und Haß entwickelten. Das Kriterium war die Praxis, war die Frage: was wurde real getan, wo wurde real gekämpft?

11. Keine Illusionen in die SPD-Führung

Die ständige „Entlarvung“ der SPD-Führung als Saboteure der antifaschistischen Einheit rannte einem Phantom hinterher. Das jammernde „Wenn ihr nicht mitmacht, ist alles verloren!“ war fatal, denn es war vollkommen klar, daß die SPD-Führung niemals „mitmachen“ würde. Ohne Illusionen oder fatalistischen Einschätzung hätte durch Stellungnahmen wie etwa „Wir würden es begrüßen, wenn zur Aktion XY auch Gremien des ADGB und der SPD aufrufen würden“ atmosphärisch gemeinsame Aktionen erleichtert werden können.

12. Doppelte Bedeutung des bewaffneten Kampfes

Anhand der Wiener Erfahrung 1934 war im praktischen Kampf der Knackpunkt die Haltung „Alles oder Nichts“ in Hinblick auf den bewaffneten Abwehrkampf gegen die Nazis. Die Argumente gegen den von den Massen und der Partei losgelösten individuellen Terror ziehen nicht, wenn, wie Ernst Thälmann 1929 nach dem Blutmai in Berlin berichtet, eine Atmosphäre herrscht, in der die revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter Waffen zur Abwehr gegen Nazi- und Polizei-Terror fordern.

Die These, die Mehrheit der Arbeiterklasse sei noch nicht gewonnen, ist falsch, denn sie berücksichtigt nicht, daß durch den bewaffneten Abwehrkampf eine Welle der Sympathie für die Kämpfenden entsteht und auch so die Mehrheit gewonnen werden kann.

Der springende Punkt ist die theoretisch falsche und praktisch verhängnisvolle These, daß bewaffneter Kampf unbedingt und ausschließlich das Ziel der Zerschlagung des Staatsapparats und der proletarischen Revolution haben müsse. Vielmehr wäre das Ziel gewesen, einen Abwehrkampf gegen die Nazis zu führen, vorübergehend Elemente einer „Doppelherrschaft“ zu etablieren, an die Frage der Polarisierung Nazi-Staat contra der zu gewinnenden Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter und damit an Fragen der proletarischen Revolution heranzukommen.

Berücksichtig werden muß dabei die Schwierigkeit, daß der deutsche Imperialismus geschickt jede **Eindeutigkeit vermied**, einem großen Teil der Nazi-Gegner immer noch ein Fünkchen Hoffnung ließ: Am 30. Januar 1933 die Hoffnung, daß Hitler schnell abgewirtschaftet habe und „alles nicht so schlimm“ kommen werde, nach dem 27. Februar 1933 die Hoffnung auf die bevorstehende Wahl, zu der die KPD immer noch zugelassen war. Die Notwendigkeit einer sofortigen bewaffneten Verteidigung, eines bewaffneten Abwehrkampfes war nicht für alle Nazi-Gegner klar und deutlich sichtbar.

Geschickt vermied es der deutsche Imperialismus, durch einen „braunen Tag X“ den befürchteten massenhaften antinazistischen Widerstand hervorzurufen, sondern verschärzte Terror und Verfolgung Schritt für Schritt. Die KPD wurde nicht sofort generell verboten, ebensowenig die legale kommunistische Presse. Selbstverständlich nahmen Verfolgung und Terror durch Polizei und Nazis ständig zu, Veranstaltungen wurden aufgelöst oder durch Polizeiterror unterbunden, die kommunistische Presse durch zeitweise Verbote weitgehend zum Schweigen gebracht, aber eben Schritt für Schritt.

Die Vorstellung eines „kommunistischen Tag X“ ist taktisch-demokratisch für den bewaffneten Kampf falsch. Die Vorstellung, daß vor einem bewaffneten Aufstand keine bewaffneten Abwehr-

kämpfe geführt werden dürfen, ist falsch, weil die Arbeiterinnen und Arbeiter zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstands gegen legalistische und reformistische Vorstellungen ja gerade Erfahrungen in militärischen Straßenkämpfen und bewaffneten Abwehrkämpfen machen müssen, eben in dem Bewußtsein, daß es sich dabei um Abwehrkämpfe und nicht um den „Aufstand für den Sozialismus“ handelt. Hier hätte die Erfahrung der Straßenkämpfe in Rußland mehr ausgenutzt und die schrittweise Gewöhnung an militante Auseinandersetzung ohne Tabus durchgeführt werden müssen im Bewußtsein, daß es nicht um einen „Aufstand für den Sozialismus“ sondern um Abwehrkämpfe geht.

Grundlegend bei all diesen Überlegungen ist, daß wir nicht der faulen Vorstellung erliegen, daß die Niederlage der kommunistischen Kräfte 1933 nur das Ergebnis dieses oder jenes Fehlers war.

Die Revolution 1905 in Rußland erlitt eine Niederlage trotz der Existenz einer Kommunistischen Partei mit einer richtigen Linie unter Führung Lenins. Nicht unwesentlich für den Erfolg oder Mißerfolg ist eben auch ein günstiges oder ungünstiges Kräfteverhältnis.

13 Millionen Wähler der Nazi-Partei, der reaktionäre Block der Deutsch-Nationalen, mehrere Hunderttausend bewaffnete SA-Banditen auf der Straße – dies war ein konterrevolutionäres Heer, gegen das auch eine Kommunistische Partei mit einer in jeder Hinsicht richtigen Linie möglicherweise eine Niederlage erlitten hätte.

Bei allem ist klar, daß auch bei im nachhinein festgestelltem richtigem Vorgehen nur eine Chance, beileibe keine Garantie für einen besseren Verlauf des Kampfes gegen den Nazi-Faschismus geblieben wäre. Der mehrheitlich von sozialdemokratisch orientierten Arbeiterinnen und Arbeitern organisierte Aufstand in Wien 1934 zeigt anderseits auch, daß der Einfluß der Nazis auf Österreich nicht wesentlich zurückgedrängt werden konnte.

An der Grenze zum unzulässigen Defätismus angelangt muß sich daher auch der Stil und die Form einer selbstkritischen Diskussion über die möglichen und wirklichen Fehler der KPD vor jeglicher Überheblichkeit hüten.

Als letzter gewichtiger Punkt bleibt gewiß, daß in einem Land wie Deutschland neben dem vorrangigen Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse auch mit großem Kräfteaufwand der demokratische Kampf gegen Nazi-Ideologie und den Chauvinismus in den breiten kleinbürgerlich verhetzten Massen geführt werden muß, um diese zumindest zu neutralisieren.

Referat zu den Thesen

Ausgangspunkt der folgenden Thesen ist die Linie von „Gegen die Strömung“ von 1974. Im Buch „Grundfragen des Marxismus-Leninismus“ wurde die Notwendigkeit der kommunistischen Partei mit verschiedenen Argumenten begründet. Nach der Novemberrevolution, die mit einer Niederlage der KPD endete, wurde deutlich, daß in Deutschland die kommunistische Partei noch nicht geschaffen worden war. Die Entwicklung 1933 endete ebenfalls mit einer Niederlage der KPD. Zu diesem Zeitpunkt gab es jedoch eine entwickelte kommunistische Partei, allerdings war die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter noch nicht für den Kommunismus gewonnen.

Anhand dieser beiden Beispiele versuchten wir im Buch „Über die Grundfragen des Marxismus-Leninismus“ klarzustellen, daß für den Sieg der proletarischen Revolution nicht nur die Existenz der kommunistischen Partei notwendig ist, sondern auch die Verankerung dieser KP in der Mehrheit der Arbeiterklasse.

Die revisionistische KPD/ML unter Führung Ernst Austs vertrat großmäulig die Position, daß die KPD unter Führung Thälmanns in der Zeitspanne bis 1933 alles richtig gemacht habe, sie hätte nur am 30. Januar 1933 den bewaffneten Kampf aufnehmen müssen. Diese Position wiesen wir mit Zitaten Dimitroffs aus dem Leipziger Prozeß und der KI zurück. Die damalige Position von Gegen die Strömung war, kurz gesagt: Der Zeitpunkt für den bewaffneten Aufstand für die proletarische Revolution war am 30. Januar 1933 noch nicht gegeben, weil die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht dazu bereit war. Die These, daß am 30. Januar 1933 der bewaffnete Aufstand für die proletarische Revolution hätte durchgeführt werden müssen, ist eine These der Gestapo, eine These der herrschenden Klasse, die mit diesem Vorwand die KPD zerschlagen hat. Am 30. Januar 1933 stand die Durchführung der proletarischen Revolution in Deutschland nicht an.

Selbstkritisch müssen wir aus heutiger Sicht feststellen, daß wir in der damaligen Polemik die Positionen Dimitroffs, Thälmanns, der KI und des VII. Weltkongresses richtig wiedergegeben haben, daß wir es uns bei der Widerlegung der Position der KPD/ML zu leicht gemacht hatten. Denn einzelne demokratisch motivierte bewaffnete Abwehrkämpfe sind nicht dasselbe wie ein bewaffneter Aufstand. „Bewaffneter Aufstand“ muß nicht gleichbedeutend sein mit dem Ziel der proletarischen Revolution, mit Bewaffnung und bewaffnetem Kampf überhaupt. Der bewaffnete Aufstand kann auch die Form eines bewaffneten Abwehrkampfes haben. Das bedeutet, daß die KPD hätte Kurs auf eine Kette nicht abreißender bewaffneter Einzelaktionen in verschiedenen Städten nehmen können. Die reale Möglichkeit eines solchen Kampfes bewiesen 1934 die sozialdemokratisch orientierten Arbeiterinnen und Arbeiter Österreichs im Kampf gegen den Faschismus. Gerade diesen Kampf gilt es in die Einschätzung der Politik der KPD Anfang 1933 miteinzubeziehen.

Wesentlich für eine richtige Einschätzung der Linie der KPD ist der Rahmen. Im Sammelband „Stalin und die deutsche Arbeiterbewegung“ wird deutlich, daß wir der ganzen Geschichte nicht gerecht werden, wenn nicht die große welthistorische Schnittstelle dieser Zeitspanne bis hin zu dem Krieg gegen die Sowjetunion 1941 miteinbezogen wird. Es war in der Tat eine Zusitzung aller Widersprüche der Welt, auch diese Zeitspanne 1933 in Deutschland. Daher war natürlich das EKKI, die KI und das ZK der KPdSU(B) in höchstem Maß daran interessiert, daß in Deutschland die Macht des Imperialismus gebrochen wird.

Der VI. Weltkongreß 1928 kam entgegen der Position, die von Bandler, Talheimer und anderen vertreten wurde, zu der richtigen Einschätzung, daß keine Stabilisierung des Kapitalismus stattfindet. Schon 1929 wurde klar, daß der Kapitalismus von einer weltweiten Krise erfaßt wird und sich damit auch die Möglichkeiten der KPD für die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse erhöhten.

• Den Anteil der verschiedenen Abteilungen des deutschen Imperialismus an der Niederlage der kommunistischen Kräfte analysieren und bewerten!

Zunächst müssen wir die revisionistische Lüge entlarven, daß „alles“ angeblich „gut“ geworden wäre, wenn es zu einer Einheit mit der SPD gekommen wäre. Ebenso könnte man sagen, alles wäre gut geworden, wenn die Nazis freiwillig abgetreten wären. Diesen grundlegend falschen Appell an die SPD-Führung haben die Revisionisten der linken Bewegung in Deutschland seit 40 Jahren eingehämmert. Zur Widerlegung dieses revisionistischen Manövers müssen wir ohne Zugeständnisse klarstellen, daß die Sozialdemokratie als Institution, als Apparat, Teil der herrschenden Klasse und des Staatsapparats war. Die Führung der Sozialdemokratie war bis zum 1. Mai 1933, als sie mit den Nazis zusammen den Nazi-1.-Mai feierte, Teil der Faschisierung gegen die KPD. Es war ein Block, eine Waffe, ein Apparat der Faschisierung, ein Apparat, der sich auch dem faschistischen Terror angeschlossen hat.

Ein prägnantes Beispiel war der „Altonaer Blutsonntag“ im Juli 1932 in Hamburg. An diesem Tag marschierten fast 10.000 SA-Männer gegen die antinazistischen Arbeiterinnen und Arbeiter in Altona auf, das eine Hochburg der KPD war. Der SPD-Polizeipräsident Eggerstedt ließ zum Schutz der Nazis Polizisten mit Maschinenpistolen und Panzerwagen aufmarschieren. Im Kampf zur Abwehr des Angriffs von SA und Polizei wurden 18 Arbeiter ermordet, die große Mehrzahl nicht von den Nazis, sondern durch Polizeikugeln.

Der Staatsapparat, die Sozialdemokratie und die Nazis waren wirklich in einer geschlossenen praktischen Front gegen die KPD. Wir müssen deshalb zunächst die konterrevolutionäre Rolle der Führung der Sozialdemokratie bewußtmachen, die kein Teil der demokratisch orientierten Kräfte war, um die Behauptung zu widerlegen, daß der Fehler der KPD gewesen sei, daß mit der SPD-Führung keine Einheitsfront zustande gebracht wurde.

• Bei der Analyse vom Ganzen, von Theorie, Programm, Strategie und Taktik ausgehen!

Im theoretischen Organ „Rotfront“¹ wurde richtig kritisiert, daß bei der Brüsseler Konferenz der KPD 1935 und der Berner Konferenz 1939, verkürzt gesagt, neben mehr oder minder im einzelnen nicht völlig falschen taktischen Überlegungen, das strategisch, programmatisch und theoretisch Grundlegende verlorenging, während zur Zeit Thälmanns der theoretische, programmatische und strategische Rahmen gehalten, aber sich taktisch eine Fülle von Ungeschicklichkeiten aneinander gereiht haben.

Bei der Bolschewisierung der KPD Mitte der 20er Jahre wurde leider kein besonderes Augenmerk auf das Studium der Frage gelegt, welche entscheidende Bedeutung ein geschicktes, taktisch richtiges Vorgehen im Rahmen der richtigen Strategie, des richtigen Programms für den Sieg oder die Niederlage einer kommunistischen Partei hat. Wer das Vorgehen der Bolschewiki in den entscheidenden Tagen des Aufstandes im Oktober und November 1917 studiert hat, kennt die Methoden, mit denen sie vorgegangen sind. Offensivhandlungen wurden als Defensivhandlungen kaschiert, die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands wurde als Verteidigungskampf gegen anrückende konterrevolutionäre Truppen kaschiert, wie Stalin schrieb². Wie man mit einem richtigen Verständnis zur gegebenen Zeit defensiv statt offensiv vorgeht, mit demokratischen statt sozialistischen Forderungen bestimmte Klassen und Schichten neutralisiert und für kurze, unter Umständen wesentliche Phasen des Kampfes gewinnt, dies haben die Bolschewiki vorbildlich gezeigt. Demokratische Forderungen spielten eine entscheidende Rolle in der sozialistischen Oktoberrevolution, um bestimmte Klassen und Schichten zu neutralisieren, nicht um sie für die Revolution zu gewinnen.

Diese ganzen taktischen Prinzipien und Fragen, die die Bolschewiki aufgerollt und mit Leben ge-

¹ Rotfront Nr. 8/9/10, S. 578-588, „Zur Linie der KPD zur 'nationalen Frage'“. Siehe in diesem Reader im Abschnitt: „Kritische Bemerkungen zu einigen Dokumenten der KPD“.

² Siehe: J. W. Stalin: Trotzkismus oder Leninismus, 1924, Stalin-Werke, Band 6, Seite 305 f.

füllt hatten, wurden in der KPD in ihrem theoretischen Organ „Die Internationale“ unseres Wissen nicht diskutiert. 1933 ging es um die Bewaffnung der Arbeiter für den Abwehrkampf gegen die Nazis, nicht für die proletarische Revolution. Die einleuchtende Notwendigkeit der Bewaffnung, wie dies schon Marx analysierte, die im Rotfrontkämpferbund lange diskutiert worden war, stieß auf die Hysterie der herrschenden Klasse gegenüber einem bewaffneten Proletariat. Nicht die proletarische Revolution, sondern die defensive Verteidigung gegen die Nazis hätte in dieser Situation in den Vordergrund gestellt werden müssen, um die demokratische Forderung nach Bewaffnung der Arbeiterinnen und Arbeiter aufzustellen.

● Realistische Einschätzung des deutschen Imperialismus

Die Unterschätzung des deutschen Imperialismus durch die KPD wurde 1935 im Artikel von Rudolf Gerber „Unser Kampf gegen den deutschen Imperialismus“ selbstkritisch analysiert. In diesem Artikel, der in der „Kommunistischen Internationale“ unter der Rubrik „Tribüne des VII. Weltkongresses“³ erschien, wurde von der KPD zum ersten Mal das analysiert, was Lenin schon 1919 gesagt hatte: Daß der deutsche Imperialismus die Bedingungen des Versailler Vertrages nicht für immer hinnehmen wird, daß andere ausländische Imperialisten nicht für immer durch Reparationsforderungen den deutschen Imperialismus unter Druck halten können.

Es war eine Fehleinschätzung der KPD anzunehmen, daß der deutsche Imperialismus sich zwar im Schlepptau der anderen Imperialisten an einem Angriff auf die Sowjetunion beteiligen könne, aber kein eigenständiger Kriegsherd mit eigenständigen imperialistischen Interessen und daß die Nazi-Partei niemals die Versailler Bedingungen imperialistisch durchbrechen könne.

Diese Fehleinschätzung war auch ein Versäumnis des EKKI der KI, das die Position Stalins auf dem XVI. und XVII. Parteitag der KPdSU(B) zu den Widersprüchen der imperialistischen Großmächte nicht vernünftig diskutiert und studiert hatte. Die Entwicklung hin zu einem imperialistischen Krieg zur Abschüttelung der Versailler Bedingungen hätte im Mittelpunkt der Propaganda der KPD gegen Versailles stehen müssen. Diese theoretische Fehleinschätzung taucht in verschiedenen Varianten in den ZK-Erklärungen der KPD zu den Nazis und zu Versailles auf. Hier hat die KPD taktisch verloren. Sie war – wie der KPÖ-Genosse Alfred Klahr in seiner 1944 in Auschwitz verfaßten Schrift „Gegen den deutschen Chauvinismus“⁴ kritisierte – in dieser Frage ins Schlepptau der Nazis geraten. Taktisch wurden die Nazis kritisiert, sie wollten und könnten ja doch nicht wirklich die Fesseln des „Young-Plans“ und des Versailler Vertrags abschütteln, dies könne nur die KPD durch die proletarische Revolution. Die Möglichkeit einer imperialistisch-chauvinistischen Lösung der Versailler Frage wurde nicht in den Mittelpunkt der Anti-Nazi-Propaganda gestellt.

Die Rolle der Wiederaufrüstung und Militarisierung beim Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus zu verstehen, war auch zentral, um die Rolle der Sozialdemokratie entlarven zu können. Die Sozialdemokratie spielte eine wichtige Rolle beim Bruch der Versailler Vertragsbestimmungen. 1928 brachte sie den Bau von Panzerkreuzern für die Schaffung einer Kriegsflotte des deutschen Imperialismus über die Bühne. Das war ein wichtiger Ansatzpunkt, um bewußt zu machen, daß die Sozialdemokratie eben seit 1914 eine konterrevolutionäre Partei war, die als politische Abteilung des Imperialismus an der Kriegsvorbereitung beteiligt war. Die Entlarvung der Kriegsvorbereitung mit Hilfe der Sozialdemokratie wurde von der KPD zu wenig Beachtung geschenkt. Der Kampf gegen den Bau der Panzerkreuzer 1928 war dabei eine rühmliche Ausnahme. Die Wiederaufrüstung des deutschen Imperialismus war der gemeinsame Nenner aller bürgerlicher Parteien. Dagegen hätte die KPD Position beziehen müssen mit einer klaren Einschätzung zum deutschen Imperialismus, der für einen Revanchekrieg rüstete und sich nicht mit Hilfsdiensten beim Überfall der anderen imperialistischen Großmächte auf die Sowjetunion zufrieden geben würde.

³ Die Kommunistische Internationale, Heft 9, 5. Mai 1935. Siehe in diesem Reader im Abschnitt: „Weitere Dokumente der KPD“.

⁴ Alfred Klahr, Gegen den deutschen Chauvinismus, Offenbach, 1997.

• Der Sozialfaschismus der Sozialdemokratie

Durch die Verbrechen der Sozialdemokratie wurde deutlich, daß die SPD im Kern keine bürgerlich-demokratische Kraft war, sondern sich, im weitesten Sinne des Begriffes „Faschismus“, als anti-bürgerlich-demokratische Kraft faschistischer Methoden bediente. Sie war eine politische Abteilung der herrschenden Klasse bei der Faschisierung.

Stalin hatte schon 1924 deutlich gemacht, daß die Einschätzung der Sozialdemokratie als „stinkender Leichnam“, wie Rosa Luxemburg es formuliert hatte, nur im Hinblick auf ihre organisatorische Kraft der Arbeiterbewegung, nur im Hinblick auf ihren ideologischen Einfluß auf die Arbeiterrinnen und Arbeiter richtig war.

Als Instrument des Imperialismus war sie natürlich kein „stinkender Leichnam“, sondern in dieser Attacke der herrschenden Klasse, die die Faschisierung forcierte und die Aufhebung parlamentarisch-demokratischer Herrschaftsmethoden anstrebte, war die Sozialdemokratie, wie Stalin 1924 darstellt, eine politische Abteilung der herrschenden Klasse, der gemäßigte Flügel des Faschismus oder – sozusagen aus der selben Mutter des Imperialismus geboren - ein „Zwillingsinstrument“ der herrschenden Klasse zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung. Daher kam dieser Ausdruck „Zwillingsbruder des Faschismus“.⁵

Die Faschismusdiskussion zu dieser Zeit hatte noch nicht den Nazi-Faschismus vor Augen. Bei Faschismus dachte man an Mussolini in Italien, an Polen, Ungarn, Bulgarien, also an Formen der staatlichen Aushebelung bürgerlich-demokratischer Rechte, die noch ein anderes Niveau hatten als später der Nazi-Faschismus. Das muß man berücksichtigen bei der Frage, wie die theoretisch richtige Analyse Stalins von 1924 später möglicherweise agitatorisch schlecht vermittelt wurde durch die ständige Betonung der SPD als Sozialfaschisten. Die Grundüberlegung Stalins ist hingegen in einem viel weiteren theoretisch-prinzipiellem Rahmen richtig und muß auch so eingeordnet werden.

1930 bis 1933 gab es intensive Diskussion, ob man die Regierungen von Hindenburg mit Brüning, Papen und Schleicher als faschistisch bezeichnen sollte. Heute denkt jeder bei dem Begriff „faschistisch“ an den Nazi-Faschismus. Die bürgerlichen Historiker machen sich heute darüber lustig, daß Brüning als Faschist bezeichnet wurde. Ohne Zweifel waren Hindenburg und Konsorten Reaktionäre und in gewisser Hinsicht Faschisten. Natürlich bestand noch ein qualitativer Unterschied zum Nazi-Faschismus. Aber heute müßte man dieses Manöver im nachhinein erklären, denn es wirkt nicht überzeugend, wenn die faschistische Brüning-Diktatur angeklagt wird und jeder weiß, welche Steigerungsmöglichkeiten an faschistischem Terror während der Nazi-Zeit noch bestanden. Das ist fast ein semantisches Manöver, da wir erklären müssen: in welcher Hinsicht waren diese Formulierungen von der KPD nicht besonders geschickt und in welcher Hinsicht haben sie doch irgendwie den Nagel auf den Kopf getroffen?

Die SPD-Kampagne zur Wahl Hindenbergs zum Reichspräsidenten 1932 macht deutlich, daß es einen **Konsens im Lager politischen Abteilungen der herrschenden Klasse gab, daß eine faschistische Diktatur in welcher Form auch immer errichtet werden muß, um die KPD und die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland zu zerschlagen**. Das war ein faschistisches Grundmuster, das mit der klassischen bürgerlichen Demokratie nichts mehr zu tun hatte und mit Brüning 1930 eingeleitet wurde. Die taktische Geschicklichkeit bzw. Uneschicklichkeit, das, was theoretisch richtig analysiert wurde, auch richtig weiterzuvermitteln, ist eine wesentliche Kritik an der KPD.

In der täglichen Agitation und Propaganda galt es genau zu überlegen, wie man diese richtige theoretische Erkenntnis in die Sprache übersetzt, die Mißverständnisse ausschließt. Mißverständnisse bei der Verwendung des Begriffs „Sozialfaschismus“, mit dem die Anhängerschaft der SPD letztlich mit dem Anhang der NSDAP auf eine Stufe stellt, waren vorprogrammiert.

⁵ J. W. Stalin: Zur internationalen Lage, 1924, Stalin-Werke, Band 6, Seite 253.

Dabei darf man aber nicht die grundsätzliche Einschätzung, daß die herrschende Klasse insgesamt mit allen politischen Abteilungen auf die faschistische Diktatur hinsteuerte, als falsch bezeichnen, denn diese Einschätzung war richtig.

• Wer war Hauptakteur der Repression ab 1930?

Viele kritisieren die These von der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse. Die Nazis hatten 1932 vielleicht zwischen 2 bis 3 Millionen Anhänger in der Arbeiterklasse. Diese Zahl stammt von dem KPD-Genossen Hans Jäger, der die soziale Zusammensetzung der Mitglieder der Nazi-Partei im Juni 1932 untersucht hatte. Dieser Artikel, 1932 in der Inprekorr⁶ veröffentlicht, ist die einzige derartige Untersuchung dieser Zeit. Im Vergleich dazu hatte die Sozialdemokratie eine Anhängerschaft von 10 bis 12 Millionen in der Arbeiterklasse. Innerhalb der Arbeiterklasse hatte die Sozialdemokratie mit Abstand den größten Einfluß und war das entscheidende Hindernis für die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Die Uneschicklichkeit beginnt dann, wenn man diese Frage des Einflusses in der Arbeiterklasse mit einer völlig anderen Frage vermischt.

Die Beteiligung der verschiedenen politischen Abteilungen der herrschenden Klasse an wesentlichen Komponenten des Staatsapparats mußte auch analysiert werden. Hier stand bis 1930 die Sozialdemokratie im Vordergrund und war der politische Hauptakteur.

Die Nazis wurden erst ab 1930 langsam am Staatsapparat beteiligt. Auch auf der Straße gab es vor 1929 keinen massiven Nazi-Terror. Die Zahl Opfer des staatlichen und des Nazi-Terrors hielt sich noch 1931 die Wage: damals wurden durch Nazi-Terror 49 und durch Polizei-Terror 55 Kommunisten und Antinazisten ermordet.

Zu dieser Zeit war es der Staatsapparat, der gegen die KPD vorging. Dieser wurde von der Sozialdemokratie geführt, in Preußen bis 1932. Die Frage, wer sozusagen innerhalb der herrschenden Klasse – nicht zu verwechseln mit der Frage, wer innerhalb der Arbeiterklasse – im Vordergrund bekämpft werden mußte, die wurde auch von der KPD nicht sauber getrennt von jener anderen Frage. Ganz klar war, daß ab 1930 die Sozialdemokratie im Staatsapparat zentralstaatlich nicht mehr im Vordergrund stand. Hier standen dann die Deutsch-Nationalen, Brüning und andere im Vordergrund.

• Die Taktik muß die strategischen Ziele verwirklichen helfen

Grundlegende theoretische Erkenntnisse – wie etwa Stalins Einschätzung der verschiedenen politischen Abteilung der herrschenden Klasse und der Sozialdemokratie als „Zwillingsbruder des Faschismus“ von 1924 – auf die tägliche Agitation anzuwenden, ist kontraproduktiv. Viele Richtlinien des EKKI wurde durch Übertreibung ins Absurde geführt. Ebenso sind viele Fehlerquellen da zu finden, wo theoretisch-programmatische Positionen in taktischen Auseinandersetzungen verwendet wurden.

Um ein Beispiel zu nennen: Ohne Zweifel ist der Begriff „proletarische Revolution“ der theoretisch-programmatisch-strategisch richtige Ausdruck. Wenn nun Arbeiterinnen und Arbeiter in die Dörfer gehen, um dort zu neutralisieren oder Bündnispartner zu gewinnen, wäre es vermutlich nicht sehr klug, wenn sie von den ausgebeuteten und werktätigen Bauern fordern würden, diese müßten sich an der „proletarische Revolution“ beteiligen. Hier wäre schon zu überlegen, ob es aus taktischen Gesichtspunkten nicht besser wäre, den Ausdruck „sozialistische Revolution“ zu verwenden. In theoretischer Hinsicht bedeutet „sozialistische Revolution“ und „proletarische Revolution“ dasselbe, taktisch wäre jedoch in diesem Fall „sozialistische Revolution“ besser, denn wenn man mit Leuten diskutiert, die dieses wissenschaftlich-theoretische Instrumentarium nicht beherrschen, muß man sich genau überlegen, wie man es in die Sprache übersetzt, die Mißverständnisse ausschließt.

⁶ Internationale Presse-Korrespondenz, Nr. 46, 1932, S. 1431.

● Im Anti-Nazi-Kampf die Aufgabe der Neutralisierung der Nazi-Anhänger

Es war nicht angesagt, die Nazi-Anhänger gegen die sozialdemokratischen Führer zu mobilisieren. Das klingt jetzt absurd, aber so absurd war das nicht. Es gab auch falsche Ansätze, die Anhängerschaft der NSDAP, die ja 13 Millionen Personen umfaßte, auch Teile der werktätigen Bevölkerung, von den Nazis wenigstens loszulösen, nach dem Motto: „SA-Prolet schließ dich der proletarischen Revolution an“. Eine Neutralisierung von Teilen dieser Anhänger als Taktik wurde nicht begriffen. Statt zu versuchen, den SA-Prolet, der sich mit den Kommunisten nicht mehr prügeln wollte, wenigstens zu neutralisieren. Es fehlte eine Analyse der Nazi-Anhängerschaft sowie der Anhängerschaft der Sozialdemokratie und eine Einschätzung, welche Chancen die KPD bei diesen und bei jenen hat.

● Gewinnung der Anhängerschaft der SPD durch den beispielhaften antinazistischen Kampf

In der grundlegenden Einschätzung gab es mit Sicherheit keine Fehler, aber in der Übermittlung. Wenn man 1932 in einem Flugblatt schrieb, die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind, konnte das nicht richtig ankommen. Um es plastisch zu machen: 1932/33, als die SA mit mehreren Millionen Anhängern marschierte und die NSDAP auf der Straße war, konnte man die Mehrheit der Arbeiterklasse der SPD nicht abspenstig machen, indem man in erster Linie gegen die Schweinereien der sozialdemokratischen Führer, die nicht mehr am Staatsapparat beteiligt waren, vorging, sondern in erster Linie mit der Frage: Wie kämpfen wir gegen die Nazis? Das war der Punkt, der auch die sozialdemokratischen Arbeiter aus der Verkrustung herausbrachte, und an dieser Frage galt es, den Einfluß der sozialdemokratischen Führer zu brechen.

● Keine Illusionen in die SPD-Führung

Anhand der revisionistischen Literatur ist weitgehend unbekannt, daß bestimmte Leute, die später Bücher für die KPD herausgegeben haben wie Seydewitz, aber auch Breitscheid, der später von den Nazis hingerichtet wurde, der KPD 1932/33 offiziell einen Waffenstillstand, einen Kompromiß, angeboten haben.

Nach jahrelanger Ablehnung hat nun die SPD der KPD hochoffiziell eine Zusammenarbeit angeboten. Es war klar, daß das ein Angebot der herrschenden Klasse war. Doch seit wann hat die kommunistische Partei es nicht nötig, über Friedens-, Waffenstillstands- oder sonstige Angebote der herrschenden Klasse nachzudenken? Die Antwort und die Reaktion der KPD in dieser Situation war taktisch falsch und ungeschickt. Warum hatte es die SPD-Führung damals nötig, der KPD ein Friedensangebot zu machen? Wie muß die KPD darauf reagieren?

Mit Sicherheit war der Druck der Massen der sozialdemokratischen Arbeiter, die gesehen haben, daß bei Überfällen auf sozialdemokratische Parteikomitee der Rotfrontkämpferbund, die KPD, geholfen hat, wichtig. Das heißt, die SPD konnte es sich 1932 offensichtlich nicht mehr erlauben, diese antikommunistische Schiene im Kampf zur Zerschlagung der KPD weiterzuführen. Das hätte analysiert werden müssen und nicht nur das ebenfalls existierende Manöver, in dieser historisch wichtigen Situation die KPD in ein faules Projekt einzubinden, damit sie mit Hilfe der SPD versucht parlamentarisch den Nationalsozialismus zurückzudrängen. Das war, wie die KPD richtig entlarvt hat, der Kern dieses Einheitsangebotes der SPD.

Wenn wir uns an die taktischen Methoden Mao Tse-tungs der Verhandlungsführung, der Doppelstrategien usw. während der chinesischen Revolution gegen Tschiang Kai-Scheck erinnern⁷, wird klar, daß die KPD sich nicht sehr geschickt verhalten hat, sondern in die Defensive geriet, indem sie diese Einheitsangebote ohne weiteres ablehnte, dann aber später selbst Aufrufe an die SPD-Vorstandsvorsitzenden zum Generalstreik gerichtet hat. Das war nicht nachvollziehbar, machte keinen überzeugenden, klaren, eindeutigen, für jeden verständlichen Eindruck.

⁷ Siehe: GDS-Nummer 37, „Untersuchung zur Einschätzung der Lehren und des Werkes Mao Tse-tungs, Teil II, Seite 85 ff.

Es geht um die Frage, wie geht man mit der konterrevolutionären SPD-Führung taktisch Kompromisse ein, als Kompromisse mit dem Klassenfeind, um an die Anhängerschaft der Sozialdemokratie heranzukommen. Der dabei einzige entscheidende Punkt war: bewaffnete gemeinsame Abwehr gegen die Nazis. Das war der Lackmus im demokratischen Kampf. Die Argumentation „Keine Einheitsfront mit der SPD, denn die wollen ja den Kapitalismus nicht abschaffen“ ist keine kluge Antwort. Es ging nicht um die Abschaffung des Kapitalismus, es galt in dieser Situation den demokratischen Abwehrkampf zu führen. Und den konnte man nicht parlamentarisch, sondern nur mit Hilfe der Kräfte der revolutionären Arbeiterbewegung unter Einbeziehung aller demokratischer Bündnispartner führen.

Das ist der zentrale Punkt meiner jetzigen Position, die sich natürlich im nachhinein leicht sagt und die 1933 vielleicht als Verrat an der proletarischen Revolution gebrandmarkt worden wäre – ich wäre übrigens aber nach wie vor auch für die proletarische Revolution gewesen. Aber die Debatten innerhalb der KPD liefen nicht völlig überzeugend, nicht fest, sondern zerfahren und es fehlte diese Ausstrahlung, mit der Stalin in der KPdSU(B) die innerparteilichen Kämpfe geführt hat, mit Argumenten, Übersicht und die Gesamtzusammenhänge im Blick.

• Doppelte Bedeutung des bewaffneten Kampfes

Es gab nicht den „Tag X“ als Zeitpunkt für den bewaffneten Abwehrkampf gegen die Nazis. Ich finde es absurd, den 30. Januar 1933 zu nennen. Der herrschenden Klasse ist es gelungen, sich bewußt nicht festzulegen, keinen „braunen Tag X“ zu schaffen. Sie verfolgte eine Salamitaktik und drehte die Schrauben schrittweise stärker an. Am 30. Januar war ja die KPD noch nicht verboten. Nach dem Reichstagsbrand im Februar 1933, als viele Kommunisten verhaftet wurden, war die KPD noch in der Lage, sich an den Wahlen Anfang März 1933 offiziell zu beteiligen, obwohl nahezu alle Kandidaten der KPD im Anschluß an den Reichstagsbrand verhaftet worden waren. Nach den Wahlen wurde die KPD dann offiziell verboten, die SPD erst im Juni 1933. Das heißt, die herrschende Klasse hat es ganz bewußt vermieden, einen „braunen Tag X“ wie etwa 1973 in Chile zu schaffen, an dem klar war: Jetzt oder nie, Kampf um Leben oder Tod, die oder wir. Einen solchen Tag, einen solchen Einschnitt gab es nicht. Die deutsche Bourgeoisie war zu klug, einen solchen Anlaß zu schaffen. Aus Sicht der Anhängerschaft der SPD war am 30. Januar 1933 noch lange nicht alles verloren, es gab ja noch die Aussicht auf die März-Wahlen, dann würde man die Nazis noch abwählen können. So war die innere Einstellung.

Ein großes Fragezeichen bleibt, ob man den Nazi-Vormarsch hätte aufhalten oder die Nazi-Diktatur hätte verhindern können, wenn die KPD eine richtige Analyse mit einer geschickten Taktik verbunden hätte. Stellen wir uns vor, Stalin hätte 1932 den Vorsitz der KPdSU(B) aufgegeben, wäre nach Deutschland gegangen, wäre Vorsitzender der KPD geworden und hätte mit seinen Kadern alles richtig gemacht. Selbst dann wäre der Erfolg nicht zwingend gewesen. Wir sollten uns deshalb eine besserwisserische Haltung a la „Wenn man das und das gemacht hätte, wäre es nicht zum Sieg des Nazifaschismus gekommen“ nicht zu eigen machen. Es hätte sein können, daß man die Errichtung der Nazi-Diktatur vielleicht länger aufhalten hätte können, daß Entwicklungen eingetreten wären mit einer ungeheuer explosiven Situation, in denen kleine Anlässe große Wirkung haben könnten, daß sich also irgend etwas in Richtung proletarische Revolution und Abwehr des Nazifaschismus hätte entwickeln können. Mit einer richtigen Linie wäre die Chance größer gewesen. Aber es hätte auch sein können, daß die Zeitspanne einfach nicht gereicht hätte und dieser Wettkampf, so wie 1905 in Rußland, zuungunsten der KPD ausgegangen wäre, daß man tatsächlich mit einer Welle der Konterrevolution hätte rechnen müssen.

Die mangelnde Vorbereitung auf mehrere Entwicklungsmöglichkeiten ist eine zentrale Lehre aus der Analyse der KPD 1932/1933. Die KPD hat in dieser Zeit einseitig, nur auf eine Möglichkeit hin orientiert. Es ist besser, sich auf mehrere Möglichkeiten einzurichten und dabei lieber mit mehr als mit weniger Schwierigkeiten rechnen. Aus den Schriften Mao Tse-tungs können wir in dieser Frage

sehr viel lernen.

Statt dessen wird eine gewisse Großmäuligkeit sichtbar, eine der unangenehmsten Züge der deutschen Arbeiterbewegung. 1932 erklärte Thälmann⁸, wenn der deutsche Imperialismus die Sowjetunion überfällt, dann könne man Hitler am nächsten Tag im Moskauer Zoo besichtigen. In die gleiche Richtung geht das Telegramm der „Berner Konferenz“ der KPD an Stalin vom 2. Februar 1939⁹, in dem die KPD ankündigt, daß die deutsche Arbeiterbewegung den deutschen Imperialismus sofort zerschlagen würde, sobald er die Sowjetunion angreift. Diese rhetorischen, beifallsträchtigen Floskeln zeigen eine gewisse Großmäuligkeit. Auch die dem Mitglied des ZK der KPD Neumann zugeschriebene These, daß wenn die Nazis an die Macht kommen, dann nur einen halben Meter unter der Erde geht in diese Richtung. Solche und ähnliche Floskeln waren nicht Neumannspezifisch. das gab es in der ganzen KPD.

Hintergrund waren natürlich diese wirklich beeindruckenden Demonstrationen und Aufmärsche der KPD. 1929 hat sie mit 200.000 Arbeitern und Arbeiterinnen gegen die sozialdemokratische Zörgiebel-Polizei demonstriert und diese Arbeiterinnen und Arbeiter wollten alle bewaffnet kämpfen, wovon sie die KPD abgehalten hat. Stellt Euch 200.000 bewaffnete Kämpferinnen und Kämpfer vor und vergleicht das mit der Situation 1923, als rund 50 bewaffnete Kommunisten in Hamburg den bewaffneten Aufstand begangen und als Fanal eine Polizeiwache überfielen. Diese gewisse Überheblichkeit der KPD hatte also eine materielle Basis. Materieller als bei diesen Kleingruppen, die solche Aktionen in den 70er Jahren hier nachgemacht haben. In Berlin war die Mehrheit der Arbeiterklasse kommunistisch. Die KPD verfügte dort über 800.000 Wählerinnen und Wähler. Wie war vorzugehen: Du hast Berlin in der Hand, hältst aber deine Anhänger noch zurück, weil in anderen Teilen Deutschlands die Mehrheit noch nicht gewonnen ist.

Man hätte Formen der Doppelherrschaft, der Bewaffnung des Proletariats finden müssen, demokratische Abwehrkämpfe führen. Dies ist der zentrale Kritikpunkt, den wir als Lehre aus der Nazi-Zeit ziehen müssen ohne die Garantie „Mit der richtigen Linie hätte man...“ Die Einheitsfront mit der SPD-Führung als den zentralen Hebel zur Abwehr des Nazifaschismus zu propagieren, ist der größte revisionistische Unsinn, den wir nach allen Regeln der Kunst zerschlagen müssen.

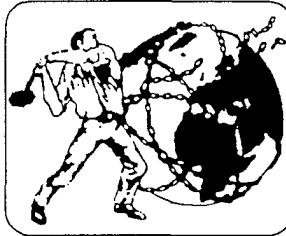
* * *

⁸ Siehe: Ernst Thälmann, Rede zu den Reichspräsidentenwahlen, in: Rote Fahne, 11. März 1932.

⁹ „Berner Konferenz an den Genossen Stalin“, 2. Februar 1939. In: „Die Internationale“ Jg. 22, H 5/6, S. 185 – 187.

Zitiert aus dem Reader: „Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945“, Offenbach 2002, S. 371.

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

2/03

Februar 2003

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt:

Der Klassenkampf unter Führung der KPD 1929 bis zum Sieg des Nazi-Faschismus 1933

Nazi-Terror auf den Straßen, Nazi-Aufmärsche unter Polizeischutz, schrittweise Faschisierung des Staatsapparats, ein chauvinistisch-kriegstreiberischer deutscher Imperialismus als „Friedensengel“, der sich von angeblicher „Knechtschaft“ u. a. des US-Imperialismus befreien muß ... mit diesen heute wieder höchst aktuellen Problemen waren in den Jahren von 1929 bis 1933 die Genossinnen und Genossen der KPD konfrontiert. Als 1933 schließlich die offene terroristische Diktatur des Finanzkapitals in seiner nazifaschistischen Form errichtet und der nun staatliche Nazi-Terror verschärft wurde, sollte zunächst die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland, voran die KPD, zerschlagen werden, um der deutschen Bourgeoisie freie Hand für ihre Raubkriegs-, Weltherrschafts- und Völkermordpläne zu geben, nachdem in den Monaten zuvor Schritt für Schritt Maßnahmen auf dem Weg zu einer polizeistaatlichen Diktatur eingeleitet und durchgeführt worden waren. Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler in einer Koalition aus Nazis und Deutschnationalen im Januar 1933, der Reichstagsbrand im Februar und schließlich die „Gleichschaltung“ der Gewerkschaften im Mai waren Marksteine auf dem Weg zur vollständigen Errichtung der nazifaschistischen Diktatur.

Vor diesem Weg hatte die KPD sehr laut und für jeden hörbar gewarnt: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Die imperialistische Expansion Nazi-Deutschlands, der imperialistische Angriffskrieg auf die sozialistische Sowjetunion, die Deportation und systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung und der Sinti und Roma, die ganze Palette der nazifaschistischen Verbrechen konnte nicht von einer kommunistisch geführten Massenbewegung verhindert werden, Nazi-Deutschland mußte von den Völkern und Armen der Anti-Hitler-Koalition besiegt und besetzt werden.

Es ist die geschichtliche Wahrheit, daß es den Genossinnen und Genossen der KPD nicht gelungen ist, militante bewaffnete Massenkämpfe gegen die Errichtung und Festigung der nazifaschistischen Diktatur 1933 in Deutschland zu entfalten. Als Kommunistinnen und Kommunisten stehen wir vor der Aufgabe, auf Grundlage der Kenntnis der realen damaligen Situation und der damaligen Kräfteverhältnisse die Gründe hierfür zu analysieren. Dabei werden wir die revolutionären Grundpositionen der KPD, den mutigen Kampf der KPD-Genossinnen und -Genossen im antinazistischen Kampf gegen alle Schmutzangriffe verteidigen, die Mängel und Fehler der KPD insbesondere in taktischen Fragen einer solidarischen, aber wissenschaftlich-rücksichtslosen Kritik unterziehen. Gleichzeitig müssen wir auch die Methoden, demagogischen Fähigkeiten und das verbrecherische Potential des deutschen Imperialismus erkennen und durchschauen, wie es ihm durch Täuschung, Zersplitterung, Demagogie, Schmeichelei und Terror Schritt für Schritt gelungen ist, sich eine millionenfache Massenbasis für seine Ziele zu schaf-

fen und die revolutionäre Bewegung in Deutschland weitgehend zu zerschlagen.

Das Programm des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus

Nach einer Periode massenhafter bewaffneter revolutionärer Kämpfe und Aufstände im Anschluß an die Niederlage des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg – von der Novemberrevolution 1918, über die Münchner Räterepublik im April-Mai 1919, den Generalstreik und bewaffneten Abwehrkampf Hunderttausender Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Errichtung einer Militärdiktatur durch den Kapp-Putsch im März 1920, die bewaffneten Märzkämpfe 1921 vor allem in der Region von Merseburg-Halle und besonders in den Leuna-Werken, bis zum bewaffneten Aufstand kommunistisch orientierter Arbeiterinnen und Ar-

beiter in Hamburg unter Führung der KPD im Oktober 1923 – folgte bis 1928 eine Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Der im Ersten Weltkrieg besiegte, zunächst am Boden liegende deutsche Imperialismus erholte sich schrittweise von seiner Niederlage und bereitete Stück für Stück die Wiederaufrüstung und einen Revanchekrieg vor.

Diese Tendenz hob Stalin in seinem Rechenschaftsbericht auf dem XIV. Parteitag der KPdSU(B) 1925, nach Abschluß des „Locarno-Vertrages“ hervor:

„Was Locarno anbelangt, so ist es nur eine Fortsetzung von Versailles und kann nur den Zweck haben, den ‚Status quo‘ aufrechtzuerhalten ... das heißt, die bestehende Ordnung der Dinge aufrechtzuerhalten, kraft deren Deutschland ein besiegtes Land und die Entente die Siegerin ist ... Anzunehmen, das wachsende und vorwärtschreitende Deutschland werde sich mit dieser Lage abfinden, hieße an Wunder glauben.“ (Stalin Werke, Band 7, S. 237)

Ursachen

Der Grund für dieses Wiedererstarken, für die Entwicklung des besieгten Deutschland hin zu einer erneut erstarkten imperialistischen Großmacht, war das Wirken des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung der einzelnen imperialistischen Länder. Hier galt es, sich nicht von der Demagogie der deutschen Bourgeoisie täuschen zu lassen, nicht eine Momentaufnahme des aktuellen Kräfteverhältnisses der verschiedenen imperialistischen Länder zur Grundlage für eine Einschätzung der Stärke des deutschen Imperialismus zu nehmen. Ernst Schneller, ein führender KPD-Genosse, erklärte diese Frage im Schulungsmaterial, das den Genossinnen und Genossen der KPD die Thesen der Kommunistischen Internationale über „Krieg und Kriegsgefahr“ vom Mai 1927 erläutern und verständlich machen sollte:

„Die Neuauflistung der Welt durch die Verträge von 1918 kann keine dauernde sein, und es ist überhaupt unmöglich, daß sich die verschiedenen imperialistischen Länder jemals auf Dauer über die Teilung der Welt verständigen könnten. Das liegt daran, daß sich der Kapitalismus in den verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeiten in verschiedenem Tempo entwickelt.“ (Schneller, S. 141)

Dabei boten diese Verträge von 1918, der Versailler Friedensvertrag, dem deutschen Imperialismus besondere demagogische Möglichkeiten, um die deutsche Bevölkerung mit der Ideologie des Revanchismus und Chauvinismus zu verhetzen, während er gleichzeitig die räuberischen finanziellen Bedingungen dieses Vertrages auf die werktätigen Massen abzuwälzen und von sich selbst abzulenken versuchte mit dem Verweis auf die Reparationsforderungen der Siegermächte.

Abschüttelung der finanziellen Forderungen

Zug um Zug entledigte sich der deutsche Imperialismus der ökonomischen Forderungen von Versailles:

- 1929 wurden die Verpflichtungen Deutschlands an die Siegermächte im „Young-Plan“ neu geregelt. Die Reparationszahlungen, die von nun an nur aus den Einnahmen der Reichsbahn und des Staatshaushalts zu leisten waren, wurden auf 113,9 Milliarden Mark herabgesetzt und begrenzt. Die Reparationskommission wurde aufgelöst, alle Kontrollinstrumenten fielen weg. Reichsbahn und Reichsbank wurden in den Besitz des deutschen Imperialismus zurückgegeben.
- 1930 zogen unter frenetisch-chauvinistischem Applaus die letzten französischen Ententetruppen aus dem besetzten Rheinland vorfristig ab.
- Mitte 1931 veranlaßte der US-Imperialismus durch das Hoover-Moratorium die Reparationsgläubiger Deutschlands, für ein Jahr auf deutsche Reparationszahlungen zu verzichten.
- Mitte 1932 wurde auf der Reparationskonferenz von Lausanne die Restsumme der Reparationsverpflichtungen auf nur noch 3 Milliarden Mark, zahlbar ab 1935, festgelegt. Faktisch beendete der deutsche Imperialismus 1932 die Reparationszahlungen.

Militarisierung und Wiederaufrüstung

Entsprechend seiner wiedergewonnenen ökonomischen Stärke forcierte der deutsche Imperialismus die Militarisierung und Wiederaufrüstung:

- Die im Versailler Vertrag geforderte Festlegung der Stärke der Reichswehr auf 100.000 Soldaten unterließ er durch eine neunjährige Reserveweit. Damit waren zwar offiziell lediglich 100.000 Reichswehr-Soldaten ständig unter Waffen, weitere 300.000 jedoch waren ausgebildet, standen neun Jahre lang unter unmittelbarer militärischer Führung (für den Einsatz im „Bahnschutz“ oder „Grenzsiedlungen“) und waren jederzeit abrufbereit. Hinzu kam die staatliche militarisierte Schutzpolizei (rund 200.000) sowie die Hunderttausende umfassenden paramilitärischen sogenannten „Wehrverbände“ wie Stahlhelm und SA.
- Ein wichtiger Meilenstein der zunehmend offenen betriebenen Wiederaufrüstung und Kriegsvorbereitung war 1928 der Bau von Panzerkreuzern zur Schaffung einer eigenen Kriegsflotte.
- Der zweite Markstein war 1931 das „Zweite Rüstungsprogramm“, das von 1933 bis 1938 durchgeführt werden sollte mit dem Ziel, 34 Divisionen (ca. 20.000 Soldaten pro Division) der Reichswehr aufzustellen.
- In geheimen Mobilmachungsplänen der Reichswehr wurde 1931 der Einsatz von „Freiwilligen aller Parteien“ – sprich der bewaffneten Formationen SA, Stahlhelm und Reichsbanner – für den „Landes- und Grenzschutz“ vereinbart.
- Im Dezember 1932 erklärten sich die Siegermächte des Ersten Weltkriegs in Genf schließlich mit der Wiederaufrüstung Deutschlands einverstanden, die unter der Phrase der „Abrüstungsgleichberechtigung“ präsentiert wurde.

Der deutsche Imperialismus erhob immer frecher sein Haupt. Ernst Thälmann stellte in seiner Rede auf der 3. Parteikonferenz der KPD im Oktober 1932 schließlich fest:

„Vierzehn Jahre nach Abschluß des vorigen Weltkriegs ist das Problem der Neuauftteilung

der Welt für die Imperialisten wieder zu einer brennenden Frage geworden, die sie mit dem Mittel des Krieges zu lösen versuchen ... Zugleich verschärft sich die imperialistische Aggressivität der Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie ... Was die Brüning-Regierung mit dem damaligen Außenminister Curtius vor eindrückt Jahren mit der deutsch-österreichischen Zollunion versucht hat, wird jetzt von den Papen-Schleicher auf weitaus höherer Stufe unternommen: die Durchbrechung jener Schranken, die das Versailler System dem Expansionsdrang des deutschen Imperialismus gesetzt hat.“ (Thälmann 1930 - 1933, S. 293 f.)

Manöver des deutschen Imperialismus

Lange Zeit brachte der deutsche Imperialismus seine Forderungen nicht offensiv als Bruch der Bestimmungen des Friedensvertrags vor, sondern operierte heimlich und über den Umweg der „Forderung nach internationaler Abrüstung“. In seinen Memoiren beschrieb Ex-Kanzler Brüning, daß er im April 1932 auf der Abrüstungskonferenz in Genf seinem englischen Amtskollegen vorschlug, man solle Deutschland „die Freiheit geben, Versuchstypen für die schweren Angriffswaffen zu konstruieren“. Brüning ergänzt in Klammern für die Leserinnen und Leser: „(die wir übrigens seit Jahren hatten)“: (10/S. 561)

In seiner Schrift „Der neue Weltkrieg. Was tun die deutschen Arbeiter gegen den drohenden imperialistischen Krieg?“ analysierte Ernst Schneller 1927 die speziellen Manöver der deutschen Bourgeoisie, die heute wieder höchst aktuell sind:

„Ohne modernes Heer, ohne Flotte, ohne Flugzeuge, Tanks, Giftgas und schwere Artillerie – wie will sich das neue imperialistische Deutschland am Kampf um die Märkte mit Aussicht auf Erfolg beteiligen können! ... Liegt in dieser Entwicklung (verschärfter Kampf um Märkte, A.d.V.) die Tendenz zur Verschärfung der Gegensätze zu den übrigen imperialistischen Mächten, so zugleich auch der Antrieb, sich aktiv an jeder möglichen Auseinandersetzung um die Neuauftteilung der bereits aufgeteilten Welt zu beteiligen. Daraus erwächst die geschäftige Lebendigkeit der deutschen Außenpolitik, die Bereitwilligkeit, im albanischen Konflikt als Schiedsrichter mitzuwirken, der Drang, in die Mandatskommission des Völkerbunds zu kommen, überhaupt die gesamte Völkerbundspolitik.“ (Schneller, S. 221)

Vor dem Hintergrund dieses nun wiedererstarkten, besonders aggressiven deutschen Imperialismus, der in imperialistischer Rivalität seinen erneuten Anspruch als imperialistische Großmacht formulierte und die seit 1929 wirkende Weltwirtschaftskrise für Massenentlassungen, Lohnabbau und die Schaffung eines Millionenheers von Erwerbslosen in Deutschland nutzte, wuchs und erstarke die KPD, die mit ihren revolutionären Grundpositionen, der Vorbereitung des bewaffneten Aufstands des Proletariats im Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus, ihrem Ziel, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus zu gewinnen und in Klassenkämpfen zum Sturz des deutschen Imperialismus zu führen, Stück für Stück näher kam.

Beim Studium der Dokumente der KPD von 1929 bis 1932 wird jedoch deutlich, daß die KPD einen eigenständigen Weg des deutschen Imperialismus hin zu einem imperialistischen Krieg – und

im Zusammenhang damit die wesentliche Funktion des Nazi-Faschismus als Instrument zur Massenmobilisierung für einen solchen Krieg und zur Zerschlagung der revolutionären Kräfte in Deutschland – trotz punktuell richtiger Einschätzung insgesamt unterschätzt hat.

Der KPD-Genosse Rudolf Gerber analysierte in seinem Beitrag „Unser Kampf gegen den deutschen Imperialismus“ von 1935, der in der „Kommunistischen Internationale“ unter der Rubrik „Tribüne des VII. Weltkongresses“ abgedruckt wurde, selbstkritisch die Haltung der KPD gegen den Versailler Vertrag als Reaktion auf die chauvinistische Anti-Versailles-Propaganda der Nazis, wie sie insbesondere in der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ der KPD von 1930 formuliert worden war. Die KPD hatte versucht, der chauvinistischen Demagogie von Nazis und Deutschnationalen entgegenzutreten, indem sie sich selbst als einzige konsequente Kraft im Kampf gegen die imperialistischen Verträge präsentierte und die falsche These vertrat, daß die Durchbrechung des Versailler Vertrags unter Führung der Nazi-Partei nicht möglich sei. Gerber hob jedoch hervor, daß es zwei Möglichkeiten zur Liquidierung der Versailler Bedingungen gab: eine *proletarische Option*, die durch die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats einheimisches und ausländisches Kapital expropriert und dem Weltimperialismus im Bündnis mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt, insbesondere mit der Sowjetunion, den Krieg erklärt, und eine *imperialistisch-chauvinistische Option* des deutschen Imperialismus, die die Versailler Bedingungen durch imperialistische Aggression und Raubkrieg abschüttelt:

„Unsere Propaganda litt teilweise unter dem Fehler, daß wir die zweite Möglichkeit in unzulässiger Vereinfachung vielfach als nicht vorhanden behandelten.“ (Gerber, S. 725)

Aus der von Gerber kritisierten unrealistischen Leugnung der tatsächlichen Möglichkeit und Gefahr, daß der Versailler Vertrag durch einen imperialistisch-faschistischen Krieg gesprengt wird, folgt im Grunde, daß diese Gefahr nicht richtig gesehen und bekämpft werden konnte.

Nicht zuletzt mußte es bei den werktätigen Massen dann so herauskommen, daß angesichts der „Erfolge“ der Nazi-Faschisten bei der Abschüttung des Versailler Vertrags die Kommunisten unrecht behalten hätten, Hitler aber „sein Wort“ gehalten habe. Dies war wohl einer der gefährlichsten Siege der Nazi-Faschisten im Kampf um die Millionenmassen, der die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch Nazi-Deutschland wesentlich erleichtert hat.

Die Sozialdemokratie treibt die Faschisierung voran

Für jede kommunistisch orientierte Arbeiterin, für jeden kommunistisch orientierten Arbeiter der Weimarer Zeit war klar: Die Führer der Sozialdemokratie waren die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Sie waren es, die 1918 ein Bündnis mit der Reichswehr-Generalität zur „restlosen Bekämpfung der Revolution“ hergestellt hatten. Noske, Kriegsminister der 1919 gebildeten SPD-Regierung, hatte offen erklärt: „Einer muß der Bluthund sein!“ Sie waren die antikommunisti-

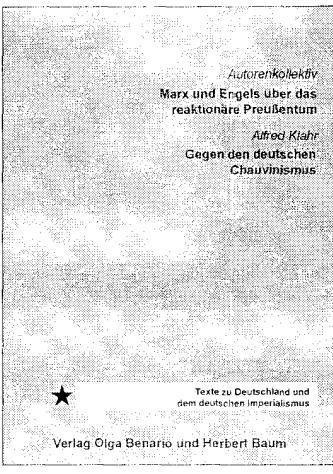
Die falsche Haltung der KPD zur „nationalen Frage“: Kritik des KPÖ-Genossen Alfred Klahr am Beispiel Österreichs

Alfred Klahr, Mitglied des ZK der KP Österreichs, verfaßte 1944 als Häftling im KZ Auschwitz die theoretische Arbeit „Gegen den deutschen Chauvinismus“.

Klahr kritisiert in dieser Schrift, daß die KPD die staatliche Unabhängigkeit Österreichs nicht verteidigte, sondern - in der falschen Tradition Rosa Luxemburgs in dieser Frage – eine „großdeutsche Idee“ vertrat, die eine „großdeutsche Republik“ unter Einschluß von Teilen oder ganz Österreichs anstrebe.

Außerdem arbeitete Klahr Gesichtspunkte zu folgenden Fragen heraus:

- zur Geschichte der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus;
- über die Notwendigkeit der Wiedergutmachung als Element auch der Erziehung breiter Massen nazistisch verhetzter Werktägler;



in bezug auf verschiedene Themen der nationalen Frage zur Zeit der Weimarer Republik ins „Schlepptau“ der Nazi-Propaganda kam.

■ über die Notwendigkeit der kritischen Sichtung der gesamten Geschichte Deutschlands auch in kultureller Hinsicht aus dem Blickwinkel der Explosion des Nationalismus in der nazifaschistischen Ideologie und Praxis;

■ über die Notwendigkeit einer Kritik sämtlicher wesentlicher Dokumente der KPD, der Theorie und Praxis der KPD vor 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Klärung des Verhältnisses von demokratischem und sozialistischem Kampf und der Klärung der Frage, wie es dazu kam, daß die KPD gegenüber der Propaganda der Nazis in die Defensive geriet und deshalb

schen Mordhetzer, auf deren Konto rund 30.000 ermordete revolutionäre Arbeiterinnen und Arbeiter während der Novemberrevolution bis zur Zerschlagung der Münchener Räterepublik im Mai 1919 gingen. Sie waren es, die nach der Abwehr des Kapp-Putsches 1920 die Entwaffnung der kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter veranlaßt und die Massakrierung von 1.000 Kämpfenden ermöglicht hatten.

Wie die Sozialdemokratie die Faschisierung und Wiederaufrüstung vorantrieb

Auch in den Folgejahren blieb die Sozialdemokratie zunächst die politische Hauptkraft, auf die der deutsche Imperialismus bei der Faschisierung und Wiederaufrüstung des Weimarer Staates setzte:

- Der Bau von Panzerkreuzern für die Kriegsflotte des deutschen Imperialismus wurde von einer SPD-Regierung forciert.
- Der „Blutmai“, das Polizei-Massaker vom 1. Mai 1929 in Berlin, war das Werk der Sozialdemokratie, insbesondere des SPD-Polizeipräsidenten Zörgiebel. Trotz des Demonstrationsverbots folgten rund 200.000 Arbeiterinnen und Arbeiter an diesem Tag dem Aufruf der KPD. Darin hieß es:

„Der Sozialdemokrat Grzesinski droht mit dem Verbot der KPD und des RFB. Über Berlin und Hamburg ist bereits der Belagerungszustand verhängt. Demonstrationsverbote der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten sind für eine Reihe weiterer Städte angekündigt. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, verbündet sich mit den Führern des ADGB zum Verbot des 1. Mai. Was dem wilhelminischen Deutschland nicht gelungen, was Jagow und Keudell nicht vollbrachten, wollen die sozialdemokratischen Lakaien der Trustbourgeoisie vollbringen.“ („Rote Fahne“, 13. April 1929)

Die Polizei überfiel die Demonstration und schoß in die Menschenmenge. Im Verlaufe der Kämpfe errichteten die Arbeiterinnen und Ar-

beiter in Neukölln und im Wedding Barrikaden, die sie teilweise zwei Tage lang gegen die Polizeiübermacht verteidigen konnten. Auf die Bedeutung eigener Erfahrungen, die die Arbeiterinnen und Arbeiter bei diesem bewaffneten Abwehrkampf gegen die Polizei machen konnten, ging Ernst Schneller auf dem 12. Parteitag der KPD im Juni 1929 in einem Diskussionsbeitrag ein:

„Der Aberglaube an die Überlegenheit der bewaffneten Macht, dieser teilweise vorhandene ungeheure Respekt vor Uniformen und Waffen, der hat sich gerade am 1. Mai als absolut unberechtigt erwiesen. 30 Arbeiter in Neukölln, 30 Arbeiter im Wedding, die aktiv gekämpft haben, sie haben Tausende von Schutzpolizisten in Schach gehalten, nicht kraft ihrer besonderen Tapferkeit, sondern kraft der Verbundenheit mit dem Proletariat.“ (12. Parteitag, S. 403)

Die Polizei ermordete 33 Demonstrantinnen und Demonstranten, verletzte fast 100 schwer und verhaftete 2.000, die in den anschließenden „Mai-Prozessen“ im Schnellverfahren verurteilt wurden. Das Zentralorgan der KPD, die „Rote Fahne“, wurde für mehrere Wochen verboten. Aus Protest gegen das Polizeimassaker traten im Anschluß an den Berliner Blutmai 25.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in Berlin und 50.000 in Deutschland in den ersten politischen Massenstreik seit 1923.

- Im Anschluß an den Berliner Blutmai schürte die SPD-Regierung eine massive antikommunistische Hetze, die sie für das Verbot des „Rotfrontkämpferbundes“ (RFB) nützte.
- Mit der angeblichen Option des „kleineren Übels“ versuchte die Sozialdemokratie, legalistische Illusionen unter den SPD-beeinflußten Arbeiterinnen und Arbeitern zu verstärken, die gegen die erstarkende nazifaschistische Bewegung kämpfen wollten. Sie setzte sich 1932 massiv für die Wahl des Reichswehr-Generals Hindenburg zum Reichspräsidenten als „kleineres Übel“ im Vergleich zu Hitler ein. Dem setzte die KPD die richtige Parole „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ entgegen. Ernst Thälmann erklärte in seiner Rede im Berliner Sportpalast

im März 1932, daß die Tatsache, daß die deutsche Bourgeoisie neben dem Kriegshetzer Hitler nur Generale und Obersten aufstellte, ein weiterer Beleg

„...für die imperialistischen Pläne, für die Kriegslüsternheit, für die Kriegsentschlossenheit des kapitalistischen Deutschland und seiner herrschenden Klasse (ist).“ (Thälmann 1930 - 1933, S.27)

Auf die Demagogie des „kleineren Übels“ – ein Standard „argument“ der damaligen Sozialdemokratie zur Rechtfertigung sämtlicher konterrevolutionärer Aktionen – ging Clara Zetkin in ihrer Reichstagsrede im August 1932 ein:

„Die Politik des ‚kleineren Übels‘ stärkte das Machtbewußtsein der reaktionären Gewalten und sollte und soll noch das größte aller Übel erzeugen, die Massen an Passivität zu gewöhnen. Diese sollen darauf verzichten, ihre volle Macht außerhalb des Parlaments einzusetzen.“ (4/S. 367)

Die von Clara Zetkin aufgezeigte Tatsache ist auch einer der wesentlichen Gründe, warum die konterrevolutionäre Sozialdemokratie völlig zu Recht als Wegbereiter des Nazi-Faschismus bezeichnet wurde.

- Beim „Altonaer Blutsonntag“ am 17. Juli 1932 marschierten nahezu 10.000 SA-Männer auf als „Strafexpedition“ gegen die antinazistischen Arbeiterinnen und Arbeiter Hamburg-Altonas, einer Hochburg der KPD. Auf Befehl des SPD-Polizeipräsidenten Eggerstedt schützten mit Maschinenpistolen und Panzerwagen bewaffnete Polizisten den Nazi-Aufmarsch. Der Nazi-Angriff konnte von den Arbeiterinnen und Arbeitern zurückgeschlagen werden, SA-Truppen und Polizei wurden von den umliegenden Häusern aus unter Beschuß genommen. Den flüchtenden Nazis kam die SPD-Polizei zu Hilfe. Mit Maschinengewehren schoß sie in die Menge. 18 antinazistische Demonstrantinnen und Demonstranten wurden ermordet, 70 verletzt und 132 verhaftet. (Merker, S. 246, sowie 1/S. 241)

☆☆☆

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen gab es also unter den kommunistisch orientierten Arbeiterinnen und Arbeitern in Deutschland keinen Zweifel daran, daß die SPD eine konterrevolutionäre Partei war, eine Schutztruppe des Finanzkapitals, eine politische Abteilung des deutschen Imperialismus, die sich im Gewand der „Arbeiterpartei“ präsentierte und dem deutschen Imperialismus innerhalb der Arbeiterbewegung Masseineinfluß sicherte, um rückständige Arbeiterinnen und Arbeiter durch Reformismus, Nationalismus und Antikommunismus an den reaktionären Staat zu binden.

Dabei war es taktisch nicht unerheblich, welche politische Abteilung des deutschen Imperialismus in welcher Phase in den Vordergrund geschoben wurde – sei es im Staatsapparat, sei es auf der Straße –, um gegen die Kräfte der proletarischen Revolution vorzugehen. In dieser Hinsicht war die Sozialdemokratie ab 1930 bis 1933 nicht mehr der politische Hauptakteur der Repression, sondern vielmehr die übrigen faschistoiden, polizeistaatlich herrschenden Parteien auf Seiten des Staatsapparats und das inzwischen Millionen verstetzer Menschen umfassende Heer der Anhänger der Nazi-Partei auf der Straße.

Zwei notwendige Korrekturen Ernst Thälmanns an Positionen der KPD zur Frage des militärischen bewaffneten Abwehrkampfes gegen die Nazis

Auf der illegalen Tagung des ZK der KPD in Ziegenhals am 7. Februar 1933 präzisierte und korrigierte Ernst Thälmann zwei Fragen: Erstens wies er die These zurück, daß der Nazi-Faschismus einzig und allein durch die proletarische Revolution gestürzt werden könne. Zweitens deutete er an, daß bewaffnete Kämpfe auch ohne unmittelbare Verbindung mit einem bewaffneten Aufstand geführt werden können und richtig sind, also eine Gleichsetzung von bewaffneten, militanten Aktionen und bewaffnetem Aufstand falsch ist.

Diese Feststellung war wichtig, weil die Frage der Bewaffnung des Proletariats gegen Nazi-Überfälle und Polizei-Terror im Sinne einer demokratischen Forderung innerhalb des kapitalistischen Systems von der KPD lange Zeit mehr oder weniger mit dem bewaffneten Aufstand für die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats gleichgesetzt worden war.

Die These, daß bewaffneter Kampf unbedingt mit dem Ziel geführt werden müsse, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen und die proletarische Revolution durchzuführen, war dabei theoretisch falsch und hatte in der Praxis verhängnisvolle Auswirkungen.

Grundsätzlich legt die Kommunistische Partei selbständig den Zeitpunkt des bewaffneten Aufstands fest und läßt ihn sich nicht vom Klassenfeind diktionieren. Gleichzeitig muß sie aber entscheidende Zäsuren und Wendungen innerhalb des Lagers der herrschenden Klasse für die Planung und Durchführung eigener Aktionen in Rechnung stellen.

Weder der „Altonaer Blutsonntag“ vom Juli 1932 noch der 30. Januar oder der 27. Februar 1933 waren geeignet für den „Tag X“ des „klassischen“ bewaffneten Aufstands zur sozialistischen Revolution. Dafür war der Zeitpunkt noch nicht herangekommen, weil die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter noch nicht für den Kommunismus gewonnen waren.

Die Vorstellung, daß vor einem bewaffneten Aufstand keine bewaffneten Abwehrkämpfe geführt werden dürfen, ist auch insofern falsch, als die Arbeiterinnen und Arbeiter zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstands gegen legalistische und reformistische Vorstellungen ja gerade Erfahrungen in militärischen Straßenkämpfen und bewaffneten Abwehrkämpfen machen müssen, eben in dem Bewußtsein, daß es sich dabei um Abwehrkämpfe und nicht um den „Aufstand für den Sozialismus“ handelt. Lenin erläuterte die Herangehensweise der Bolschewiki:

„Wir haben uns mit der prinzipiellen Anerkennung der Gewaltanwendung und der Propagierung des bewaffneten Aufstands nicht begnügt. Wir unterstützen z. B. vier Jahre vor der Revolution die Anwendung der Gewalt der Masse gegen ihre Unterdrücker, besonders bei den Straßendemonstrationen. Wir bemühten uns, daß sich das ganze Land die Praxis einer jeden solchen Demonstration zu eigen mache. Wir trachteten immer mehr auf Organisierung eines an-

dauernden und systematischen Widerstands der Massen gegenüber der Polizei und dem Militär.“ (Lenin, Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1916, Werke Band 23, S. 121)

Im Februar 1933 korrigierte Ernst Thälmann die falsche Position der KPD in zweifacher Hinsicht:

1. „Das bedeutet nicht, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein muß. Wir stellen die Frage des Kampfes für den Sturz der Hitlerregierung, die Frage der Beseitigung der Hitler-Hugenberg-Regierung als unmittelbare Aufgabe. Wir stellen sie in jeder Stunde, wie stellen sie heute, wir stellen sie morgen, wir stellen sie in den nächsten Wochen und Monaten, ohne daß wir unter allen Umständen zu 100% sagen können, daß, wenn uns der Sturz der faschistischen Diktatur gelingt, dies schon mit dem Sieg der proletarischen Revolution verbunden ist.“ (Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze 1930 – 1933, Band II, S. 441, Köln 1975)

Weiter stellte er die Situation im Februar 1933 dar:

2. „Wenn in ganz Deutschland kein Tag vergeht, wo nicht an ein paar Stellen Feuergefechte zwischen faschistischen Terrorbanden und der Arbeiterschaft stattfinden, sei es mit Kommunisten oder Reichsbannerleuten, so sind das bestimmte Elemente des Bürgerkriegs, die wir sehen und bei unserer Beurteilung der Lage und der Aufgaben berücksichtigen müssen. Die Bourgeoisie hat dem Proletariat den Bürgerkrieg erklärt.“ (ebenda, S. 443)

Daraus folgte Ernst Thälmann:

„Es ist klar, daß man heute die Frage nicht so stellen kann wie vor dem 30. Januar. Gegenüber Überfällen auf Arbeiterhäuser, Parteihäuser, Gewerkschaftshäuser, Arbeiterlokale und Wohnungen unserer Funktionäre oder aber auch von solchen der SPD, des Reichsbanners und der Gewerkschaften, wobei die Nazis mit dem Revolver und der Handgranate vorgehen, können wir nicht mit Parolen und Protesten antworten. Hier müssen wir die Massen zu höheren Formen der wehrhaften Massennotwehr, der geschlossenen aktiven Verteidigung des Arbeiterlebens und Arbeitereigentums erziehen.“ (ebenda, S. 448)

Dies war eine Korrektur Thälmanns in die richtige Richtung. Im nachhinein läßt sich sicherlich feststellen, daß die systematische Erprobung massenhafter bewaffneter Aktionen im Abwehrkampf gegen den sich faschisierenden Staatsapparat ab 1929, gegen die zunehmenden bewaffneten Nazi-Überfälle ab 1930 ein wichtiger Hebel gewesen wären, um 1933 verstärkt und massenhaft den Nazi-Mörtern auch bewaffnete Schläge versetzen zu können.

Dabei hätte nicht alles auf eine Karte gesetzt werden dürfen, sondern, wie Thälmann forderte, mußte durch eine nicht abreißende Kette von sich gegenseitig anspornenden bewaffneten Aktionen breiter Massen an verschiedenen Orten eine offensive Atmosphäre gegen jede Tendenz zur Demoralisierung geschaffen werden, Rückzüge auch aus dem bewaffneten

Kampf heraus in der Praxis geübt, der Übergang in die Illegalität durchgeführt und vor allem die Moral der kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter entwickelt und gestärkt werden. Dies wäre, ohne alles auf eine Karte zu setzen, ein Prüfstein gewesen, wie weit die Zehntausende von Nazi-Gegnern bereit gewesen wären, sich an bewaffneten Kämpfen gegen die Nazis zu beteiligen.

In diesem Sinne hatte Clara Zetkin bereits im Juni 1923 in ihrem Bericht „Der Kampf gegen den Faschismus“ auf dem Erweiterten Plenum des EKKI der Kommunistischen Internationale gefordert:

„Das Proletariat steht augenblicklich dem Faschismus gegenüber unter dem Zwang der Notwehr. Sein Selbstschutz, seine Selbstverteidigung gegen den faschistischen Terror darf nicht eine Minute vernachlässigt werden. Es geht um Leib und Leben der Proletarier, um die Existenz ihrer Organisationen. Selbstschutz der Proletarier lautet ein Gebot der Stunde. Wir dürfen den Faschismus nicht nach dem Muster der Reformisten in Italien bekämpfen, die ihn anfechten: ‚Tu mir nichts, ich tue dir auch nichts!‘ Nein! Gewalt gegen Gewalt! Nicht etwa Gewalt als individueller Terror – das bliebe erfolglos. Aber Gewalt als die Macht des revolutionären organisierten proletarischen Klassenkampfes.“

Der Selbstschutz des Proletariats gegen den Faschismus ist einer der stärksten Triebkräfte, die zum Zusammenschluß und zur Stärkung der proletarischen Einheitsfront führen muß. Ohne Einheitsfront ist es unmöglich, daß das Proletariat die Selbstverteidigung mit Erfolg durchführt. Daher ist es notwendig, unsere Agitation in den Betrieben immer mehr auszubauen und zu vertiefen. Sie muß vor allem auch jene Gleichgültigkeit, den Mangel an Klassenbewußtsein und Solidarität in der Seele der Arbeiter überwinden, die meinen: „Die anderen mögen kämpfen und sich röhren, auf mich kommt es nicht an. Wir müssen jedem einzelnen Proletarier die Überzeugung einhämmern: Auf mich kommt es auch an. Ohne mich geht es nicht. Ich muß dabei sein ...“

Nur wenn wir in jedem einzelnen Arbeiter das revolutionäre Klassenbewußtsein entzünden und zur Flamme des Klassenwillens anblasen, wird es uns gelingen, auch militärisch die notwendige Überwindung des Faschismus vorzubereiten und durchzuführen.“ (Zetkin, S. 727 f.)

☆☆☆

Die Genossinnen und Genossen der KPD bewiesen 1936 bis 1939 in Spanien in der Praxis ihre richtige Haltung zum bewaffneten Kampf, als es darum ging, sich am bewaffneten Kampf der Völker Spaniens gegen den Franco-Faschismus und seine deutschen und italienischen Drahtzieher zu beteiligen. 3.000 der 5.000 Interbrigadisten aus Deutschland starben im Kampf gegen den Franco-Faschismus.

antrat, um diese aufzufordern, endlich mit der Anprangerung des Nazi-Terrors in Deutschland aufzuhören, und wenige Wochen später seinen Austritt aus der „Sozialistischen Internationale“ erklärte, um die Nazi-Faschisten „milde zu stimmen“. (9/S. 217)

■ Es war der Vorstand des ADGB, der seine Mitglieder am 19. April zur Teilnahme an den nationalen 1.-Mai-Aufmärschen am „Nationalfeiertag der Arbeit“ unter der Hakenkreuzflagge aufrief. (9/S. 194)

■ Es war die SPD, die am 17. Mai 1933 im Nazi-Reichstag ihre Zustimmung zu Hitlers Regie-

rungserklärung, der sogenannten „Friedensrevolution“, gab. Beim Absingen der „Nationalhymne“ zusammen mit den Nazis nickte sie die Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungspläne des deutschen Imperialismus ab. (9/S. 213)

■ Es war der SPD-Parteivorstand, der am 19. Juni 1933 durch Bildung eines neuen „judenreinen“ Parteivorstands einem Verbot durch die Nazi-Faschisten zu entgehen versuchte. (5/S. 61)

Es galt, in der Zeitspanne von 1930 bis 1933, als die SPD zunehmend aus wesentlichen Komponenten des Staatsapparats entfernt wurde, während die Nazi-Partei noch nicht daran beteiligt war,

Fest steht: Es durfte kein Raum für Illusionen in das Wesen der sozialdemokratischen Führung gelassen werden. Allen vorschnellen Kritikern des Begriffs „Sozialfaschismus“ soll zudem gesagt sein:

■ Es waren SPD-Polizeipräsidenten, die noch im Februar 1933 in Hamburg, Dortmund und anderen Städten antinazistische Demonstrationen verboten und Verhaftungen von KPD-Kadern anordneten (7/S. 55).

■ Es war der SPD-Parteivorstand, der im März 1933 eine Rundreise zu verschiedenen Parteien der gelben „Sozialistischen Internationale“

bei der klaren Einschätzung, daß Apparat und Führungsspitze beider politischen Abteilungen, SPD und NSDAP, niemals gewonnen werden können, die Frage aufzuwerfen, wie es um die *Anhängerschaft* bestellt ist. Es galt, die Anhängerschaft der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich orientierten Arbeiterinnen und Arbeiter durch einen vorbildhaften, anspornenden Kampf gegen die Nazis zu beeindrucken, heranzuziehen und zu gewinnen. Dieses Hauptkettenglied in taktischer Hinsicht hätte geschickt durch richtige Lösungen für die Tageskämpfe, durch Aktionen, auch militante Kampfactionen, konsequent und ohne Schwankungen zu einer vor allem *indirekten* Entlarvung der sozialdemokratischen Führungsriege und ihres konterrevolutionären Anhangs führen müssen. Der Kern der antifaschistischen Aktion war der demokratische Tageskampf gegen den staatlichen Terror und den Straßen-Terror der Nazis – und nicht vager „Sozialismus“.

Für die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution war innerhalb der Arbeiterbewegung zweifellos die Sozialdemokratie der Hauptfeind. Die taktische Frage war, an welchen Themen die Autorität der KPD bei den sozialdemokratisch orientierten Arbeiterinnen und Arbeitern gesteigert werden konnte. Denn nur, wer auch bei für die proletarische Revolution sekundären Fragen über Autorität verfügt, kann Überzeugungskraft und Aufmerksamkeit erwarten bei den Kernfragen Haltung zur sozialistischen Sowjetunion, zum bewaffneten Aufstand und zur Diktatur des Proletariats.

In dieser Richtung argumentierte das Sekretariat des ZK der KPD in seinem Rundschreiben vom 4. Juni 1932 an die Parteiorganisationen:

„Diese strategische Orientierung des Hauptstofes in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie bedeutet jedoch keineswegs, daß wir in unserer Agitation und Propaganda plump und schematisch die Entlarvung der SPD in allen Fragen voranstellen. Wir schlagen die SPD am besten, indem wir die SPD-Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, gegen das Unternehmertum, gegen die imperialistische Kriegshetze gewinnen.“ (14/S. 240)

Veränderungen im Zusammenspiel der politischen Abteilungen des deutschen Imperialismus

Durch die Faschisierung des Staatsapparats, die massive Einschränkung demokratischer Rechte, das Erstarken der nazifaschistischen Partei und die schrittweise Entfernung der Sozialdemokratie aus dem Staatsapparat war ab 1930 eine neue Lage entstanden, die das Bündnis aller antinazistischen Kräfte im demokratischen antinazistischen und antimilitaristischen Kampf gegen die Nazis und den reaktionären Staatsapparat erfordert hat, ohne das strategische Ziel der KPD, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, über den Haufen zu werfen.

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise ab 1929 und die verstärkten Klassenkämpfe führten jedoch zu einem Schwinden der „Popularität“ der Sozialdemokratie. Massenentlassungen, Lohnsenkungen, Tarifkündigungen und Aussperrungen waren an der Tagesordnung. Rund 6 Mio. offiziell registrierte Erwerbslose plus 2 – 3 Mio. nicht Registrierte bildeten die industrielle Reservearmee.

Gleichzeitig konnte die KPD in der Entwicklung ihrer Organisation und ihres Masseneinflusses große Schritte vorwärts machen. Aus einer Partei mit 120.000 Mitgliedern – eine Zahl, die über viele Jahre hindurch stagniert hatte – und einer Wählerschaft von 2,7 Millionen (1928) wurde sie 1932 zu einer Partei mit 360.000 Mitgliedern, für die bei den Reichstagswahlen bis zu 6 Mio. Stimmen abgegeben wurden. In Berlin hatte die KPD 1932 rund 860.000 Wählerinnen und Wähler. Erstmals war es damit einer revolutionären Partei gelungen, in der Hauptstadt eines imperialistischen Landes die stärkste Partei zu werden.

Gegen die Gewerkschaftsbürokratie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds ADGB und der hinter ihm stehenden Sozialdemokratie war es der KPD seit 1930 gelungen, einige große Streikaktionen unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) durchzuführen. Genannt sei hier nur der Streik der 13.000 Bergarbeiter der Mansfeld AG im Juni - Juli 1930, der erste große Abwehrkampf während der Weltwirtschaftskrise, dann der zweiwöchige Streik der rund 130.000 Metallarbeiter in Berlin, darunter 40.000 Metallarbeiterinnen und 1.000 Lehrlinge, im Oktober 1930, der größte Massenstreik der Weimarer Zeit, oder der zweiwöchige Streik von 75.000 Bergarbeitern im Januar 1931 im Ruhrgebiet, bei dem die Polizei drei Streikende ermordet und 200 verhaftet hatte.

Die deutsche Bourgeoisie war gezwungen, sich eine weitere Massenbasis zu schaffen. Ab 1930 wurde die SPD nach und nach aus dem Staatsapparat gedrängt. Schritt für Schritt ausgerottet. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die jämmerliche Empörung nach der Absetzung der letzten SPD-Landesregierung in Preußen 1932. In seinem 1944 im mexikanischen Exil verfaßten Buch „Deutschland – Sein oder Nicht-Sein?“ beschreibt der KPD-Genosse Paul Merker, wie Ex-SPD-Minister Braun nicht wahrhaben wollte, daß die SPD ihre Schuldigkeit getan hatte. In seiner Beschwerde an den Staatsgerichtshof empörte sich Braun, denn schließlich habe die SPD-Regierung ja mehr Linke als Rechte ermordern lassen. Er erklärte: „Die preußische Regierung ist in der Lage, an Hand von Polizeistatistiken nachzuweisen, daß das Eingreifen der preußischen Polizei *mehr Tote und Verwundete auf der linken Seite als auf der rechten* verursacht hat.“ (Zitiert in: Merker, S. 254)

Das Zusammenspiel der verschiedenen politischen Abteilungen des deutschen Imperialismus änderte sich zu Ungunsten der Sozialdemokratie. Der deutsche Imperialismus „sattelte um“ auf die Deutschnationalen und Nazi-Faschisten.

Die Nazi-Partei hatte noch in den Parlamentswahlen von 1928 kaum mehr als 2,6 % der Stimmen erhalten, gewann aber ab 1929 Masseneinfluß. Sie stärkte sich organisatorisch, bildete Nazi-Gruppierungen zur Organisierung verschiedener Schichten und Bevölkerungsgruppen, darunter auch die Nazi-„Betriebszellenorganisation“ NSBO. Einfluß sollte die NSBO, die Ende 1932 rund 300.000 Mitglieder zählte (13/S. 416), vor allem in kleinen, mittleren und staatlichen Betrieben wie der Reichsbahn gewinnen. 1929 wurde der Aufbau der SA als paramilitärische Bürgerkriegsarmee der Nazi-Partei verstärkt. Zweifellos stieg der Anteil der jugendlichen Arbeiter und Erwerbslosen in der SA, in ihrer großen Mehrzahl jedoch nicht Industriearbeiter, sondern Handwerksgesellen insbesondere aus Kleinbetrieben.

Wurden 1931 noch durch Nazi-Terror 49 und durch Polizeiterror 55 Kommunisten und Antinazisten ermordet, so hatte sich das Verhältnis 1932 umgekehrt, denn es gab 81 Opfer des Polizei-Terrors und 139 Opfer des Nazi-Terrors.

Zusammen mit der Deutschnationalen Partei und dem ihr nahestehenden paramilitärischen Stahlhelm initiierte die Nazi-Partei 1929 ein „Volksbegehren gegen den Young-Plan“. Das Volksbegehren scheiterte, aber erstmals gelang es der Nazi-Partei, sich an einer großen politischen Kampagne mit anderen bürgerlichen Parteien zu beteiligen. Nach den Landtagswahlen in Thüringen im Dezember 1929 wurde die Nazi-Partei erstmals an einer Landesregierung beteiligt. Bei den Reichstagswahlen vom September 1930 erhielt die Nazi-Partei 6,4 Mio. Stimmen (1928: knapp 800.000). Mit einem Schlag waren die Nazis die zweitstärkste Partei in Deutschland geworden.

Das taktische Prinzip, ein Hauptkettenglied festzulegen, mit dem Fortschritte auf dem Weg zum strategischen Ziel der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter errungen werden konnten, war nun zunehmend klar: Die Faschisierung des Staatsapparats, der massenhafte Terror der Nazis auf der Straße, die drohende Übergabe der Staatsgeschäfte an die Nazi-Partei – das erforderte als Tageskampf die *antifaschistische Aktion*, den antifaschistischen Selbstschutz, den militänen Kampf zur Abwehr der Nazis. Das war ein gewichtiger Hebel, um an die noch antikommunistisch verhetzten, aber dennoch gegen die Nazis eingestellten sozialdemokratisch beeinflußten Arbeiterinnen und Arbeiter heranzukommen, im praktischen Kampf gegen die Nazis das Gefühl der Solidarität zu stärken und solche Arbeiterinnen und Arbeiter in der Praxis geschickt von ihren sozialfaschistischen Führern zu lösen.

Das zweite taktische Prinzip war, daß nur durch eigene Erfahrungen, nur im praktischen Kampf, nicht allein durch theoretische Argumente, jene sozialdemokratisch beeinflußten Teile der Arbeiterklasse erreicht werden können, um unter Führung der KPD zunächst in den Tageskämpfen um die unmittelbaren Forderungen die Mehrheit der Arbeiterklasse zusammenzuschließen mit dem langfristigen Ziel, an die proletarische Revolution heranzukommen.

Der springende Punkt war also, im praktischen Kampf vorzugehen, ohne Illusionen in die SPD, ihren Apparat und ihre Führung zu schützen. Dabei galt es auch im demokratischen Abwehrkampf gegen die Nazis, das dritte taktische Prinzip, das Prinzip der Berücksichtigung der Besonderheiten des jeweiligen Landes, richtig anzuwenden: Die in Deutschland wie in keinem anderen Land der Welt verwurzelte Staatsgläubigkeit zu bekämpfen, die durch die deutsche Ideologie und insbesondere auch durch die revisionistische Sozialdemokratie in den Köpfen der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter verankerte „Gesetzestreue“ anhand der Erfahrungen und Notwendigkeiten im Anti-Nazi-Kampf abzustreifen und die befriedende Rolle massenhafter militanter, auch bewaffneter Aktionen im Tageskampf gegen die Nazis zu entfalten.

Weitere Etappen der Faschisierung

Nachdem im März 1930 die letzte Weimarer Regierung mit SPD-Beteiligung unter SPD-Kanzler Müller zurückgetreten war, folgten eine ganze Reihe von „Präsidialkabinetten“, die über keine parlamentarische Mehrheit verfügten und zunächst mit parlamentarisch tolerierten „Notverordnungen“, gestützt auf Artikel 48 der Weimarer Verfassung, später über Parlamentsauflösungen und Ver-

hängung des Ausnahmezustands regierten. Hinter den sich ablösenden Kabinetten stand als Garant für die politische Kontinuität der Kriegsverbrecher des Ersten Weltkriegs, Reichspräsident Hindenburg. Clara Zetkin erklärte hierzu treffend:

„Die politische Macht in Deutschland hat ein Präsidialkabinett an sich gerissen mit Ausschaltung des Reichstags ... Die treibende Kraft ist die Reichswehrgeneralität.“ (4/S. 366)

Nachfolger Müllers wurde zunächst der Zentrums-Mann und ehemalige Freikorps-Leutnant Brüning mit seinem „Kabinett der Frontkämpfer“. Mit der Bildung der „Nationalen Front“ in Harburg am 11. Oktober 1931 war der Schulterschluß zwischen der Nazi-Partei, den Deutschnationalen und ihrer paramilitärischen „Stahlhelm“-Organisation mit Hugenbeck an der Spitze besiegt. Die Nazis demonstrieren ihre Stärke bei einem Massenaufmarsch von 70.000 SA-Männern in Braunschweig am 17. Oktober 1931.

Bei der Präsidentenwahl im März 1932 erhielt Hitler 11,3 Mio. Stimmen, Hindenburg 18,7 Mio. Durch Stimmengewinne bei den Landtagswahlen wurden in Anhalt, Thüringen, Mecklenburg und Oldenburg Nazi-Landesregierungen gebildet. Im Preußischen Landtag zog die Nazi-Partei mit 162 (statt vorher 8 Mandaten) ein. (Merker, S. 235)

Das SA- und SS-Verbot vom 13. April 1932 kam für die Nazi-Partei nicht überraschend. Durch ihre engen Kontakte zur Reichswehr-Führung war sie darauf vorbereitet gewesen. Auch wenn SA-Massenaufmärsche nun für kurze Zeit von der Bildfläche verschwanden, so wurde das SA- und SS-Verbot insbesondere in ländlichen Gegenden von der Polizei, die selbst bereits in erheblichem Umfang aus SA- und NSDAP-Mitgliedern bestand, nicht umgesetzt.

Staatsstreich in Preußen

Zusätzlich zu der Aufgabe der Gewinnung der noch an die Sozialdemokratie gebundenen Schichten der Arbeiterklasse trat nun noch das Problem, nazistisch verhetzte Schichten des Kleinbürgertums, aber auch Teile der Arbeiterklasse von der Nazi-Partei zu lösen oder zumindest zu neutralisieren. Maßnahmen zur Neutralisierung dieser Teile der Werktätigen mußten die grundlegende Besonderheit der Nazi-Anhängerschaft berücksichtigen: Sie war, wenn überhaupt, nur sehr schwer allein mit Argumenten zu überzeugen. Entscheidender als die unverzichtbaren Argumente war die demonstrierte Stärke und Kampfkraft der Antinazistinnen und Antinazisten durch antifaschistische Aktionen.

Nach dem Sturz der Brüning-Regierung wurde am 1. Juni 1932 der ehemalige Militär-Attaché Papen Kanzler. Die Nazi-Partei „tolerierte“ die Hindenburg-Papen-Regierung unter der Bedingung, daß das Verbot von SA und SS aufgehoben wird. Dies geschah am 14. Juni 1932 durch die „Verordnung gegen politische Ausschreitungen“, die insbesondere das Presse- und Versammlungsrecht massiv einschränkte und das Verbot von SA und SS außer Kraft setzte. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 verdoppelten die Nazis ihre Stimmen und erreichten 13,8 Mio. Die NSDAP wurde stärkste Partei, Göring zum Reichstagspräsidenten ernannt.

Nach dem Wahlerfolg der Nazis und der Aufhebung des SA-Verbots im Juli verschärften die Nazis ihren Terror ungemein: Allein im Juli ermordeten sie 86 Antinazisten.

In der Region um Görlitz kam es zu einer regelrechten Welle von Angriffen, Bombenanschlägen und Attentaten auf Nazi-Gegner, die Polizei griff nicht ein. Gezielt wurden auch Geschäfte jüdischer Inhaber angegriffen. (12/S. 158). Nach mehreren Nazi-Angriffen und -Morden innerhalb weniger Stunden in Berlin erklärten am 14. Juli die Arbeiterinnen und Arbeiter mehrerer Großbetriebe einen Proteststreik mit der Losung „Heraus mit allen faschistischen Mordbanditen aus den Betrieben!“. Sie erklärten: „Gegen die braune Mordpest der Hitler und Goebbels hilft nur der proletarische Massenselbstschutz in jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle, in jedem Wohngebiet.“ („Rote Fahne“, 15. Juli 1932). In Hamburg hatten am 12. Juli 1.300 SA-Nazis das Gewerkschaftshaus in Eckernförde gestürmt und verwüstet, zwei Arbeiter ermordet und weitere 17 zum Teil schwer verletzt. Die Schweißer der Deutsche Werke Werft, die Arbeiterinnen und Arbeiter der Lederfabrik Knecht und anderer Betriebe traten in den Streik und forderten die Entlassung der SA-Mörder ihrer Betriebe, die an dem Überfall beteiligt waren. („Rote Fahne“, 13. Juli 1932). In Hagen traten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Elektrizitätswerke am 13. Juli 1932 wegen einer geplanten Nazi-Veranstaltung mit Goebbels als Redner in den Proteststreik und erklärten „Kein Licht für die Nazi-Versammlung!“ („Rote Fahne“, 13. Juli 1932). Am gleichen Tag konnten rund 10.000 Antinazistinnen und Antinazisten einen SA-Aufmarsch in Wuppertal durch offensiven militänen Kampfsprengen. Sie stürmten die SA-Lastwagen der anreisenden Nazis und SA-Lokale. Nach dreistündigen Straßenkämpfen waren keine uniformierten Nazis auf den Straßen mehr zu sehen. (Merker, S. 245)

In dieser Situation inszenierte Reichskanzler Papen am 20. Juli 1932 einen Staatsstreich in Preußen gegen die noch amtierende SPD-Landesregierung. SPD-Funktionäre wurden aus dem Preußischen Staatsapparat entfernt. Am 9. August 1932 ließ Papen sogenannte Sondergerichte einsetzen, bei denen im Schnellverfahren weder Berufung noch Revision möglich war und die den staatlichen Terror gegen kommunistische und antinazistische Kräfte verschärften. Rund 33.600 Kommunisten und Antinazisten wurden 1932 in über 7.000 Prozessen angeklagt und verurteilt.

Am Anfang November 1932 traten die 20.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der BVG in Berlin in den Streik. Vom 3. bis 7. November streikten sie trotz Hetze der SPD- und ADGB-Führung unter Leitung der RGO gegen geplante Lohnsenkungen. Bei militänen Straßenkämpfen wurden vier Arbeiter von der Polizei ermordet. Die Polizei besetzte die Streiklokale und verhaftete rund 1.000 Streiken. Die Brisanz dieses Streiks lag aber auch darin: Erstmals war es der Nazi-Partei, die ihre NSBO-Nazis aufgrund der großen Sympathien für die Streikenden bei den Werktätigen Berlins und den unmittelbar bevorstehenden Reichstagswahlen zur Unterstützung des Streiks aufgerufen hatte, gelungen, in die 22köpfige Zentrale Streikleitung gewählt zu werden. (Streik, S. 7)

Bei den Parlamentswahlen im November 1932 kassierte die Nazi-Partei 2 Mio. Stimmenverluste, Mit 11,7 Mio. Stimmen wurde sie dennoch wieder stärkste Partei. Papen trat am 16. November 1932 zurück, Hitler wurde von Hindenburg mit der Bildung einer Regierung beauftragt. Nachdem dessen Verhandlungen mit Zentrum und Deutschnationalen gescheitert waren, ernannte Hindenburg am 3. Dezember 1932 den Reichswehr-General Schleicher zum Kanzler.

Am Anfang Januar 1933 folgten dem KPD-Aufruf rund Hunderttausend Menschen und demonstrierten in Berlin und anderen Städten gegen die Hindenburg-Schleicher-Regierung. Zum Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin demonstrierten am 15. Januar wiederum Hunderttausende. Einen Nazi-Auf-

marsch von 15.000 SA-Männern unter Polizeischutz am 22. Januar 1933 gegenüber dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin beantworteten mehrere Zehntausend Kommunisten und Antinazisten mit verbotenen Gegendumstrationen. Drei Tage später demonstrieren 130.000 Kommunisten und Antinazisten durch Berlin am Karl-Liebknecht-Haus vorbei.

Weitere Schritte zur Errichtung und Konsolidierung der nazifaschistischen Diktatur

Ernennung Hitlers zum Reichskanzler

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Er bildete ein Kabinett mit Papen und Hugenbeck mit sieben Nazi- und fünf Deutschnationalen Ministern.

Noch favorisierte das Finanzkapital die Nazis nicht endgültig als seine bevorzugte politische Abteilung: Beide, Nazis und Deutschnationale, erhielten im Februar 1933 3 Mio. Mark finanzielle Hilfe für die geplanten Neuwahlen. (7/S. 25) Die SA verfügte inzwischen über 500.000 Mitglieder, der deutschnationale Stahlhelm über rund 1. Mio. Die Nazi-Partei hatte rund 746.000 Mitglieder. Im Siegestaumel verschärfte die SA ihren Terror auf den Straßen. Am 22. Februar 1933 wurden 50.000 SA- und SS-Männer mit Pistolen bewaffnet und zu „Hilfspolizisten“ ernannt.

Der Widerstand gegen die Nazis direkt nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ist – vor allem in Hinblick auf lokale militante Widerstandsaktionen – noch ungenügend erforscht. Auch die nachfolgenden Daten müssen noch genauer überprüft werden.

Am Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler gab es Demonstrationen in Berlin und im ganzen Land. In Berlin-Charlottenburg, Chemnitz, Duisburg, Kaiserslautern und Wernigerode kam es zu Feuergefechten und Straßenkämpfen mit Nazis. In Düsseldorf wehrten Kommunisten und Antinazisten Angriffe von 300 Nazis auf das Partiehaus und die Druckerei der KPD ab. (7/S. 52) In Wuppertal sprengten Kommunisten und Antinazisten einen Nazi-Aufmarsch. (2 Bd X/S. 15). Am 31. Januar protestierten nach der Beerdigung von 9 ermordeten Antinazisten in Dresden rund 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Nazi-Terror. (2 Bd. X/S. 15). In Stuttgart zogen nach einer Kundgebung der KPD rund 10.000 Menschen durch die Stadt. (8/S. 13) Am 1. Februar 1933 demonstrierten 2.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in Suhl gegen die Nazi-Regierung, am 2. Februar 1.000 Kommunisten und Antinazisten in Erfurt. In Tangermünde streikten die Arbeiter am 5. Februar 1933 wegen eines Nazi-Mordes, in Stettin demonstrierten 25.000 Antinazisten. (7/S. 53) Am 7. Februar 1933 demonstrierten 200.000 Antinazisten in Berlin auf einer Anti-Hitler-Demonstration der SPD. (3 Bd. II/S. 31)

Trotz der spärlichen verfügbaren Informationen kann mit Sicherheit festgestellt werden, daß der Widerstand insgesamt betrachtet schwach war. In den Materialien zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1935 wurde zur Tätigkeit der KPD in Deutschland konstatiert:

„Ohne auf einen ernstlichen Widerstand der Arbeiterklasse zu stoßen, konnte die Bourgeo-

sie die Staatsgewalt in die Hände der Faschisten legen.“ (KI-Materialien, S. 1331)

Geschickt verhinderte es der deutsche Imperialismus, durch einen „braunen Tag X“ den befürchteten massenhaften antinazistischen Widerstand hervorzurufen, sondern verschärfte Terror und Verfolgung Schritt für Schritt. Die KPD wurde nicht sofort generell verboten, ebensowenig die legale kommunistische Presse. Selbstverständlich nahmen Verfolgung und Terror durch Polizei und Nazis ständig zu, Veranstaltungen wurden aufgelöst oder durch Polizeiterror unterbunden, die kommunistische Presse durch zeitweise Verbote weitgehend zum Schweigen gebracht.

In der Dramatik dieser Tage beriet sich das ZK der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals. Ernst Thälmann stellte in seinem Referat fest:

„Es ist der Bourgeoisie Ernst damit, die Partei und die Avantgarde der Arbeiterklasse zu zerschmettern. Sie wird deshalb kein Mittel unversucht lassen, um dieses Ziel zu erreichen. Also nicht nur Vernichtung der letzten spärlichen Rechte der Arbeiter, nicht nur Parteverbot, nicht nur faschistische Klassenjustiz, sondern alle Formen faschistischen Terrors: Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Meuchelmorde an unseren tapferen antifaschistischen Kämpfern, insbesondere an kommunistischen Führern – das alles gehört zu den Waffen, deren sich die offene faschistische Diktatur uns gegenüber bedienen wird. Schon die ersten Tage der Hitlerregierung beweisen den ganzen tiefen Ernst der Situation. Es wäre ein Verbrechen, irgendwelche legalistische Illusionen in unseren Reihen zu dulden.“ (Thälmann 1930 - 1933, S. 441)

Nun kam es darauf an, durch eine nicht abbrechende Kette von Aktionen zu verhindern, daß sich die nazifaschistische Diktatur konsolidieren könnte:

„Wenn in ganz Deutschland kein Tag vergeht, wo nicht an ein paar Stellen Feuergefechte zwischen faschistischen Terrorbanden und der Arbeiterschaft stattfinden, sei es mit Kommunisten oder Reichsbannerleuten, so sind das

bestimmte Elemente des Bürgerkriegs, die wir sehen und bei unserer Beurteilung der Lage und der Aufgaben berücksichtigen müssen.

Die Bourgeoisie hat dem Proletariat den Bürgerkrieg erklärt ... Worauf kommt es jetzt besonders an? Wir müssen erreichen, daß die Kette der Massenaktionen und Massenkämpfe gegen die faschistische Diktatur in ganz Deutschland nicht mehr abreißt ... So müssen wir dazu kommen, die Organisierung ununterbrochener Massenaktionen des Proletariats in allen Formen, auf allen Gebieten in die Wege zu leiten. Das ist es, was wir für ganz Deutschland, aber auch für jeden einzelnen Bezirk als Aufgabe stellen: eine Kette ununterbrochener, miteinander verflochtener und sich gegenseitig ablösender Aktionen, die Entfaltung aller Formen des Massenwiderstands und Massenkampfes gegen die faschistische Diktatur.“ (Thälmann 1930-1933, S. 443 f.)

In seinem Bericht auf dem VII. Weltkongreß der KI „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der KI im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“ vom August 1935 zog Georgi Dimitroff eine wichtige Lehre für den antifaschistischen Kampf:

„Man darf sich nicht vom Faschismus überrumpeln lassen, man darf ihm nicht die Initiative überlassen, man muß ihm entscheidende Schläge versetzen, solange er es noch nicht vermocht hat, seine Kräfte zu sammeln, man darf es nicht zulassen, daß er sich festigt, man muß ihm auf Schritt und Tritt entgegentreten, wo er sich zeigt.“ (Dimitroff, S. 16)

Reichstagsbrand

Der Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 bot den Nazi-Faschisten den Vorwand, um den staatlichen Terror gegen die KPD massiv zu verschärfen. Sofort wurde Propagandamaterial der KPD für vier Wochen verboten, in Berlin wurden 1.500 Kommunistinnen und Kommunisten verhaftet und mißhandelt, in Deutschland 10.000. Einige hundert Kader der KPD wurden ermordet. Die ersten Verhaftungswellen trafen insbesondere Genossinnen und Genossen der mittleren und unteren Leitungsebene, die durch ihre jahrelange Arbeit und ihr öffentliches Auftreten bekannt waren und anhand von vorbereiteten Listen aus ihren Wohnungen oder von ihrer Arbeitsstelle abgeholt wurden. Die Verhafteten wurden in „wilden“ Folterkellern der SA mißhandelt und gefoltert, die ersten KZs wurden errichtet. Durch den Verrat des Spitzels Kattner fiel den Nazi-Schergen am 3. März 1933 auch Ernst Thälmann in die Hände. Kattner wurde daraufhin im Januar 1934 zur Strafe von einem Berliner Kommunisten hingerichtet.

Im Februar und März wurden ganze Arbeiterbezirke und Vororte zum Teil besetzt und abgeriegelt, systematisch vom Keller bis zum Dach durchsucht und vielfach brutal verwüstet. Neben der Polizei beteiligten sich Hunderttausende von SA, SS- und anderen Nazi-Schergen an dem Terrorfeldzug gegen die KPD und die anderen antinazistischen Kräfte. Die Tatsache, daß sich der Nazi-Faschismus auf eine riesige Massenbewegung stützen konnte, ermöglichte es den Nazi-Henkern, mit einem freiwilligen Massenapparat zur Bespitzelung und Verfolgung gegen die Arbeiterklasse vorzugehen, wie ihn noch nie irgendeine Regierung der Bourgeoisie oder irgendeine Polizei zu ihrer Verfügung hatte. Die meisten Festgenommenen wurden nicht sofort in Polizeigefängnisse eingeliefert, sondern waren tagelang, vielfach auch für Wochen und Monate den Mißhandlungen der SA-Schergen in SA-Lokalen und neu eingerichteten SA-Kasernen ausgeliefert. Ein Teil wurde nach den Folterungen in die neu errichteten KZs überstellt.

Elemente des Bürgerkriegs, bewaffnete Aktionen gegen die Nazis, wie Ernst Thälmann sie beschrieben hatte, flackerten in der Tat auf, ohne daß sie jedoch zündende Signalwirkung auf Hunderttausende, geschweige denn Millionen von Werktagen gehabt hätten.

In Düsseldorf gelang es Antinazistinnen und Antinazisten am 4. März 1933, einen SA-Aufmarsch zu sprengen. Acht Tage lang wehrten sie Versuche der Nazis, das KPD-Partiehaus zu stürmen, ab. Vom 4. bis zum 6. März 1933 verhinderten bewaffnete Antinazisten in Jüdischen Stadtteilen Nazi-Überfälle. In der Nähe Zittaus besetzten bewaffnete Kommunisten und Antinazisten das Gewerkschaftshaus. In verschiedenen Stadtteilen Hamburgs kam es Ende Februar zu mehreren bewaffneten Kämpfen mit SA-Banden und Antinazistinnen und Antinazisten des RFB. 95 Antinazisten wurden bei diesen bewaffneten Kämpfen verhaftet und in Prozessen verurteilt. (7/S. 67)

Für den 5. März 1933 wurden Reichstagwahlkandidaten angesetzt. Fast alle Kandidatinnen und Kandidaten der KPD waren verhaftet oder verschleppt, die KPD selbst jedoch weiterhin zur Wahl zugelassen. Die Nazi-Partei erzielte rund 17,7 Mio. Stimmen. Die KPD erhielt trotz Verfolgung und Terror 4,85 Mio. Stimmen, nach absoluten Zahlen mehr als in der Septemberwahl 1930. Die 81 Mandate der KPD wurden am 9. März für ungültig erklärt, die KPD verboten.

Am 23. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz erlassen, das es der Regierung ermöglichte, mit einer bloßen Unterschrift Hitlers Gesetze zu erlassen.

Der Nazi-Terror richtete sich nun auch zunehmend gegen die jüdische Bevölkerung, die terrorisiert, verprügelt und anderweitig mißhandelt wurde. Nach SA-Aufmärschen vor Gerichten am 31. März 1933 wurde jüdischen Anwälten „kraft Hausrecht“ das Betreten von Gerichtsgebäuden verboten, um ähnliche angeblich „spontane“ Manifestationen des „Volkszorns“ zu vermeiden. Am 1. April 1933 folgte der staatlich organisierte Boy-

Zitierte Literatur

Literatur der KPD und der Kommunistischen Internationale

- Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß. Materialien, Moskau - Leningrad, 1935
Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der KPD (Sektion der KI). Berlin-Wedding, 9. - 16.6.1929, Berlin 1972
Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror, Basel 1933, Faksimile-Nachdruck Frankfurt/M. 1978
Dimitroff, Georgi, Gegen den Nazifaschismus, Verlag Olga Benario und Herbert Baum Offenbach, 2002
Gerber, Rudolf, Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus“, in: „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 9, 1935, S. 723 f.)

KPD (Hrsg.), Der Streik der Berliner Verkehrs-Arbeiter, Berlin 1932

Merker, Paul, Von Weimar zu Hitler. Deutschland – Sein oder Nicht-Sein?, Band I, Mexiko, 1945. Nachdruck Frankfurt, 1974
Schneller, Ernst, Arbeiterklasse und Wehrpolitik. Ausgewählte Reden und Schriften 1925 – 1929, Berlin 1960

Thälmann, Ernst, Reden und Aufsätze 1930 – 1933, Band II, Köln 1975

Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1960

Revisionistische Literatur

- (1) Kaufmann, Bern, u.a., Der Nachrichtendienst der KPD 1919 - 1937, Berlin 1993
(2) Ulbricht, Walter, u. a., Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1968

(3) Bertholt, L. u. a., Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Berlin 1965

(4) Haferkorn, Katja, u. a., Kommunisten im Reichstag, Frankfurt 1980

(5) Carlebach, Emil, Von Brüning zu Hitler. Das Geheimnis faschistischer Machtergreifung, Frankfurt 1971

(6) Finken, Kurt, Geschichte des Roten Frontkämpferbundes, Frankfurt 1981

(7) Heider, Paul, Antifaschistischer Kampf und revolutionäre Militärpolitik. Zur Militärpolitik der KPD von 1933 bis 1939 im Kampf gegen Faschismus und Kriegsvorbereitung, für Frieden, Demokratie und Sozialismus, Berlin 1976

(8) Mammach, Klaus, Widerstand 1933 – 1939. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration, Köln 1994

(9) Plato, Alexander v., KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzkismus, Berlin 1974

Bürgerlich-reaktionäre Literatur

(9) Bracher, Karl Dietrich/ Sauer, Wolfgang /Schulz, Gerhard, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln und Opladen, 1964

(10) Brüning, Heinrich, Memoiren 1918 - 1934, Stuttgart 1970

(11) Duhrné, Horst, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972

(12) Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, Augsburg 1999

(13) Mommsen, Hans, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar. 1918 – 1933, München, 2001

(14) Weber, Herrmann/Voß, Angelika/Büttner, Ursula (Hrsg.), Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923 - 1933 in Hamburg und im Deutschen Reich, Hamburg 1983

In Vorbereitung:

„Der Kampf der KPD ab 1929 bis zum Sieg des Nazi-Faschismus 1933“

Was hätte die KPD 1932 und 1933 anders, richtig machen müssen? Hat es eine reale Chance gegeben, die Nazi-Diktatur zu verhindern? Diese Fragen sind heute, 70 Jahre später, angesichts des Vormarsches des deutschen Imperialismus und der heutigen Nazi-Bewegung durchaus brennende Fragen, auf die unsere solidarische und selbstkritische Analyse Antwort geben soll. Sie behandelt folgende Themen:

I. Die Arbeiterklasse und die herrschende Klasse 1929 - 1933

II. Einschätzung der Dokumente der KPD und der KI

III. Kernpunkte zu unserer Kritik (Selbstkritik) an der KPD

■ Unterschätzung des deutschen Imperialismus und der Vorbereitung zur Zerstörung des Versailler Vertrags und zum Revanchekrieg

■ Zur Problematik des nötigen militärischen Kampfes gegen die Nazis auf der Straße: Physischer Kampf mit unterschiedlichen Zielen (Selbstschutz, Bestrafung und Neutralisierung)

■ Bewaffnung des Proletariats und defensive bewaffnete Aktionen während der Vorbereitung der sozialistischen Revolution und des bewaffneten Abwehrkampfes

■ Die Illusionen in die Führung der Sozialdemokratie als potentielle „Antifaschisten“ und die Realität im Januar 1933

■ Im praktischen militärischen Abwehrkampf gegen die Nazi-Bewegung und die Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus die Mehrheit der Arbeiterklasse von der Bindung an die sozialdemokratische Konterrevolution lösen mit dem Ziel des Herankommens an die sozialistische Revolution

IV. Selbstkritische Reflexionen der KPD in der Zeitspanne von 1934 bis 1953

V. Revisionistische und andere reaktionäre Geschichtsfälschungen

VI. Theoretische Fragen zum Nazi-Faschismus

VII. Aktuelle Lehren aus der solidarischen und selbstkritischen Analyse

Anmerkungen

■ Zu Thälmanns angeblichen Briefen aus dem Gefängnis

■ Zur Problematik der Fraktionisten und Verräter in den Reihen der KPD

Soeben erschienen:

„Material einer Konferenz von ‚Gegen die Strömung‘ zum Studium des Kampfes der KPD 1929 bis 1933“

Mit Thesen, kritischen Einschätzungen sowie Originaldokumenten u. a. von Ernst Schneller „Was will die Kommunistische Partei?“ von 1932, Ernst Thälmanns Referat auf der Tagung des ZK der KPD vom 7. Februar 1933 in Ziegenhals, Rudolf Gerbers Schrift „Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus“ von 1935.

Ca. 100 Seiten, 5 Euro. Bestellungen an Buchladen Georgi Dimitroff

kott von Unternehmen von Jüdinnen und Juden mit massenhafter Unterstützung von Teilen der deutschen Bevölkerung unter dem antisemitischen Aufruf „Die Juden sind unser Unglück! Kauft nicht bei Juden!“

Vom 25. März bis zum 10. April 1933 fanden unter Führung der RGO 97 Streiks gegen Lohnabbau und gegen das Eindringen der SA-Banden in die Betriebe statt. (Merker, S. 331).

In Wuppertal streiken neun Betriebe für die Freilassung Ernst Thälmanns und anderer eingekerkerten Antinazisten und Kommunisten. In Berlin gab es Streiks gegen die Verhaftung von Betriebsräten. (3 Bd. II/S. 319) In Kiel streiken die Arbeiterinnen und Arbeiter der Germania-Werft für die Freilassung verhafteter Betriebsratsmitglieder, ebenso 600 Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Ölwerke und 3000 der Düsseldorfer Phoenix-Werke. (7/S. 66)

„Gleichschaltung“ der Gewerkschaften

Im April 1933 wurde die Verfolgung von SPD und Gewerkschaften intensiviert. Der 1. Mai wurde zum arbeitsfreien bezahlten „Nationalfeiertag der Arbeit“ erklärt und mit großem Pomp als Nazi-Veranstaltung organisiert. Dem Aufruf des ADGB-

Vorstands folgten 1,5 Mio., die unter der Hakenkreuzflagge, eskortiert von SA und SS, durch die Straßen Berlins marschierten. Die Antwort der Nazis auf diese Anbiederei folgte prompt: Am Tag danach, dem 2. Mai, besetzten SA und Polizei die Gebäude von ADGB und AFA und verhafteten zahllose Gewerkschaftsführer. Am 23. Juni wurde schließlich die SPD verboten, ihre Vertreter aus Parlamenten und Ämtern entfernt. Das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ vom 14. Juli 1933 erklärte alle politischen Parteien außer der NSDAP für verboten. Der Reichstag wurde durch das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ am 14. Februar 1934 aufgelöst.

Am 31. Juli 1933 gab es in Nazi-Deutschland offiziell rund 26.800 KZ-Häftlinge. (9/S. 543) Die Gesamtzahl der Inhaftierten wird über 100.000 geschätzt, die Zahl der Ermordeten zwischen 500 und 600. (12/S. 172)

☆☆☆

Bei der Diskussion über den Kampf der KPD von 1929 bis zur Konsolidierung der nazifaschistischen Diktatur möchten wir klarstellen:

Selbst wenn die KPD bis ins letzte taktische Detail „alles richtig“ gemacht hätte, selbst dann wäre nicht garantiert gewesen, daß Zeit und Kräfte aus-

gereicht hätten, um die Nazi-Diktatur durch einen bewaffneten Abwehrkampf zu verhindern. Die Revolution 1905 in Rußland erlitt eine Niederlage trotz der Existenz einer Kommunistischen Partei mit einer richtigen Linie unter Führung Lenins, denn nicht unwe sentlich für den Erfolg ist eben auch ein günstiges oder ungünstiges Kräfteverhältnis.

13 Millionen Wähler der Nazi-Partei, der reaktionäre Block der Deutschnationalen, mehrere Hundertausend bewaffnete SA-Banditen auf der Straße – dies war ein konterrevolutionäres Heer, gegen das auch eine Kommunistische Partei mit einer in jeder Hinsicht richtigen Linie möglicherweise eine Niederlage erlitten hätte.

Hinzu kam die Schwierigkeit, daß der deutsche Imperialismus geschickt jede Eindeutigkeit vermied, einem großen Teil der Nazi-Gegner immer noch ein Fünkchen Hoffnung ließ: Am 30. Januar 1933 die Hoffnung, daß Hitler schnell abgewirtschaftet habe und „alles nicht so schlimm“ kommen werde, nach dem 27. Februar 1933 die Hoffnung auf die bevorstehende Wahl, zu der die KPD immer noch zugelassen war. Die Notwendigkeit einer sofortigen bewaffneten Verteidigung, eines bewaffneten Abwehrkampfes war nicht für alle Nazi-Gegner klar und deutlich sichtbar.

☆☆☆

Eine wichtige Lehre aus dem Kampf der KPD ist ohne Zweifel, daß in einem Land wie Deutschland neben dem vorrangigen Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution und den Kommunismus auch mit großem Kräfteaufwand der demokratische Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den Chauvinismus geführt werden muß mit dem Ziel, die kleinbürgerlich verhetzten Massen wenn schon nicht zu gewinnen, so doch wenigstens zu neutralisieren.

Im Bewußtsein dieser schwierigen Probleme werden wir die Linie der KPD von 1929 bis 1933 genauer analysieren, ihre Fehler auch im Sinne einer Selbstkritik wissenschaftlich-rücksichtslos im richtigen Rahmen aufdecken und gleichzeitig mit den Genossinnen und Genossen „unserer KPD“, mit ihrem praktischen Kampf und Einsatz, solidarisch sein.

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

ISSN 0948/5090

III.

Weitere Dokumente der KPD

	Seite
• Aus dem Referat Ernst Thälmanns auf der Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals	55
• Rudolf Gerber: Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus (1935)	63
• „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ der KPD von 1930	74
• „Das soziale und nationale Befreiungsprogramm der Werktätigen Deutschlands“. Aufruf des ZK der KPD von 1934	77

Kritische Bemerkungen zu einigen Dokumenten 82

Aus dem Referat Ernst Thälmanns auf der Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals¹

Genossen!

Die Bedeutung der heutigen Konferenz ergibt sich schon aus der Tatsache, daß zweifelsohne durch die Bildung der Hitlerregierung eine solche Zuspitzung des Klassenkampfes eingetreten ist, wie wir sie seit 1918 kaum mehr zu verzeichnen hatten...

Das Proletariat und die Werktätigen der ganzen Welt blicken auf uns und [auf] das deutsche Proletariat. Die russischen Arbeiter und Bauern blicken auf uns. Die kommunistischen Bruderparteien in Frankreich, in der Tschechoslowakei, Holland und überall haben glänzend ihre Solidarität mit dem schweren Kampf des [deutschen] Proletariats verkündet. Die deutsche Partei hat einen wichtigen Schlüssel für den revolutionären Aufschwung in ganz Europa in ihrer Hand. Wir dürfen keine Zeit verlieren. Jetzt droht der Staatsstreich. Jetzt droht die Vernichtung der Partei. Jetzt sind in höchstem Grade entscheidende Wochen.

Der Kampf, der vor uns liegt, ist der schwerste, den die Partei zu bestehen hat. Er kann nicht verglichen werden mit den Jahren seit 1923. Er gibt jedem Kommunisten eine noch höhere Verantwortung als selbst in der damaligen Situation. Unmittelbar müssen wir die Offensive ergreifen, dann haben wir die Chance für uns.

Um uns ein klares Bild über die neue Situation, ihre klassenmäßigen Hintergründe und

die weiteren Perspektiven zu machen, will ich zunächst versuchen, die Faktoren anzuführen, die zur jetzigen Lage geführt haben.²

Die andere Seite des Prozesses, die diesen Teilerfolgen der Betrugsmäver der Bourgeoisie gegenübersteht, ist der Fortgang und die weitere Steigerung des revolutionären Aufschwungs, den Schleicher nicht aufhalten konnte. Anfang Januar [1933] war es zweifelsohne vorübergehend der Bourgeoisie, der SPD und den Nazis gelungen, uns die Offensive etwas aus der Hand zu nehmen. Dann, im Zusammenhang mit der Bülowplatz-Provokation der Hitlerbanden³, vermochten wir, wieder in die Offensive überzugehen. Es zeigte sich, welch eine Verschärfung des Klassenkampfes eingetreten ist. So, wie uns die fünf bis sechs Tage BVG-Streik⁴ im November ganz rasch an einen Zustand revolutionärer Zuspitzung und höherer Form des Klassenkampfes heranbrachten, so zeigte sich im Zusammenhang mit unserer Gegenoffensive gegen die SA-Provokation Ende Januar erneut und noch gesteigert, daß der Prozeß des Heranreifens der revolutionären Krise in Deutschland bereits soweit gediehen ist, daß verhältnismäßig kleine Ereignisse rasch eine stürmische Beschleunigung der revolutionären Entwicklung und eine außerordentliche Verschärfung des Klassenkampfes herbeiführen können...

Soviel über die Entstehungsgeschichte der

¹ Ein Manuskript oder Stenogramm der Rede wurde bisher nicht aufgefunden. Es sind lediglich jene Auszüge unbekannter Herkunft erhalten, die von der Nazijustiz in die Anklageschrift gegen Ernst Thälmann aufgenommen worden sind. Ihre – vollständige – Wiedergabe erfolgt nach der Abschrift, die Ernst Thälmann von dieser Anklageschrift anfertigte. Vorkommende Auslassungszeichen (...) sind so in der Quelle enthalten. An einigen Stellen haben die Verfasser der Anklageschrift Bemerkungen über den Inhalt der nicht aufgenommenen Teile des Referats eingefügt. Der informative Gehalt dieser Bemerkungen wurde in Anmerkungen wiedergegeben, da er wesentliche Rückschlüsse auf den vollen Inhalt des Referats zuläßt.

² Im Referat folgte eine Darstellung der Entwicklung während der Regierung des Generals v. Schleicher (Dezember 1932/Januar 1933).

³ Gemeint ist der Aufmarsch der SA unter starkem Polizeischutz am 22. Januar 1933 vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, dem Sitz des ZK der KPD.

⁴ An diesem größten Streik des Jahres 1932 vom 3. bis 7. November beteiligten sich rund 22000 Arbeiter. Er richtete sich gegen einen angekündigten Lohnabbau und wurde von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) vorbereitet und in bestimmendem Maße geführt. Obwohl die Lohnsenkung nicht verhindert werden konnte, erlitt die Papen-Regierung durch den Streik eine schwere politisch-moralische Niederlage.

Hitlerregierung. Damit ist zugleich das Wichtigste über ihren Charakter und ihre Aufgaben gesagt.

Das Kabinett Hitler-Hugenberg-Papen ist die offene faschistische Diktatur. Was die Zusammensetzung der Regierung anbetrifft, so kann es in Deutschland eine weitere Steigerung in der Richtung des offenen Faschismus kaum mehr geben. Wohl aber gibt es in den Methoden dieser Regierung der offenen faschistischen Diktatur noch eine ganze Reihe von Steigerungsmöglichkeiten. Jeder Zweifel darüber, daß diese Regierung vor irgendwelchen balkanischen Methoden⁵ des äußersten Terrors zurückschrecken würde, wäre sehr gefährlich.

Es ist der Bourgeoisie ernst damit, die Partei und die ganze Avantgarde der Arbeiterklasse zu zerschmettern. Sie wird deshalb kein Mittel unversucht lassen, um dieses Ziel zu erreichen. Also nicht nur Vernichtung der letzten spärlichen Rechte der Arbeiter, nicht nur Parteiverbot, nicht nur faschistische Klassenjustiz, sondern alle Formen des faschistischen Terrors; darüber hinaus: Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Meuchelmorde an unseren tapferen antifaschistischen Kämpfern, insbesondere an kommunistischen Führern – das alles gehört mit zu den Waffen, deren sich die offene faschistische Diktatur uns gegenüber bedienen wird.

Schon die ersten Taten der Hitlerregierung beweisen den ganzen tiefen Ernst der Situation. Es wäre ein Verbrechen, irgendwelche legalistischen Illusionen in unseren Reihen zu dulden. Wir müssen in der ganzen Arbeiterklasse darüber Klarheit schaffen, daß es wahrscheinlich keine andere Art der Ablösung dieser Regierung geben kann als ihren revolutionären Sturz.

Das bedeutet nicht, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein muß. Wir stellen die Frage des Kampfes für den Sturz der Hitlerregierung,

die Frage der Beseitigung der Hitler-Hugenberg-Regierung als unmittelbare Aufgabe. Wir stellen sie in jeder Stunde, wir stellen sie heute, wir stellen sie morgen, übermorgen, wir stellen sie in den nächsten Wochen und Monaten, ohne daß wir unter allen Umständen zu 100 Prozent sagen können, daß, wenn uns der Sturz der faschistischen Diktatur gelingt, dies schon mit dem Sieg der proletarischen Revolution direkt verbunden ist. Das müssen wir so scharf sagen, weil wir den heftigsten Feldzug ideo-logischer Art in den Massen gegen jede Theorie des »Abwirtschaftenlassens« der Hitlerregierung führen müssen. Diese Feststellungen schließen jedoch – ich betone das noch einmal – keineswegs aus, daß der Kampf zum Sturz der Hitlerregierung gleichzeitig in den Kampf um die volle Macht des Proletariats umschlagen kann.

Hier darf es kein Schema geben, sondern nur eine dialektische Betrachtung. Weder legen wir uns darauf fest, die Hitlerregierung erst in dem Augenblick zu stürzen, wo die Situation schon für den vollen Sieg der proletarischen Revolution reif ist, noch lassen wir außer Betracht, daß, wie die Beschlüsse des XII. Plenums⁶ ganz klar sagen, die Fristen des revolutionären Aufschwungs und für die volle Entfaltung der revolutionären Krise heute viel kürzer sind als in den bisherigen Abschnitten der Geschichte des proletarischen Klassenkampfes.

Der wüste faschistische Terror in Deutschland, dem wir jetzt entgegengehen, ändert nichts an unserer revolutionären Perspektive. Sowenig wir eine Unterschätzung der Hitlerregierung, der furchtbaren Gefahr, die der Arbeiterklasse Deutschlands von der offenen faschistischen Diktatur droht, dulden, sowenig lassen wir eine Überschätzung dieser Regierung, ihrer Festigkeit und Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Proletariat zu.⁷

⁶ Gemeint ist das XII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, das vom 27. August bis 15. September 1932 in Moskau stattfand.

⁷ Im Referat folgte eine Betrachtung zu den Vor- und Nachteilen, die sich für die Hitlerregierung ergaben.

⁵ Ernst Thälmann bezieht sich hier auf die faschistischen Regimes in Bulgarien und Jugoslawien.

Was ist die Bilanz unseres bisherigen Kampfes gegen die faschistische Diktatur? Wir waren nicht imstande, die Aufrichtung der faschistischen Diktatur bis zur heutigen offenen faschistischen Diktatur zu verhindern, obwohl wir den Kampf der Massen dafür organisiert haben. Das ist gewiß eine ernste negative Feststellung.

Aber umgekehrt können wir sagen, daß wir den faschistischen Kurs der Bourgeoisie empfindlich gestört haben. Wir haben sie dabei aufgehalten, stellenweise sogar zurückgeworfen, wie bei der Sprengung der Papen-Regierung. Zu dieser positiven Einschätzung unserer wachsenden Kampfkraft und damit der wachsenden Kampfkraft der Arbeiterklasse Deutschlands sind wir berechtigt, ohne unsere Schwächen zu übersehen. Eine solche positive Einschätzung muß der Ausgangspunkt für unsere höhere revolutionäre Aufgabenstellung sein.

Wenn wir nicht mehr erreichen konnten, so deshalb, weil wir den Einfluß der SPD- und ADGB-Führer sowie der christlichen Gewerkschaftsführer auf breite Arbeitermassen nicht in dem erforderlichen Maße zu liquidieren vermochten. Uns hemmten in diesem Kampf die Mängel unserer Gewerkschaftsarbeit, Betriebsarbeit, die Mängel bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik und im prinzipiellen Kampf gegen die sozialdemokratischen Betrugsmänover. Wir haben in der Vergangenheit nur insoweit Erfolge im Kampf gegen die faschistische Diktatur erzielen können, wie es uns gelang, diese Mängel zu überwinden und damit zur Durchführung der Beschlüsse des XII. Plenums, unseres Februarplenums⁸ und der 3. Reichsparteikonferenz⁹ zu gelangen.

⁸ Auf der Tagung des ZK der KPD vom 20. bis 23. Februar 1932 analysierte Ernst Thälmann umfassend das politische Kräfteverhältnis in Deutschland und die Möglichkeiten, es zugunsten der Arbeiterklasse zu ändern. Er orientierte die KPD darauf, eine wirksame Massenarbeit in den Betrieben zu entfalten, den Kampf gegen den Hitlerfaschismus an allen Fronten entschieden zu verschärfen und als Hauptkettenglied dieses Kampfes eine elastische Einheitsfrontpolitik zu entwickeln.

⁹ Die 3. Reichsparteikonferenz tagte vom 15. bis 18. Oktober 1932. Sie orientierte die Partei vor allem

Wie ist die Lage heute gegenüber der Hitlerregierung?

Wir riefen bei ihrer Machtübernahme zum Streik, zum Massenstreik, Generalstreik auf. Gleichzeitig mit der unmittelbaren Mobilisierung der Massen von unten für diese Lösungen richteten wir ein Einheitsfrontangebot an die SPD, den ADGB, [den] AfA-Bund und die christlichen Gewerkschaften in der Linie der konkreten Aufforderung, gemeinsam mit uns den Generalstreik durchzuführen. Wir führten also in dieser besonderen Situation eine kombinierte Einheitsfrontpolitik von unten und oben durch.

Wir hatten in der Mobilmachung der Massen Erfolge bezüglich der Durchführung von Demonstrationen und des wehrhaften Massenkampfes gegen den faschistischen Mordterror. Streiks jedoch konnten wir nur in geringerem Umfange auslösen. Wir müssen deshalb die Frage beantworten, ob trotzdem unsere Lösung richtig war. Die Antwort kann nur bejahend sein.¹⁰

Müssen wir also wegen des bisherigen Ausbleibens größerer Streiks in einen tiefen Pessimismus verfallen? Keineswegs! Wenn auch die Erwartungen größer waren als die Tatsachen, so gibt es doch keine Depressionsstimmungen größeren Umfangs in den Massen, sondern eine wachsende Kampfstimme. Das, was sich gegenwärtig in ganz Deutschland abspielt, die täglichen Demonstrationen, Zusammenstöße, Kampfhandlungen in allen Teilen des Reiches, ist der beste Ausdruck dafür, wie geladen, wie gespannt von revolutionären Energien die ganze Atmosphäre ist.

Wenn in ganz Deutschland kein Tag vergeht, wo nicht an ein paar Stellen Feuergefechte zwischen faschistischen Terrorbanden und der Arbeiterschaft stattfinden, sei es mit Kommunisten oder Reichsbannerleuten, so

auf die Verstärkung der Arbeit in den Betrieben sowie in den freien und christlichen Gewerkschaften, auf die Einbeziehung neuer Massen in den politischen Kampf gegen den Hitlerfaschismus und auf dessen weitere Zurückdrängung.

¹⁰ Auf diese Problematik wurde im Referat noch weiter eingegangen, unter anderem auf die geringe Zahl von Streiks.

sind das bestimmte Elemente des Bürgerkrieges, die wir sehen und bei unserer Beurteilung der Lage und der Aufgaben berücksichtigen müssen.

Elemente des Bürgerkrieges – das ist eine sehr ernste Feststellung. Denn wir gebrauchen solche revolutionären Worte nicht in der Art, wie es einst Heinz Neumann tat, der seine opportunistische Politik mit überspitzten, scheinradikalen Phrasen verbrämte. Gerade die Vermeidung von scheinradikaler, überspitzer Phraseologie gibt uns jetzt um so mehr die Gelegenheit, angesichts des Ernstes der Situation mit voller Autorität der Partei in den Massen die außerordentliche Verschärfung der Lage klarzustellen. Wir müssen alle Unklarheiten und Schwankungen in der Partei in dieser Frage überwinden. Wenn unsere Kader die politischen Momente der neuen Erscheinung richtig verstehen würden, wäre der Grad des revolutionären Vormarsches bereits viel weiter, als es jetzt der Fall ist. **Die Bourgeoisie hat dem Proletariat den Bürgerkrieg erklärt.** Wir sind uns des Ernstes der Situation und der ganzen Verantwortungsschwere bei dieser Feststellung für die Partei bewußt.

Aber wir müssen diese Dinge sehen. Denn in ihnen drückt sich eine sehr wichtige Erscheinung aus: Wir haben wieder einmal starke Erscheinungen des Zurückbleibens hinter den Massen. Man braucht diese Schwächen der Parteiorganisation nicht zu schwarz zu sehen, aber man muß die Augen aufmachen, um sie rechtzeitig liquidieren zu können.

Worauf kommt es jetzt vor allem an? Wir müssen erreichen, daß die Kette der Massenaktionen und Massenkämpfe gegen die faschistische Diktatur in ganz Deutschland nicht mehr abreißt. Der revolutionäre Brand muß stets an anderen Stellen wieder verstärkt aufflackern und sich entzünden, wenn er an einer anderen Stelle vorübergehend erstickt wird, bis keine Feuerwehr mehr hilft, diesen revolutionären Brand zu löschen. So müssen wir dazu kommen, die Organisierung ununterbrochener Massenaktionen des Proletariats in allen Formen, auf allen Gebieten in die Wege zu leiten. Dabei würde die Vernachlässigung der Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und aller übrigen werktätigen Schichten

eine fast ebenso schwere Gefahr bedeuten wie vor allem jeder Ökonomismus, das heißt die Vernachlässigung des politischen Kampfes gegen die Diktatur der Bourgeoisie.

Das ist es, was wir für ganz Deutschland, aber auch für jeden einzelnen Bezirk als Aufgabe stellen: eine Kette ununterbrochener, miteinander verflochtener und sich gegenseitig ablösender Aktionen, die Entfaltung aller Formen des Massenwiderstandes und Massenkampfes gegen die faschistische Diktatur. Das ist die entscheidende Aufgabe im Kampf um die proletarische Mehrheit wie im Kampf für die Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats über die übrigen werktätigen Massen, Ich möchte in diesem Zusammenhang ein außerordentlich interessantes Zitat Lenins aus der Zeit des revolutionären Aufschwunges in Rußland um 1912/1913 anführen, das für unsere Situation sehr lehrreich ist. Lenin schrieb im Januar 1913:

»Die Arbeiter werden ihr ganzes. Augenmerk darauf richten, den spontan wachsenden revolutionären Streik zu unterstützen, zu verstärken, zu entwickeln, ihn bewußt voranzutreiben, um die Bauern und die Truppen auf den Aufstand vorzubereiten. Wenn die Streiks die Arbeiter entkräften, muß man sie abwechselnd durchführen, indem man die einen ausruhen läßt und die, die sich erholt haben, oder >frische< Kräfte in den Kampf führt. Man muß kürzere Streiks organisieren. Manchmal muß man Streiks durch Demonstrationen ersetzen. Aber das wichtigste ist, daß die Streiks, die Kundgebungen, die Demonstrationen nicht abreißsen, daß die ganze Bauernschaft und die ganze Armee von dem beharrlichen Kampf der Arbeiter erfahren, daß das Dorf, selbst das entlegenste, sieht, daß in den Städten Unruhe herrscht, daß sich >ihre Leute< erhoben haben.«¹¹

Die Anwendung einer solchen Taktik des unablässigen Kampfes, der ununterbrochenen Massenaktionen stellt uns gerade die Aufgabe, alles daranzusetzen, um möglichst rasch die vielen Teilaktionen und Teilkämpfe zum gro-

¹¹ W. I. Lenin: Die Entwicklung des revolutionären Streiks und der Straßendemonstrationen. In: Werke, Bd. 18, S. 469/470.

ßen, umfassenden Massenstreik, ja zum Generalstreik zu steigern.

In diesem Zusammenhang, Genossen, eine ernste Erwägung: Falls die Reichstagswahlen vom 5. März den Nationalsozialisten, vor allem auf dem Lande und vielleicht auf Kosten der Deutschnationalen, ein mehr oder weniger günstiges Resultat bringen würden, ist es sehr wahrscheinlich, daß die Hitlerpartei eine solche Stimmung für weitere faschistische Staatsstreichaktionen zur Festigung und Erweiterung ihrer Macht ausnutzen wird. Wir haben Kenntnis von den Plänen der Nationalsozialisten, einen Marsch auf Berlin im Anschluß an den 5. März durchzuführen. Mit einer solchen Konzentration ihrer eigenen Militärformationen wollen sich die Nazis mehr oder weniger unabhängig von den deutschnationalen Regierungskollegen und auch von der Reichswehr und Polizei machen, um diese legalen Machtinstrumente des Staates so gut wie restlos unter ihren Einfluß zu bringen.

Man muß sehen, daß die zwangsläufig entstehenden Zersetzungerscheinungen in den Exekutivorganen, vor allem in der Polizei, solange diese noch nicht vom Hitlerfaschismus durchdrungen und von ihm assimiliert sind, eine bestimmte Erleichterung für unseren Kampf darstellen. Gelingt den Nazis mit Hilfe eines solchen Marsches auf Berlin oder anderer weiterer faschistischer Staatsstreichaktionen die Durchführung solcher Pläne zur Säuberung und Faschisierung der Exekutivorgane und zur Festigung ihrer Machtpositionen, so verschlechtert das die Kampfsituation des Proletariats.

Eine solche Erwägung, Genossen, muß uns veranlassen, mit allem Ernst daranzugehen, daß wir schon vorher und jedenfalls unmittelbar gegen solche weiteren faschistischen Aktionen die ganze Kraft der Partei einsetzen, um den revolutionären Massenkampf gegen den Faschismus zur höchsten Entfaltung zu bringen.

Von größter Bedeutung ist es, die ganze Partei in einen solchen Zustand zu bringen, daß sie sich in höchster Alarmbereitschaft befindet, um jederzeit jeden geeigneten Anlaß zur Steigerung des Kampfes, zur Auslösung von Massenstreiks bis zum Generalstreik auszunutzen.

Also: Wachsamkeit, Initiative, Fingerspitzengefühl für das Leben der Massen, um jeden Augenblick die richtige Kampfflosung propagieren zu können. Rückhaltlose Entfesselung aller Formen der politischen und wirtschaftlichen Tageskämpfe und Aktionen, Teilkämpfe, Teilstreiks usw., fester, entschlossener Kurs auf den politischen Generalstreik!

Diese Linie, die wir in allen bisherigen Aufrufen des Zentralkomitees mit der Losung: Streik – Massenstreik – Generalstreik! konkret zusammengefaßt haben, gilt es, in der Praxis durchzusetzen. Das ist die Linie unseres revolutionären Massenkampfes für den Sturz der Hitlerdiktatur. Mit dieser Linie werden wir zugleich die inneren Widersprüche der Regierung, den in ihr selbst aufgespeicherten Sprengstoff zur Entzündung bringen.¹²

Gegenüber solchen Genossen, die jetzt denken, die Partei wird vielleicht noch vor den Wahlen verboten, also braucht man keinen Wahlkampf mehr zu führen, müssen wir sagen, daß wir im Gegenteil die allerstärkste Aktivität entfalten müssen. Wir müssen die Hitlerregierung vor den Massen als Regime des faschistischen Terrors, der kapitalistischen Aushungerung und des imperialistischen Krieges, als Regierung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer entlarven. Wir müssen die parlamentarischen, demokratischen und legalistischen Illusionen in den Massen im schärfsten ideologischen Kampf gegen die betrügerischen Parolen der SPD beseitigen. Wir müssen den Kampf um die sozialdemokratischen Arbeiter zur Teilnahme an gemeinsamen Aktionen und Kämpfen gegen die faschistische Diktatur aufs stärkste steigern. Wir müssen überall den gemeinsamen Massenselbstschutz aufziehen, einen Patrouillendienst in den Arbeitervierteln, die Möglichkeit von rascher Alarmierung der Arbeiterschaft gegen faschistische Überfälle usw. organisieren. Wir müssen anlässlich des drohend bevorstehenden Parteiverbots die Rolle der Partei immer deutlicher als der einzigen Partei eines realen, positiven Auswegs aus der Krise, als der einzigen Partei der Verteidigung der Interessen der werktätigen Massen heraus-

¹² Im Referat folgten nun Ausführungen über die Einheitsfrontpolitik.

arbeiten. Wir müssen die Aktivität für den Schutz der Partei und der proletarischen Führer zur Entfaltung bringen und eine solche Stimmung in den Massen schaffen, daß ein Verbot der KPD von den Massen mit der Entfaltung der größten Kampfaction beantwortet wird. Wir müssen anlässlich des bevorstehenden Streikverbots die Schaffung von illegalen betrieblichen Streikkassen endlich in die Tat umsetzen.

Wir müssen eine zündende Massenarbeit unter den Bauern, den Kleinbauern und Landarbeitern entfalten, weil auf dem Lande die stärkste Basis für die faschistische Diktatur und die Nazibewegung vorhanden ist. Wir dürfen die Bauernmassen nicht den Nationalsozialisten überlassen, die unter ihnen einen Siegestaumel zu erzeugen versuchen. Viele Bauern glauben trotz ihrer trostlosen und elenden Lage gegenwärtig an die Hitler-Hugenbergs-Regierung. Auch hier gilt es für uns, wirkliche Aktionen der Bauern im Kampfe gegen den Steuerwucher durchzusetzen, Massendemonstrationen vor den Finanzämtern und weitergehende Kampfactionen. Wir müssen unter diesen Massen der Dorfarmut, der Zwerg- und Kleinbauern und auch der Mittelbauern eine breite Propaganda entfalten, indem wir [vor] ihnen die Agrarpolitik der Hitler-Hugenbergs-Regierung als eine Politik ausschließlich zum Nutzen der Großagrarier entlarven, und zugleich die Forderung popularisieren, die bei den großen Trusts und Konzernen lagernden riesigen Vorräte an Waren des täglichen Lebensbedarfs, an landwirtschaftlichen Gerätschaften und Maschinen, an chemischen Düngemitteln usw. zu beschlagnahmen und unter der armen Bauernschaft aufzuteilen. Wir müssen das Bündnis zwischen Stadt und Land, zwischen den kämpfenden Arbeitern und den werktätigen Bauern schmieden. Wir müssen den armen Bauernmassen klarmachen, daß nur im Bündnis mit dem Proletariat, nur unter proletarischer Hegemonie, nur im Kampf gegen die Kapitalisten auch das Los der Bauern gebessert werden kann.

Wir müssen die größte Stoßkraft entfalten zur Gewinnung der proletarischen und werktätigen Jugend aus der SAJ, aber sogar aus der Hitlerjugend müssen wir einzelne und ganze

Massen herüberreißen. Wir müssen gegen die Zwangsarbeit, gegen die Zuchthauslager und die Kasernierung mit der Arbeitsdienstpflicht,¹³ gegen die Militarisierung der Jugend Sturm laufen. Gegen die chauvinistische Kriegshetze und imperialistische Kriegspolitik des Faschismus müssen wir die Massenpropaganda für den proletarischen Internationalismus, für unsere Freiheitspolitik entfalten.

Wir müssen den Massen unser Programm zeigen als das Programm des einzigen Auswegs aus Elend, Not und Unterdrückung, als Programm der sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes. Wir müssen ihnen zeigen, daß wir die Partei sind, die durch die Befreiung der Arbeiterklasse die Einheit der Nation verwirklicht, indem sie das kapitalistische System bis zu dessen Vernichtung bekämpft.

Das Wichtigste aber ist, daß sich bei allen unseren Kampfmaßnahmen die Linie wie ein roter Faden hindurchzieht: Wir organisieren den aktiven Massenkampf, die Einheitsfront der Tat zur Befreiung des werktätigen Volkes aus faschistischer reaktionärer Knechtschaft. Alles, unser Kampf gegen die Nazis und Deutschnationalen wie gegen SPD und Zentrum, muß von den Millionenmassen als Teil dieses Kampfes gegen die faschistische Diktatur, gegen die Hitlerregierung verstanden werden.

Zum Schluß, Genossen. Ich habe schon auf die außerordentliche Beschleunigung des Tempos der revolutionären Entwicklung hingewiesen, wie es mit der Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur teilweise in Erscheinung getreten und teilweise erst recht ausgelöst worden ist. Hieraus ergeben sich

¹³ Durch eine Notverordnung der Brüning-Regierung vom 5. Juli 1931 wurde der freiwillige Arbeitsdienst – besonders für jugendliche Erwerbslose – eingeführt, dessen Umwandlung in eine Arbeitsdienstpflicht die Nazis erstrebten und 1935 vollzogen. Als Zuchthauslager bezeichnet Ernst Thälmann die zunehmend militarisierten Lager des »freiwilligen Arbeitsdienstes«; als Zwangsarbeit die laut Arbeitslosenversicherungsgesetz von 1927 durch jugendliche Erwerbslose unter 21 Jahren und Empfänger von Krisenunterstützung zu stark untertariflicher Entlohnung zu leistende »Pflichtarbeit«.

ernste Konsequenzen.¹⁴ Wir dürfen die heutige Arbeit der Partei nicht gleichstellen mit der Arbeit vor 3 oder 6 Monaten. Wir müssen die Kraftanstrengungen verdoppeln und verdreifachen. Wir müssen in jedem Genossen das Bewußtsein für die Verantwortung der Partei vor der Arbeiterklasse wecken.

Das erfordert, daß jede B[ezirks]Jl[eitung] mit größter Gründlichkeit, ohne vor stundenlangen Erörterungen zurückzuschrecken, untersuchen muß, welche Tatsachen im Leben des Proletariats zu verzeichnen sind, die in dieser Situation für die Kampforgанизierung, für die Überwindung des großen Tempoverlustes, den wir in ganz Deutschland haben, ausgenutzt werden können. Darüber hinaus müssen wir immer stärker, auch propagandistisch, unsere Kader und die Massen auf die höheren revolutionären Aufgaben vorbereiten.

Wir müssen z. B. damit beginnen, **den Massen klarzumachen, daß auch der Streik, selbst der Generalstreik, nicht die höchste Kampfform der Arbeiterklasse ist, sondern daß es darüber hinaus die höheren revolutionären Formen des Kampfes um die politische Macht geben wird, auf die wir nach den Beschlüssen des XII. Plenums die Massen vorbereiten müssen.** Oder nehmen wir die Frage des wehrhaften Massenkampfes gegen den blutigen faschistischen Terror. Es ist klar, daß man heute die Frage nicht so stellen kann wie vor dem 30. Januar. Gegenüber Überfällen auf Arbeiterhäuser, Parteihäuser, Gewerkschaftshäuser, Arbeiterlokale und Wohnungen unserer Funktionäre oder aber auch von solchen der SPD, des Reichsbanners und der Gewerkschaften, wobei **die Nazis mit dem Revolver und der Handgranate vorgehen, können wir nicht mit Parolen und Protesten antworten.** Hier müssen wir die **Massen zu höheren Formen der wehrhaften Massennotwehr,** der geschlossenen aktiven Verteidigung des Arbeiterlebens und Arbeiter-eigentums erziehen.

Das bedeutet keine Konzession an den individuellen Terror. Das bedeutet erst recht keine

Abschwächung des Kurses auf die ideologisch-politische Offensive unter den nationalsozialistischen Werktagen. Im Gegenteil. Wir müssen durch unseren Kampf gegen die Hitlerregierung den »Begeisterungstaumel« der ersten Tage bei manchen Teilen der Nazis rasch überwinden und immer mehr differenzieren zwischen den aktiven, terroristischen Landsknechten des Faschismus und den breiten Massen der werktätigen Anhängerschaft der Nazis. Darüber hinaus müssen wir auch unter den SA-Leuten eine entsprechende Tätigkeit zur Zersetzung dieser terroristischen Formationen der Bourgeoisie entfalten.

Einige Worte zu den höheren Kampfaufgaben und höheren revolutionären Lösungen der Partei. Wie ihr wißt, haben wir im Kampf gegen die Rechten und Versöhnler unter den Bedingungen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus die Aufstellung eines besonderen Aktionsprogramms und von Übergangslosungen, wie »Kontrolle der Produktion« usw., abgelehnt. Unter den Bedingungen der relativen Stabilisierung wären derartige Lösungen lediglich der Nährboden für opportunistische Illusionen und eine Abschwächung der revolutionären Linie der Partei gewesen.

In dem Maße, wie wir mit dem steigenden revolutionären Aufschwung stärker an die revolutionäre Krise herankommen, wird sich die Lage für uns bezüglich der Aufstellung von Übergangslosungen verändern. Dann werden die Voraussetzungen gegeben sein, mit solchen Übergangslosungen in ständiger Steigerung die Massen unmittelbar zum Angriff auf den kapitalistischen Staat, auf die bürgerliche Klassenherrschaft überhaupt zu leiten. Unsere Lösung des Kampfes für den Sturz der Hitlerregierung kann unter bestimmten Voraussetzungen in den Kampf zur Beseitigung der bürgerlichen Klassenherrschaft überhaupt, in den Kampf um die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die Aufführung der proletarischen Diktatur übergeleitet werden.

Das braucht nicht so zu sein, aber es muß unsere ganze Aktivität und Anstrengung darauf gerichtet werden, die Massen so rasch wie möglich an den Machtkampf heranzuführen. In

¹⁴ Dieser Satz ist in der Abschrift Ernst Thälmanns nicht enthalten, nur in der Anklageschrift.

diesem höheren¹⁵ revolutionären Kampfab schnitt können wir auf bestimmte Aktionslösungen, die zwischen den bisherigen und den Übergangslosungen liegen, sowie auf die Propagierung unserer Endziellosungen nicht verzichten.

Was bedeutet das? Von einer solchen revolutionären Perspektive ausgehend, müssen wir erwägen, ob nicht in rascher Frist das Bedürfnis für ein bestimmtes Kampfprogramm der Partei gegeben sein wird. Ein solches Kampfprogramm müßte ausgehen von bestimmten Aktionsparolen, die für die augenblickliche Situation Geltung haben, wie Beschlagnahme der Kohlevorräte, der Lebensmittelvorräte, Entwaffnung der faschistischen Terrorgarden usw. durch die Massen selbst, also Teillo sungen und Forderungen, die unmittelbar zu einer Verschärfung des revolutionären Klassen kampfes führen und die Massen auf eine höhere Stufe des Klassenkampfes bringen, Losun gen, die zu unmittelbaren Aktionen der Massen zwecks Realisierung ihrer Forderun gen bei geeigneten Gelegenheiten führen kön nen und zugleich endgültig erst mit der Eroberung der politischen Macht verwirklicht wer den können.

Genossen! Wir als einzige sind die Einheitscher des Kampfes gegen die faschistische Konterrevolution. Wir müssen den Ver zweifelten und Müden den Weg zeigen. Wir müssen an der Spitze des kämpfenden Proletariats zum Sieg des Sozialismus gelangen. Wir peitschen die Massen, die noch in den Reihen der klassenfeindlichen Parteien stehen, auf, sich gegen ihre Führer zu empören und sich in die revolutionäre Freiheitsfront einzureihen. Wir sind die einzige Partei des Kampfes gegen den kapitalistischen Staat, wie wir die einzige Partei sind, die die volksfeindliche Politik der kapitalistischen Regierungen anprangert.

Zusammengefaßt, Genossen:

Eiserner Kurs auf die Sicherung der Partei und ihre Fortführung trotz aller Anschläge des faschistischen Terrors!

Konzentration aller Kräfte auf die Entfaltung jeder Form des Massenwiderstandes, der

Massenaktionen und Massenkämpfe auf der Linie: Demonstrationen, Streiks, Massenstreiks, Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!

Einheitsfrontpolitik zur Kampfmobilisierung in höheren Formen mit kühnerer Initiative!

Stärkster Kurs auf die Zerschlagung aller parlamentarischen und demokratischen Illusionen, auf die Erziehung der Massen zum außerparlamentarischen Massenkampf!

Höhere revolutionäre Aufgabenstellung, auch in Agitation und Propaganda, zwecks Vorbereitung der Massen und Heranführung der Massen an den Machtkampf, an den Kampf um die Arbeiter-und-Bauern-Republik!

Höchste Entfaltung der Masseninitiative, der eigenen Aktivität und Selbständigkeit der unteren Einheiten und Leitungen!

Revolutionäres Selbstbewußtsein, Siegeszuricht, Angriffsfreude bei bolschewistischer Nüchternheit!

Das alles verwirklichen heißt: die faschistische Diktatur schlagen und zerschlagen! Vorwärts in diesem Kampf! Erfüllt eure revolutionäre Pflicht für den Sieg der deutschen Arbeiterklasse!

Quelle: Institut für Marxismus-Leninismus, beim ZK der SED, Zentrales Parteearchiv, NL 3/42., nach: Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin, Dietz Verlag, Berlin 1980, Seite 22 bis 41 (Die Fußnoten sind ebenfalls vom revisionistischen Dietz-Verlag.)

¹⁵ In der Quelle: erhöhten.

Rudolf Gerber: Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus (1935)

Die Saarabstimmung zeigte deutlich eine erhöhte Welle des deutschen Chauvinismus, die selbst einen überwiegend proletarischen Landesteil erfaßte. Seit dem 16. März hat diese Welle neue und verschärfte Formen angenommen. Es ist Tatsache, daß viele Millionen Werktätiger vom Chauvinismus erfaßt werden, obwohl sie von der finanzkapitalistischen Hitlerdiktatur nur verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung erfahren. Das Auftreten einer weitverbreiteten Ideologie «trotz Hitler für Deutschland» beweist, daß der Chauvinismus weit über die Reihen der bewußten Anhänger der faschistischen Diktatur hinausgreift:

I. Die Voraussetzungen

«Man kann nicht unterscheiden, wo hier der käufliche Barde des Henkers Nikolai Romanow oder der Juden- und Negerschinder endet und wo der Durchschnittspießer anfängt, der aus Stumpsinn oder Charakterlosigkeit „mit dem Strome schwimmt“. Es hat auch keinen Wert, da Unterschiede zu machen. Wir haben es mit einer sehr breiten und tiefen Geistesströmung zu tun, deren Wurzeln mit den Interessen der Herren Gutsbesitzer und Kapitalisten der Großmächte sehr fest verwachsen sind.»¹

Die Tatsache einer derartigen Breite der chauvinistischen Bewegung in Deutschland beweist, daß es zur Bekämpfung des Chauvinismus nicht genügt, den Faschismus zu kritisieren. Eben diese Beschränkung unseres antichauvinistischen Kampfes war aber – wie Genosse Pieck an dieser Stelle ausgeführt hat – in unserer bisherigen Praxis weitgehend vorhanden. **Der Chauvinismus ist breiter und tiefer verwurzelt als der Faschismus**, die bloße Kritik am Faschismus läßt Wurzeln des Chauvinismus unberührt, aus denen dieser – und der mit ihm aufs engste verbundene Faschismus – neue Kraft saugen kann.

Jener teilweise Verzicht auf einen besonderen, über die allgemeine Bekämpfung der faschistischen Demagogie hinausgehenden Kampf gegen den Chauvinismus hatte aber

(mindestens gelegentlich) theoretische Wurzeln in einer falschen Charakteristik der bisherigen gegen die Versailler Unterdrückung gerichteten nationalistischen Bewegung. Die Entwicklung des deutschen Chauvinismus muß jeden überraschen, der in Scheringer und im «Aufbruchkreis» den Zielpunkt der deutschen nationalistischen Bewegung sah, der auf die Verhältnisse eines hochentwickelten, wenn auch zeitweise niedergeschlagenen und ausgeplünderten imperialistischen Landes Analogien anwandte, die – etwa – für das China Tschiang Kai Tscheks gelten. Lenin hat in seiner Kritik der Junius-Broschüre die Möglichkeit (aber nicht Wahrscheinlichkeit) nationaler Kriege frühimperialistisch entwickelter Nationen behandelt, hat aber auch die Bedingungen dargelegt, an welche eine solche Möglichkeit geknüpft ist:

»Wenn das Proletariat Europas auf 20 Jahre hinaus ohnmächtig bliebe, wenn dieser Krieg mit Siegen in der Art der Siege Napoleons und mit der Versklavung einer Reihe lebensfähiger Nationalstaaten endete, wenn der außereuropäische Imperialismus (der japanische und der amerikanische in erster Linie) sich ebenfalls noch 20 Jahre halten könnten, ohne z. B. infolge eines japanisch-amerikanischen Krieges in den Sozialismus umzuschlagen, dann wäre ein großer nationaler Krieg in Europa möglich. Das wäre eine Rückentwicklung Europas um einige Jahrzehnte. Das ist unwahrscheinlich. Es ist aber nicht unmöglich...»²

Es bedarf nicht vieler Worte, um den Nachweis zu erbringen, daß diese Bedingungen, die von Lenin als unwahrscheinlich bezeichnet wurden, vor allem infolge des Sieges des Proletariats auf einem Sechstel der Erde und der internationalen Auswirkungen dieses Sieges nicht eingetreten sind,

Jene falsche Beurteilung der deutschen nationalistischen Bewegung knüpfte einseitig an jene Periode an, wo die deutsche bürgerlich-nationale Bewegung zweifellos einen geschichtlichen Fortschritt verkörperte. Dabei

¹ Lenin, „Über den Nationalstolz der Großrussen“, 1914, Werke 21, S. 91.

² Lenin, „Über die Junius-Broschüre“, 1916, Werke 22, S. 315.

war sie im Verhältnis zum übrigen bürgerlichen Europa verspätet, die nationale Einigung wurde durch die bürgerlich-nationale Entwicklung der Nachbarländer gehemmt und stand teilweise mit ihr in Widerspruch. Daraus ergaben sich schon damals in der Zeit der Vorbereitung der bürgerlichen Revolution teilweise reaktionäre Züge des deutschen Nationalismus im Verhältnis zu den Nachbarländern (Frankreich 1813 und 1830, Polen 1830 und 1848). Die preußisch-junkerliche, auf den russischen Zarismus gestützte Führung bei der Reichseinigung, die besondere Rolle, die das preußische Junkerheer in dieser Zeit des größten nationalen Aufschwungs spielte, haben diese Widersprüche wesentlich gesteigert. Und schon während des Krieges 1870/71 begann der reaktionäre Charakter des deutschen Nationalismus klar hervorzutreten.

Die imperialistische Periode knüpfte ihre chauvinistische Massenvernebelung also bereits an Voraussetzungen, die durchaus nicht konsequent bürgerlich-revolutionär waren. Der im Wettlauf der kapitalistischen Konkurrenz zuletzt gekommene und also bei der Aufteilung der Erde benachteiligte Imperialismus kämpfte um ihre Neuauftteilung, um seinen «Platz an der Sonne» und war deshalb besonders aggressiv und reaktionär.

Die soziale Basis des deutschen Chauvinismus in der Vorkriegsperiode lag einerseits im Kleinbürgertum, andererseits in der Arbeiteraristokratie, die mit ihrem revisionistischen Sozialchauvinismus einige spezifische Noten in die chauvinistische Hetze hineinbrachte, wie «Verteidigung der Arbeitererrungenschaften», «wir haben schon mehr zu verlieren als unsere Ketten», «wir bewilligen Kanonen, wenn man dem Volk neue Rechte gewährt», «Zivilisierung der Kolonien» und «Krieg gegen den zaristischen Absolutismus».

Versailles brachte Deutschland in die eigenartige Situation eines großen, an Unterdrückung und Ausbeutung anderer Völker gewohnten imperialistischen Landes, das nun von anderen imperialistischen Ländern unterdrückt war.

Der Spießer und alles, was mit ihm verbunden war, rief nach der «guten alten Zeit», nach ihrem ruhmvollen Heere, nach den

Kolonien usw. Er rief um so mehr, je mehr ihn die Inflation enteignete. Außer ihm aber gab es noch etwas anderes: Die arbeitslose (vor allem intellektuelle) Jugend des Kleinbürgertums, seine aus ihren ökonomischen Positionen herausgeworfenen, aber noch aktionsfähigen Bestandteile. Teilweise wurden sie «Berufskontterevolutionäre», Landsknechte bei Noske, Ehrhardt und sonstwo. Doch dies war nur die aktive Minderheit einer millionenköpfigen Schicht, deren Protest gegen Versailles, das ihr den «Lebensraum» genommen hatte, durch den Druck auf alle werktätigen Schichten verstärkten Massenrückhalt erhielt. **In keinem Augenblick war der deutsche Nationalismus bloße Unabhängigkeitsbewegung ohne gleichzeitig aggressiv chauvinistische Note.** Das Jahr 1923 brachte bereits den Umschlag. Es brachte keinen Krieg, sondern die Einleitung des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft mit Auslandshilfe, der Dawesierung, es brachte andererseits infolge der opportunistischen Fehler der KPD keine Revolution und daher keine proletarische Hegemonie über die verzweifelten Kleinbürger, die nun zu potentiellen faschistischen Reserven des Finanzkapitals wurden – immer vorausgesetzt, daß es dem Proletariat nicht noch später gelang, durch Entfaltung seines Massenkampfes die Hegemonie über diese Schichten zu gewinnen.

Denn es gab zweierlei Möglichkeiten der Liquidierung von Versailles und Dawes: eine proletarische, die mit den fremden auch die einheimischen Expropriateure expropriert, alle werktätigen Massen Deutschlands im Bündnis mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt und im besonderen mit der Sowjetunion zu Macht, Freiheit und Sozialismus führte – und eine finanzkapitalistische, chauvinistische, die eine gewisse Lockerung der fremden Fesseln für das eigene Finanzkapital durch eine noch viel schärfere Anspannung des Hungerriemens für die werktätigen Massen erkauft, die aus ihnen die Mittel der imperialistischen Aufrüstung heraupreßt und sie zu guter Letzt als Kanonenfutter des eigenen wie der verbündeten fremden Imperialisten auf die Schlachtfelder gegen ihre eigenen Lebensinteressen treibt. Unsere Propaganda litt teilweise unter dem Fehler, daß wir die zweite Möglichkeit in unzulässiger

Vereinfachung vielfach als nicht vorhanden behandelten. Versailles war zweierlei: Eine Einordnung des geschlagenen deutschen Imperialismus in das System des Weltimperialismus und des Antisowjetkrieges, insofern allerdings vor der proletarischen Revolution nicht zu beseitigen – aber zugleich auch Festlegung eines bestimmten Kräfteverhältnisses zwischen den deutschen und den anderen Imperialisten, insofern allerdings auf Kosten der werktätigen Massen bis zu einem bestimmten Grade zu revidieren. Diesen Massen mußte man zeigen, daß diese Art von Versailles-Revision auf ihre Kosten ging. Dies (und nicht die Feststellung, daß diese Revision unvollständig, fragwürdig war) mußte der Hauptpunkt unserer Propaganda sein.

Für die Entwicklung des deutschen Chauvinismus in den letzten Jahren war wesentlich der Doppelcharakter des deutschen imperialistischen Aufstiegs in der Zeit der relativen Stabilisierung: Deutschland hatte gleichzeitig Kapitalimport in einer Größenordnung von jährlich 4–5 Milliarden Mark und einen immerhin annähernd halb so großen Kapitalexport: Seine Bourgeoisie kämpfte gleichzeitig gegen die Mitnutzung ihres Ausbeutungsobjektes durch fremde Kapitalisten und um neue Kolonien, «Ostraum» usw. **Der deutsche Nationalismus wandte sich gegen die tatsächlich bestehende nationale Unterdrückung des deutschen Volkes, indem er bereits die nationale Unterdrückung anderer Völker forderte.** Die Krise bedeutete die Aufrollung der Entscheidung zwischen den beiden möglichen Wegen der Aufhebung von Versailles, und dieser Kampf äußerte sich als Kampf zwischen Finanzkapital und Proletariat um die Hegemonie über das Kleinbürgertum. Wir waren nicht imstande, die proletarische Hegemonie durch Organisierung der proletarischen Massenkämpfe zu sichern – also war das Finanzkapital, imstande, die Empörung des Kleinbürgertums von der Krise auf die bloße Frage Versailles zu lenken und gegen das Proletariat zu richten, ja, sogar Teile des Proletariats zu beeinflussen.

Unser soziales und nationales Befreiungsprogramm von 1930 war ein Versuch, diesen Strom abzulenken. Erste Voraussetzung für

seine Wirkung war die Aktion des in breiter Einheitsfront auftretenden Proletariats. Das nächste Kettenglied zur Hinüberziehung der nationalsozialistischen Kleinbürger waren also die sozialdemokratischen Arbeiter, ihre Einbeziehung in die Organisierung der Massenkämpfe in den Betrieben.

Aus verschiedenen Ursachen gelang dies der KPD nicht: **Es gelang uns nicht, die antiversailler Agitation in den gesamten Rahmen des Befreiungskampfes des Proletariats einzufügen.** Es entstand in den Jahren 1930/31 ein Tempoverlust, auf den Genosse Thälmann in seinen Artikeln in der «Internationale» hingewiesen hat. Die Partei richtete ihre Linie allmählich aus; niemals wurde eine so starke Kampagne des proletarischen Internationalismus geführt wie 1932. Wovon ihre Wirksamkeit auf die – Ende 1932 schon schwankenden – Hitleranhänger abhing, war die Kampfkraft des Proletariats, doch diese erwies sich trotz des guten Anlaufs als zu schwach: der Kleinbürger marschierte mit Hitler, gegen das Proletariat.

Heute hat Deutschland wesentlichste Elemente des Versailler Systems liquidiert: Es zahlt keine Schulden und Reparationen, es rüstet im Rahmen der bis zum äußersten gespannten ökonomischen Möglichkeiten auf. Es schickt sich an, nicht nur die territorialen Bestimmungen von Versailles zu revidieren, sondern es will andere Völker unterdrücken; es will die Neuauftteilung der Welt; es hat in erster Linie räuberische Pläne gegen die Sowjetunion. **Der deutsche Chauvinismus ist heute in keiner Weise nationale Unabhängigkeitsbewegung, sondern ausschließlich provokatorischster, im besonderen gegen die Sowjetunion gerichteter, Eroberungsgeist und Militarismus.**

II. Basis und Wirkungsmöglichkeiten des deutschen Chauvinismus

Welche objektiven Möglichkeiten der chauvinistischen Massenbeeinflussung stehen dem faschistischen Finanzkapital zur Verfügung. Zuerst müssen wir die ökonomischen Grundlagen betrachten. Ein großer Teil der deutschen Produktionssteigerung seit dem Krisentiefpunkt wird von den direkten und indirekten

Kriegsrüstungen aufgenommen. Allein die Bewaffnung und vorläufige Munitionsversorgung des für die erste Mobilisierungsperiode vorgesehenen 2-Millionen-Heeres erfordert mindestens 2 Milliarden Mark. Kaum wesentlich geringer sind einerseits die Ausgaben für Kasernen, Flugplätze (insgesamt sind uns 64 solcher großenteils geschützter und getarnter Anlagen bekannt), strategische Straßen, Befestigungen usw., andererseits für Beschaffung kriegswichtiger Ersatzstoffe (allein die neuen Erdölanklagen kosten 300 Millionen Mark), für die Verlegung der Kriegsindustrie in die relativ wenig luftgefährdeten Zentralgebiete usw. Der Massenverbrauch ist nicht wesentlich gestiegen, die Erneuerung und Erweiterung des Produktionsapparates konzentriert sich in großen Teilen auf die direkten und indirekten Kriegsindustrien. Der kriegswirtschaftliche Sektor entwickelt sich auf Kosten der übrigen Wirtschaft, saugt einen immer wachsenden Teil des gesellschaftlichen Produkts auf. Die in die Rüstungen hineingepumpten Milliarden werden (abgesehen natürlich von den Profiten der einzelnen Rüstungskapitalisten) vom Standpunkt des Finanzkapitals als Ganzes erst «produktiv», wenn sie sich im Kriege in neue Möglichkeiten der Kapitalsanlage, in neue Profitquellen umsetzen. Andererseits erleichtern die Rüstungsausgaben dem Finanzkapital auch die Vereinheitlichung aller bourgeois Kräfte für die Kriegshetze: selbst die Brauerei, deren Bierabsatz infolge der Massenvereidigung zurückgeht, findet einen Ersatz in der Erzeugung von Munitionskästen (wofür uns Beispiele vorliegen).

Dies ist die objektive Seite der Rüstungsausgaben – subjektiv aber erscheint sie auch dem in dem Produktionsprozeß wieder eingestellten Arbeiter oder dem Mittelständler, dessen Umsatz, wenn auch noch so wenig, belebt wurde. Es bedarf einer gewissen Stufe des Klassenbewußtseins, um zu verstehen, daß diese Belebung ihm nur ein Teilchen dessen wiedergibt, was Hitler ihm und seinesgleichen geraubt hat, und nicht nur den primitiven Tatbestand zu sehen, daß, wie Heß sagt, «Rüstung Arbeit und Brot gibt». Man braucht nicht lange darüber zu sprechen, daß dies für die chauvinistische Kriegshetze eine gewisse Fundierung darstellt.

Organisatorisch gewinnt unter dem Faschismus die chauvinistische Propaganda eine starke Verankerung durch die verschiedenen faschistischen und gleichgeschalteten Massenorganisationen, unter denen verschiedene Typen zu unterscheiden sind: Erstens die unmittelbar dieser Hetze dienenden Partei-, Jugend- und Wehrorganisationen (die innerpolitisch sicher bemerkenswerten Unterschiede zwischen NSDAP und «Stahlhelm» spielen auf dem Gebiete der Kriegshetze keine Rolle) sowie Organisationen nach Art des «Vereins für das Deutschtum im Auslande». Zweitens die – weitgehend auf Zwang aufgebauten Berufsorganisationen verschiedener Art (in erster Linie natürlich die Arbeitsfront), die Arbeitsdienstlager usw.; drittens das ganze Netz des gleichgeschalteten deutschen Vereinswesens, das im ganzen die übergroße Mehrheit zumindest der städtischen Bevölkerung erfaßt (in diesem Zusammenhang sind für uns unter dem Gesichtspunkt der Beeinflussung der Jugend insbesondere die Sportvereine wichtig); viertens die ausgesprochen der Kriegsrüstung dienenden Organisationen, worunter neben den zur Erhöhung der militärischen Qualifikation und organisatorischen Vorbereitung bewußt faschistischer Elemente dienenden (Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps, Nationalsozialistisches Luftfahrkorps, Technische Nothilfe), eine solche breite, wenn auch weitgehend auf Zwang aufgebaute, wie der «Reichsluftschutz» von großer Bedeutung ist. Selbstverständlich ist eine starre Grenzziehung nicht möglich: in den Schulen und Lehrwerkstätten gehören sicherlich viele Jugendliche nur zwangsweise der Hitlerjugend an (was aber die ideologische Beeinflussung dieser Zwangsmitglieder durch die chauvinistische Hetze nicht ausschließt, ebensowenig wie etwa die Mehrheit der Arbeitsdienstler durch die tatsächliche Unfreiwilligkeit ihres Dienstverhältnisses gegen die Verhetzung, die militaristische Suggestion usw. des Lagerlebens geschützt sind). Andererseits enthält eine solche Zwangsorganisation wie die DAF in dem «Kraft-durch-Freude»-Betrieb, dessen Leistungen zumindest von einem beträchtlichen Teil der Mitglieder als teilweise Gegenleistung für die Mitgliedsbeiträge akzeptiert werden, ein Element der ideo-logischen Beeinflussungsmöglichkeit. **Die**

«gleichgeschalteten» Organisationen – so viele Lücken ihre Gleichschaltung in vieler Hinsicht lassen mag – sind (immer natürlich von der bewußten Gegenwirkung der klassenbewußten Proletarier abgesehen) **auf Grund der langjährigen chauvinistischen Verhetzung des Kleinbürgertums und der Arbeiteraristokratie Infektionsherde, die ihre Fäden tief selbst in antifaschistisch gestimmte Volksteile erstrecken.** Und endlich erzeugt der Luftschutzbetrieb – selbst insofern er den Massen die Nähe und den Ernst der Kriegsgefahr zum Bewußtsein bringt und insofern unfreiwillig abkühlend auf den vorweggenommenen Siegestaumel der Straßenaufmärsche wirkt – doch eben gleichzeitig eine gewisse fatalistische Einstellung zum Kriege als einer unvermeidlichen Tatsache, das Gefühl, daß «man sich wehren muß, wenn man nicht vergast werden will».

Ideologisch wendet der Faschismus neben den althergebrachten Formen der chauvinistischen Verhetzung neue Methoden der «wissenschaftlichen» Begründung des deutschen Chauvinismus an, insbesondere die Rassentheorie. Deren besonderer Nutzen für die Ausbeuterklasse besteht ja eben darin, daß sie mit ihren gegen den Klassenkampf gewendeten innenpolitischen Funktionen («Rechtfertigung» der Ausbeutung durch die angeblich höhere Rasse der Ausbeuter, Ablenkung der Empörung des Kleinbürgertums vom Finanzkapital auf die «jüdische Konkurrenz in seinen eigenen Reihen») auch die Lehre von der «Höherwertigkeit» des «nordischen Edelmenschen», also die Rechtfertigung aller geplanten Eroberungen verbindet. Damit zugleich macht sie auch den Krieg aus einer (durch Umwälzung der sozialen Verhältnisse vermeidbaren) sozialen zu einer angeblich naturgegebenen und also unabwendbaren «biologischen Gegebenheit».

Inwieweit sind nun die einzelnen Klassen und Klassenschichten des werktätigen Volkes für die mit den gewaltigsten Mitteln betriebene chauvinistische Hetze empfänglich? Im städtischen Kleinbürgertum müssen wir unterscheiden die Angestellten, Beamten usw. von den «alten» Kleinbürgern (Kleinhandlern, Kleingewerbetreibenden usw.). Die ersteren waren

zweifelos von Anfang an die relativ zuverlässigste Massenbasis des Faschismus. Ihre Unteroffiziersstellung im Produktions- oder gar im staatlichen Unterdrückungsapparat macht sie zweifellos zu den geeignetsten Trägern des chauvinistischen Giftes. Bei den «selbständigen» Kleinbürgern sind die antifaschistischen Stimmungen zweifellos sehr viel stärker – doch darf man (neben der gerade hier sehr starken historischen Verankerung des Chauvinismus) nicht vergessen, daß ein Teil dieser Schichten – besonders ihrer Jugend – gerade infolge des Verlustes der alten «gesicherten» ökonomischen Position Ersatz durch eine Stellung im Kriegs- und Unterdrückungsapparat anstrebt. Ebenfalls zwiespältig ist die Lage bei den Bauern. Bei den Klein- und Mittelbauern ist die antifaschistische Gärung beträchtlich – doch selbst abgesehen davon glauben wir (aus dem einfachen Grunde, weil die Mehrzahl dieser Bauern mehr noch als am Bodenmangel an Zinsen-, Steuern- und Monopolabgaben usw. leidet) nicht an größere Aussichten der Naziversuche, die Unzufriedenheit auf die Eroberung von «Ostraum» abzulenken. Allerdings besteht aber dieses Problem für die jungen Söhne der Kulaken und der gehobenen Mittelbauernschicht. Eben der Ablenkung dieses, für die Führung eines reaktionären Krieges außerordentlich wertvollen Menschenmaterials in dem Kriegsapparat dient u. a. auch das (vom Standpunkt der «Befriedung» des Dorfes sehr unzweckmäßige) Erbhofgesetz. In einer Zeit, wo man beispielsweise durch den Mangel an Kompanieoffizieren gezwungen ist, allen altpreußischen Traditionen zum Trotz, langgediente Reichswehrunteroffiziere zu Oberleutnants und Hauptleuten zu befördern, sieht ganz unvermeidlich ein Teil des städtischen wie des ländlichen Kleinbürgertums im Kriegsdienst Rettung vor der drohenden Deklassierung. Auch nur eine Viertelmillion neuer militärischer «Existenzen» bedeutet in bezug auf ihre ideologische Wirkung (natürlich im Sinne des Chauvinismus) auf andere Kleinbürger ein Vielfaches dieser Zahl.

Die entscheidende Frage für die Beurteilung der Massenbasis des Chauvinismus ist die Stellung des Proletariats, der Grad des Eindringens des Faschismus und des Chauvinismus in seine Reihen. Ansätze zur Schaffung

einer neuen faschistischen Arbeiteraristokratie gibt es, ohne daß man sie überschätzen sollte: Neben Werkspitzeln und Antreibern verschiedener Art, die von der Masse naturgemäß isoliert sind, gibt es Bestrebungen zur Sicherung gewisser gehobener Facharbeiterstellungen für Söhne des sonst entwurzelten Kleinbürgertums. Darum heißt es «Ehre die Arbeit und achte den Arbeiter» (womit natürlich nicht der «Untermensch» gemeint ist), darum die (nicht der bloßen Unvernunft irgendwelcher Spießer entsprungene) Forderung des Reifezeugnisses einer Mittelschule zum Antritt «besserer» Lehrstellen usw. Stark auf die Massen wirken können diese Leute nicht – schon deshalb, weil der Kleinbürger immer bestrebt ist, eine soziale Barriere nach «unten» aufzurichten und weil man die eigentlichen Schlüsselfunktionen der Betriebe nicht mit solchen Elementen besetzen kann. Fast wichtiger ist der andere Pol faschistischer Versuche zum Eindringen ins Proletariat. Zweifellos wird jede Minderheit von Arbeitsdienstlern, die in den Produktionsprozeß eingestellt werden kann (aber unter den Bedingungen der Krise des Kapitalismus kann es eben nur eine Minderheit sein), zunächst eine gewisse Beruhigung empfinden, gewisse Hoffnungen haben – und, solange diese anhalten, auch Träger des ihnen im Lager eingeflößten chauvinistischen Giftes sein. Aber freilich: lange können solche Einwirkungen nicht dauern (wenigstens nicht auf die Proletarier, deren Lebensstätte der Betrieb ist), bald wird sich sein Produktionsmilieu, sein steter Kampf, die Ausbeutung und die proletarische Solidarität gegenüber den zeitweisen Wirkungen der Kassnerziehung durchsetzen. Sie sind nicht Null, weil ja immer neuer Nachschub eintrifft – aber sie können auch nichts entscheiden.

Entscheiden kann nur die Betriebsarbeiterenschaft. Und hier kommen wir zur Frage der Stellung der gelernten, früher größtenteils von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften erfaßten Arbeiterschichten. Sie sind gegen Hitler eingestellt, der sie entrichtet, versklavt und ihr Lebensniveau herabgedrückt hat. Auch die Arbeiteraristokratie, die Träger des Einflusses der Sozialdemokratie auf die Arbeitermassen war, steht nicht zu Hitler. Doch durch die gesteigerten Kriegsvorbereitungen (die für

einzelne Arbeiterkategorien mit hohen Verdiensten in den Kriegsbetrieben verbunden sind), kann sich der Faschismus Kanäle zur Beeinflussung und teilweisen Umstimmung der Arbeiteraristokratie schaffen. Der jetzt innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft tobende Kampf um die proletarische Aktionseinheit ist zugleich der Kampf um die chauvinistische oder internationalistische Einstellung der früher sozialdemokratischen Arbeiter.

Zweifellos sind gewisse Möglichkeiten eines neuen Sozialchauvinismus in beschränktem Ausmaße gegeben. Der Unterschied zum alten Sozialchauvinismus liegt vorläufig in der Unmöglichkeit einer Fragestellung «Kanonen gegen Volksrechte», da die bloße Forderung nach den letzteren eine Durchbrechung der Totalität der faschistischen Diktatur und – bis auf weiteres jedenfalls – ein Verlassen ihres Legalitätsbodens bedeutet. Der neue Sozialchauvinismus muß sich mit der «Hoffnung» auf künftige Positionen in der «Arbeitsfront», den Vertrauensräten usw. begnügen.

Eine letzte Frage in bezug auf die Massenwirkung des Chauvinismus im Proletariat ist die, inwieweit sich die klassenbewußten Elemente den komplizierten Fragen unseres Verhaltens zum imperialistischen Heere gewachsen erwiesen haben, ohne etwa von der Ausnützung dieses Heeres für die revolutionäre Arbeit unbewußt zu seiner Bejahung zu gelangen. Es wäre sinnlos, das Vorhandensein einiger ernster Symptome auf diesem Gebiete zu übersehen: besonders bei den jungen, kämpfegewillten Elementen der Arbeiterklasse hat teilweise die Freude an der Möglichkeit der Erwerbung von Waffen- und militärischen Kenntnissen – eine Freude, die sich mitunter unbewußt mit einer gewissen Befriedigung über die Beendigung der unerträglichen Dauererwerbslosigkeit verband – zu einer gewissen Bejahung des Waffenhandwerks als solchem geführt. Und dies mußte den revolutionären Gesichtspunkt, der allein den Eintritt ins Heer rechtfertigen konnte und überhaupt den Widerstand gegen die Militarisierung abschwächen. Unter Umständen macht dies den einen oder anderen Arbeiter chauvinistischen Einflüssen zugänglich, die sehr raffiniert auf-

treten können, beispielsweise als Andeutung der Offiziere, daß die Reichswehr für die Hitlerei nicht zu haben sei, einen Krieg zum «Aufräumen» benützen werde usw. Wenn auch solche Fälle des Ausgleitens früher klassenbewußter Arbeiter Einzelerscheinungen bleiben dürften, so darf man nicht verkennen, daß sie eine Gefahr signalisieren, die bei nicht genügender Konkretisierung unserer Kriegslösungen droht. Es muß die Widerstandskraft gegen den Chauvinismus abschwächen, wenn die Unvermeidlichkeit und die revolutionäre Seite des Krieges einseitig in den Vordergrund tritt, und der Krieg zuletzt womöglich gar als der einzige Ausweg aus dem faschistischen Elend erscheint. Demgegenüber hat schon das XIII. Plenum des EKKI hervorgehoben: «Nur dieser bolschewistische Kampf vor dem Krieg um den Sieg der Revolution schafft die Gewähr des Sieges der Revolution im Zusammenhang mit dem Krieg».

III. Unsere heutigen Aufgaben

Unsere taktische Aufgabenstellung muß ausgehen von den Veränderungen der objektiven Situation.

Nicht Versailles, sondern der deutsche Imperialismus und seine faschistische Diktatur sind heute Hauptgegenstand unseres Angriffs.

Geblieben ist von Versailles die von uns gewiß auf das entschiedenste bekämpfte nationale Unterdrückung von Randteilen des deutschen Volkes. Aber auch hier wäre es offenbar falsch, die Möglichkeit der Beseitigung der nationalen Unterdrückung des einen oder anderen dieser Gebiete auf dem imperialistischen Wege einfach zu leugnen: denn solche Möglichkeiten sind auf dem Wege der imperialistischen Räuberei (etwa Deutsch-Böhmen, des Memellandes oder Österreichs) durchaus vorhanden. Es kommt darauf an, den Werktätigen dieser Gebiete zu zeigen, daß dieser imperialistische Weg der Aufhebung nationaler Unterdrückung nicht in ihrem Interesse liegt, daß es notwendig ist, nicht von Hitlers Bajonetten, sondern von der internationalen Solidarität mit dem Proletariat der unterdrückenden Nationen die nationale Freiheit zu erwarten. Es kann sein – und wir müssen dies offen zugeben –,

daß dieser Weg, der längere ist: aber er führt dafür, statt zu faschistischer Versklavung und neuem imperialistischen Massenmord, zur wirklichen sozialen und nationalen Befreiung für die Werktätigen des eigenen wie der anderen Völker. Wir sind heute gegen den Anschluß Österreichs, Deutsch-Böhmens usw. an Hitlerdeutschland. Weder im Mutterlande – wo heute von einer nationalen Unterdrückung nicht gesprochen werden kann – noch in den abgetrennten, noch heute national unterdrückten Gebieten, dürfen wir darauf verzichten «Gegen den Strom» zu schwimmen. An beiden Frontabschnitten muß die KPD das Feuer gegen den deutschen Chauvinismus konzentrieren – die Konzentrierung des Feuers auf den tschechischen, französischen, litauischen usw. Chauvinismus ist Sache unserer Klassenbrüder, die zur Unterdrückernation gehören, Liebknechts Wort, daß «der Feind im eigenen Lande steht», muß in Nationalitätenstaaten noch dahin konkretisiert werden, daß der Hauptfeind auch die eigene Sprache spricht.

In unserer Propaganda und Agitation kommt es darauf an, nicht bloß das ausbeuterische Wesen, die Gemeinheit, Sinnlosigkeit, Niedertracht des Faschismus zu beweisen – das tun wir recht gründlich und müssen es natürlich auch weiterhin tun –, **sondern darüber hinaus die einzelnen chauvinistischen Argumente zu zergliedern und zu widerlegen.**

«Wir zerreißen Versailles, wir sichern die nationale Freiheit und Ehre» – so rufen die Faschisten. Aber was sie tatsächlich bisher zerrissen haben und weiter zerreißen wollen, sind Schranken, die den deutschen Ausbeutern bei der Ausbeutung und Niedermetzelung der Werktätigen gesetzt waren. Thyssen kann nun außer den Ruhrkumpels auch die der Saar ausbeuten, kann Millionen deutscher Werktätiger als Kanonenfutter missbrauchen. Daß er damit zufrieden ist, ist natürlich – aber was haben seine Opfer davon? Wo bleibt die Freiheit der deutschen Nation, solange sie in den Fesseln der braunen Banden liegt? Und gab es je schlimmere Schmach für ein großes Kulturmvolk als die Gestapo-Höllen, die Bücherverbrennungen, die Rassengerichte, die Kastrationshöfe – von all dem täglichen Irrsinn

ganz zu schweigen?! Die Ehre des deutschen Volkes wird heute gerettet durch jene Zehntausende, die unter den schwersten Bedingungen einen heldenhaften unterirdischen Kampf führen – und der Freiheit des deutschen Volkes, steht heute offenbar nicht Versailles im Wege, sondern die faschistische Mörderdiktatur, die ihm von seinen eigenen «volksgenössischen» Ausbeutern auferlegt wurde.

Die Braunen verkünden «die zivilisatorische Berufung unserer nordischen Edelrasse». Worauf sie sich historisch stützen und was sie als ihr ewiges Recht betrachten, ist die mehrfach hervorgetretene Fähigkeit deutscher Junker, nicht nur deutsche, sondern auch französische, slawische, italienische und andere Bauern auszoplündern, für sich robotten zu lassen. Mit dieser Fähigkeit «begründen» sie (und alle anderen Ausbeuter, die selbstverständlich samt und sonder zur «Edelrasse» gehören) zugleich auch ihr «Recht» zur Ausbeutung der «rassisch minderwertigen» Teile des deutschen Volkes. Wegen dieses ihres angeblichen Herrscherrechtes wurden deutschstämmige Ausbeuter von den französischen und später von den russischen Werktagen des öfteren geköpft oder erschossen – was dann in der Nazitheorie als «Rebellion der minderen Rasse» erscheint. Was aber die zivilisatorische Mission des deutschen Volkes betrifft, so besteht sie gegenwärtig offenbar vor allem darin, sich und andere Völker von den schlimmsten Feinden jeglicher Zivilisation und Kultur zu befreien.

«Gegen die bolschewistische Barbarei» rufen die braunen Barbaren zum Kreuzzuge. Jene «Barbarei» besteht darin, daß die Völker der Sowjetunion den deutschen und anderen Völkern durch die Tat gezeigt haben, wie man sich von der Barbarei der Ausbeuterherrschaft befreit, durch den Aufbau des Sozialismus ihre Wurzeln zerstört und sich ein menschenwürdiges Leben erobert. Es ist also durchaus logisch, daß den Vertretern dieser kapitalistischen Barbarei die Sowjetunion als eine möglichst schnell auszurottende Gefahr erscheint, es ist nur logisch, daß sie – nachdem in Deutschland Hunderttausende an Unterernährung zugrunde gehen – zur Hilfe «für die hungernden Wolgadeutschen» aufrufen, damit, wenn dieser Propagandaruf den gewünschten

Kriegs-Erfolg hat, noch weitere Millionen (darunter vielleicht auch die Wolgadeutschen) von den nationalen Ausbeutern ausgehungert werden können. Unsere Aufgabe ist es, im Einzelnen aufzuzeigen, wo die Kultur und wo die Barbarei liegt.

«Ein freies Großdeutschland» behauptet Hitler zu verwirklichen. Über die «Freiheit» unter den Hitler, Thyssen und Schacht haben wir schon gesprochen. Ihre Übertragung auf weitere Teile des deutschen Volkes bedeutet für diese, so schlimm es ihnen auch heute gehen mag, keine Befreiung, sondern noch schlimmere Versklavung. Im übrigen haben die preußischen Junker, deren «beste» Traditionen Hitler fortsetzt, schon immer durch die Tat bewiesen, daß es ihnen auf möglichste Zahl und Energie der Ausbeutungsobjekte, aber durchaus nicht auf deren nationale Zugehörigkeit ankam, daß sie stets bereit waren, große Teile des deutschen Volkes den Habsburgern oder sonst wem zur Ausplünderung zu überlassen, wenn dies nur zur Ausbeutung polnischer, türkischer, afrikanischer und anderer Bauern durch deutsche Ausbeuter dienlich war. Auch Hitler sucht sich die Objekte seiner Eroberungspolitik selbstredend nicht nach der Sprachenkarte (die er vielmehr nach Bedarf korrigiert), sondern nach imperialistischen Bedürfnissen und Möglichkeiten aus und wird stets zwangsläufig Teile des deutschen Volkes irgendwelchen imperialistischen Bundesgenossen überlassen, die er für seine Raubzüge braucht.

«Raum für unser Volk» soll durch die imperialistische Aufrüstung erobert werden. Doch was dem deutschen Volke fehlt, sind nicht irgendwelche Quadratkilometer, sondern der Teil seines Arbeitsproduktes, der ihm unter dem Schutz der braunen Banden von den Ausbeutern weggefressen wird. Und wenn dem deutschen Bauer Boden fehlt, so braucht er ihn nicht jenseits der Landesgrenzen zu suchen. Er muß ihn nur dem Junker nehmen, der diesen Böden an sich gerissen hat. Der «Ostram» aber, den Hitler erobern will, mag einigen Zehntausenden Junkern, Kapitalisten, Kulaken und vor allem Rüstungsindustriellen Profit bringen – für die Millionen werktätiger Deutscher bedeutet er nur blutigen Massenmord,

weitere Ausplünderung und Verstärkung des Jochs, das auf ihnen liegt.

«Der Aufstieg Deutschlands gibt bessere Lebensbedingungen für jeden einzelnen» – Ausbeuter, so wird der Satz richtig. Er gibt auch Posten für allerhand Antreiber, Folterknechte und andere Arbeitermörder. Für die Massen des werktätigen Volkes aber bedeutet der imperialistische Aufstieg Niedergang, der Weg zu ihrem Aufstieg führt über die Vernichtung der Ausbeuterherrschaft.

«Wenn wir uns nicht schützen, so werden wir vergast werden». Auch dieser Satz hat gewisse Richtigkeit, nur muß er richtig verstanden werden. Wenn wir uns nämlich nicht vor dem imperialistischen Kriege durch die Vernichtung der kriegstreiberischen Hitlerdiktatur schützen, so werden wirklich sehr viele von uns vergast werden. Aber durch die «Schutzmaßnahmen» der imperialistischen Aufrüstung erleichtern wir nur Hitler die Herbeiführung des räuberischen Krieges, vor dessen Gefahren vielleicht eine kleine Minderheit, aber keinesfalls die Massen der Werktätigen geschützt werden können.

«Rüstung bringt Arbeit und Brot – die jungen Arbeiter, die ins Heer gehen, machen den alten die Arbeitsplätze frei» – das hat Heß vor wenigen Tagen als Lösung für die Vertrauensrätewahlen verkündet. Aber das Brot, das die Rüstung einem Teil der Arbeiterschaft gibt, ist nur ein kleiner Happen von dem, was die Hitlerdiktatur der Arbeiterklasse vom Munde wegreißt. Die vorübergehenden Vorteile, die einzelne Arbeitergruppen in der Rüstungsindustrie genießen, werden sie und ihre Kinder mit ihrem Leben bezahlen müssen. Und was den schändlichen Versuch des Herrn Heß betrifft, die Interessen der älteren Arbeiter denen der jüngeren entgegenzustellen, damit die älteren sich auf die «fetten Posten» in der Kriegsindustrie freuen und ihre Kinder den Maschinengewehren überlassen, so glauben wir, daß dieser Appell am größten Teil der älteren Arbeitergenerationen abprallen wird. Wir aber wollen ihn benutzen, um der jüngeren Generation, die teilweise auf Hitlers Lockungen hört, die ganze Schändlichkeit des Spiels zu zeigen, das mit ihr getrieben wird. Man hat schon bisher in allen möglichen Formen jüngere Arbeiter zur

militaristischen Erziehung aus dem Produktionsprozeß entfernt, ohne daß die älteren davon Vorteile hatten. Die Ankündigung des Herrn Heß zeigt, daß die Fernhaltung der Jugend vom Produktionsprozeß immer größeren Umfang annehmen soll, daß der Arbeitspaß durchaus nicht den Weg in die Fabrik, sondern auf die Schlachtfelder öffnet.

Herr Heß hat noch eine besondere Note in seinen schändlichen Appell an die ältere Arbeitergeneration hineingebracht, indem er sie aufforderte, sich darüber zu freuen, daß ihre Kinder nun «so erzogen werden, wie es sich für deutsche Männer gehört» (er weiß sehr gut, daß die Eltern für ihre eigene Person alles andere als Sehnsucht nach dem preußischen Drill empfinden). Zweifellos schlägt Heß damit eine gewisse Note im Herzen des deutschen Spießers an. Und zweifellos finden die Nazi einen gewissen Widerhall, wenn sie von «unserem Volksheer» sprechen. Der denkende Arbeiter aber wird gewiß dafür sein, daß sein Sohn schießen lernt, denn es kommt die Zeit, wo diese Kunst sehr wichtig sein wird zur Befreiung des deutschen Volkes von seinem Feinde, der im eigenen Lande steht. Aber der denkende Arbeiter ist nicht dafür, daß sein Sohn schießen lernt in einer Organisation, die ihn zum willenlosen Sklaven drillt, die ihn erzieht, nötigenfalls «auf Vater und Mutter zu schießen». Er kann als Volksheer niemals ein Heer anerkennen, das dazu bestimmt ist, auf das deutsche werktätige Volk und auf die wahren Bundesgenossen des deutschen Volkes, die Heere der Sowjetunion, zu schießen, imperialistische Kriege zu führen.

Unter unseren organisatorischen Aufgaben im Kampfe gegen den Chauvinismus sind vor allem zwei Hauptgruppen festzustellen: erstens die Herbeiführung jener praktischen Erfahrung, durch die die Massen sich davon überzeugen können, daß der imperialistische Krieg und seine Vorbereitung ihnen kein Brot gibt, sondern ihnen vom Munde abgespart wird. Der Weg zu dieser Erfahrung führt offenbar durch den Kampf der proletarischen Aktionseinheit gegen alle – samt und sondes der imperialistischen Kriegsrüstungen dienenden – Abzüge vom Lohn, gegen die Teuerung und die Lieferung minderwertiger Waren, die eine

Folge der Verwendung der besten Lebensmittel und Rohstoffe für Rüstungszwecke sind, für eine ausreichende Versorgung der Erwerbslosen mit den für Zwecke des imperialistischen Krieges aufgestapelten Vorräten. Die Existenz dieser Vorräte schafft unserem Kampf gegen den Hunger gewisse materielle Erfolgsmöglichkeiten, wie umgekehrt solche Erfolge einen unmittelbaren Schlag gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen darstellen. Zweitens gilt es, den Apparat der chauvinistischen Verhetzung zu durchdringen, revolutionäre Arbeit in sämtlichen faschistischen Massenorganisationen, vor allem in der Arbeitsfront, dann in den Arbeitsdienstlagern und überhaupt im «militarisierten Sektor» der Arbeit zu leisten. Innerhalb der verschiedenen Organisationen ist selbstverständlich eine Anpassung an die konkreten, teilweise ziemlich komplizierten Verhältnisse der einzelnen Organisationen nötig. So wird es – beispielsweise im Luftschutz nicht genügen, einfach eine Propaganda und Agitation auf der oben gekennzeichneten Linie zu betreiben. Es wird notwendig sein, die Massen praktisch davon zu überzeugen, daß wirklich ein umfassender Luftschutz für sie im imperialistischen Kriege nicht möglich ist und der Weg zu dieser Überzeugung wird oft sogar durch die Aufstellung konkreter Luftschutzforderungen (zum Beispiel Lieferung von Gasmasken an alle Arbeiter), und durch die konkrete Bekämpfung der Gestapoagenten führen, die unter dem Vorwand von «Luftschutzmaßnahmen» die Spitzelrei organisierten. In den Arbeitsdienstlagern usw. scheint gegenwärtig die Gefahr einer einseitigen Hervorhebung der bloßen materiellen Teilstforderungen (an die wir natürlich anknüpfen müssen, die aber nicht den Hauptinhalt unserer Agitation und Propaganda bilden) unter Zurückstellung des grundsätzlichen Kampfes gegen die chauvinistische Verhetzung zu bestehen.

Im Arbeitsdienst – und schon gar bei der Arbeit im neuen Massenheer, liegt das Schwergewicht bei unserem Jugendverband, bei der Frage, inwieweit er imstande sein wird, seine, durch die Erfahrung der Bolschewiki bereicherten antimilitaristischen Traditionen zu entwickeln und zum wirklichen Hauptträger des Kampfes gegen die chauvinistische Ver-

hetzung der deutschen Jugend zu werden.

Bei der Besprechung unserer konkreten Lösungen in der Frage der allgemeinen Wehrpflicht müssen wir ausgehen von der heutigen Lage der Massen (auch den uns nahestehenden), von der Hervorhebung jener Punkte, die heute das entscheidende Kettenglied bilden. Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Notwendigkeit, sich mit dem Gebrauch der Waffen vertraut zu machen, heute schon breitesten Arbeitermassen einleuchtet, daß aber durchaus nicht so allgemein die Erkenntnis ist, daß es nicht genügt, ins Heer hineinzugehen, um dort den Waffengebrauch zu erlernen, daß vielmehr ein unter solchen Gesichtspunkten erfolgender Eintritt in das Heer die Widerstandskraft des einzelnen Proletariers gegen den chauvinistischen Druck der Heeresmaschine vermindert. Schon in der Vorbereitungszeit des imperialistischen Krieges verfügt die Bourgeoisie über ungeheure Mittel zur chauvinistischen Beeinflussung aller – und insbesondere der der Kriegsmaschine eingegliederten – werktätigen Massen. Es gilt, den Arbeitern klarzumachen, wie sie ins Heer hineingehen müssen, nicht als bloße Erlerner des Waffenhandwerks, sondern als Organisatoren und Agitatoren unter den Soldaten, als bewußte Zersetzer des Ausbeuterheeres. Es kommt darauf an, den Massen, die teilweise eine sehr schematische Vorstellung vom Umschlagen des Ausbeuterheeres in eine Waffe der Revolution haben, klarzumachen, daß nicht die Frage der Waffen, sondern die Frage der Heeresorganisation das Entscheidende ist. Unsere Aufgabe besteht nicht darin, für die militärische Ausbildung der Arbeitermassen im bürgerlichen Klassenheer zu sorgen – das besorgt schon die Bourgeoisie in ihrem Todeskampfe – **unsere Aufgabe besteht vielmehr darin, die Organisation und Ideologie zu zerstören, mit denen das Kapital die von ihm militärisch ausgebildeten Werktätigen zu seinen Werkzeugen gegen ihre eigenen Klassengenossen macht.** Es gilt, den Arbeitern klarzumachen, daß die Frage ihrer Bewaffnung nicht die Frage des Aufbaus, sondern der Zerschlagung des bürgerlichen Klassenheeres ist.

Auch im Kampfe gegen den Militarismus Hitlers, gegen die allgemeine Wehrpflicht – ein Kampf, der an jede einzelne Auswirkung dieses Militarismus auf die Lage der werktätigen Massen anknüpfen muß, ist unsere Grundaufgabe die konkrete Herstellung der Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Gerade auf dem Boden des antimilitaristischen Kampfes sind die Traditionen aus der Vorkriegszeit, an die wir – im scharfen Gegensatz zum Magdeburger Wehrprogramm – anknüpfen können, außerordentlich reichhaltig. Wesentliche Unterschiede in der Auffassung werden sich hier, wie auf anderen Gebieten, hauptsächlich zeigen in bezug auf den konkreten Verlauf der Revolution, auf die Zerschlagung des alten Heeres, auf den Aufbau der Roten Armee usw. Doch diese Unklarheiten der sozialdemokratischen Arbeiter, deren Überwindung in einem höheren Stadium des Kampfes sicher von entscheidender Bedeutung sein wird, können nur überwunden werden auf Grund der Erfahrungen des konkreten gemeinsamen Kampfes um die heute unmittelbar stehenden Fragen. Eine gemeinsame Massenaufklärung der zur Einziehung kommenden Rekruten (und ebenso der zur Auffüllung des Heeres bestimmten Arbeitsdienstler usw.), gemeinsam organisierte Rekrutendemonstrationen, Kundgebungen in den Kasernen, Kundgebungen der Familienangehörigen der Soldaten, eine gemeinsame Arbeit unter den – insbesondere qualifizierten – Arbeitern der Kriegsindustrie zur Bekämpfung der Heßschen Lösungen, zur Bekämpfung des Chauvinismus, von wem immer er in die Arbeiterreihen hineingetragen wird, das sind Aufgaben, die heute durchaus im Bereich des Lösbaren liegen und über die wir uns zweifellos mit allen ehrlichen antifaschistisch eingestellten Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Organisationen werden verständigen können. Und die Lösung dieser Aufgaben durch die proletarische Aktionseinheit wird unserem Kampf gegen den Chauvinismus auf eine höhere Stufe heben.

*

Quelle: Die Kommunistische Internationale, Heft 9, vom 5. Mai 1935, Basel
Alle Hervorhebungen sind von GDS.

Deutschland**Programmerklärung der KPD. zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes.**

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands beschloß auf Vorschlag des Genossen Ernst Thälmann die nachstehende Proklamation zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes.

** Die deutschen Faschisten (Nationalsozialisten) unternehmen gegenwärtig die schärfsten Vorstöße gegen die deutsche Arbeiterklasse. In einer Zeit der Knechtung Deutschlands durch den Versailler Frieden, der wachsenden Krise, der Arbeitslosigkeit und Not der Massen versuchen die Faschisten durch zügellose Demagogie und schreiende radikale Phrasen unter der Flagge des Widerstandes gegen die Erfüllungspolitik und den Young-Plan bedeutende Schichten des Kleinbürgertums, der deklassierter Intellektueller, Studenten, Angestellte, Bauern sowie einige Gruppen rückständiger, unaufgeklärter Arbeiter für sich zu gewinnen. Die teilweisen Erfolge der nationalsozialistischen Agitation sind das Resultat der zwölfjährigen verräterischen Politik der Sozialdemokratie, die durch Niederhaltung der revolutionären Bewegung, Beteiligung an der kapitalistischen Rationalisierung und völlige Kapitulation vor den Imperialisten (Frankreich, Polen) der nationalsozialistischen Demagogie den Boden bereitet hat.

Dieser nationalsozialistischen Demagogie stellt die Kommunistische Partei Deutschlands ihr Programm des Kampfes gegen den Faschismus, ihre Politik der wirklichen Vertretung der Interessen der werktätigen Massen Deutschlands entgegen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, daß sie für die nationale Befreiung des deutschen Volkes kämpfen. Sie erwecken den Anschein, als seien sie gegen den Young-Plan, der den werktätigen Massen Deutschlands Not und Hunger bringt.

Diese Beteuerungen der Faschisten sind bewußte Lügen. Die deutsche Bourgeoisie hat den räuberischen Young-Plan angenommen in der Absicht, alle seine Lasten auf die Werktätigen abzuwälzen.

Die Faschisten helfen praktisch an der Durchführung des Youngplans mit, indem sie die Abwälzung seiner Lasten auf die werktätigen Massen dulden und fördern, indem sie an der Durchführung des vom Young-Plan diktierten Zoll- und Steuergesetze mithelfen (Zustimmung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion zu allen Vorlagen für Zoll- und Steuererhöhung, Fricksche Negersteuer in Thüringen), indem sie alle Streikbewegungen gegen den Lohnabbau zu verhindern und abzuwürgen versuchen.

Die Regierungsparteien und die Sozialdemokratie haben das Hab und Gut, Leben und Existenz des werktätigen deutschen Volkes meistbietend an die Imperialisten des Auslandes verkauft. Die sozialdemokratischen Führer, die Hermann Müller, Severing, Grzesinski und Zörgiebel sind nicht nur die Henkersknechte der deutschen Bourgeoisie, sondern gleichzeitig die freiwilligen Agenten des französischen und polnischen Imperialismus.

Alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie sind fortgesetzter Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands.

Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Young-Plan als auch gegen den Versailler Raubfrieden, dem Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (Locarno-Vertrag, Dawes-Plan, Young-Plan, deutsch-polnisches Abkommen usw.), die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen. Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden.

Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für die

imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden.

Wir führen und organisieren den Kampf gegen Steuern und Zölle, gegen die Verteuerung der Mieten und Gemeindetarife, gegen Lohnabbau, Erwerbslosigkeit und alle Versuche, die Lasten des Young-Planes auf die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land abzuwälzen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien gegen die vom Versailler Frieden gezogenen Grenzen, gegen die Abtrennung einer Reihe deutscher Gebiete von Deutschland. In Wirklichkeit aber unterdrückt der Faschismus überall, wo er an der Macht steht, die von ihm unterworfenen Völker (in Italien die Deutschen und Kroaten, in Polen die Ukrainer, Weißrussen und Deutschen, in Finnland die Schweden usw.). Die Führer der deutschen Faschisten Hitler und seine Helfershelfer aber erheben nicht ihre Stimme gegen die gewaltsame Angliederung Südtirols an das faschistische Italien. Hitler und die deutschen Nationalsozialisten schweigen über die Nöte der deutschen Bauernbevölkerung Südtirols, die unter dem Joch des italienischen Faschismus stöhnt. Hitler und seine Partei haben hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistengewerkschaft abgeschlossen, auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen Eroberern ausliefern. Mit dieser schändlichen Tat haben Hitler und seine Partei die nationalen Interessen der werktätigen Massen Deutschlands in gleicher Weise an die Versailler Siegermächte verkauft, wie es die deutsche Sozialdemokratie seit zwölf Jahren unausgesetzt gefan hat.

Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder eines Volksteiles an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.

Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte Zerreißung und Ausplunderung Deutschlands.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, ihre Bewegung richte sich gegen den Imperialismus. In Wirklichkeit aber treffen sie Abkommen mit den Imperialisten (England, Italien). Sie wenden sich gegen den Freiheitskampf der Kolonialvölker (Indien, China, Indochina), verlangen für Deutschland Kolonien und hetzen zu neuen Kriegen, vor allem zur Intervention gegen die Sowjetunion, das einzige Land, dessen siegreiche Arbeiterklasse sich gegen alle Überfälle des Weltkapitals, gegen alle Raubzüge der Versailler Imperialisten siegreich mit Waffengewalt verteidigt hat. Überall, wo der Imperialismus unterdrückte Volksmassen knechtet, würgt und niederschlägt, wirken die deutschen Faschisten durch ihre Vertreter mit: in China durch die Kapp-Putschisten Wetzel und Kriebel, in Südamerika durch die Militärmission des Generals Kuntz, in Österreich durch den Liebknecht-Mörder Pabst.

Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziel setzt. Deshalb fordern wir die werktätigen Massen Deutschlands auf, vor allem gegen den Feind im eigenen Lande, für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und für die Aufrichtung der Sowjetmacht in Deutschland zu kämpfen, um den Versailler Friedensvertrag zu zerreißen und seine Folgen zu beseitigen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien eine „nationale“, eine „sozialistische“ und eine „Arbeiter“-Partei. Wir erwidern darauf, daß sie eine volks- und arbeiterfeindliche, eine antisozialistische, eine Partei der äußersten Reaktion, der Ausbeutung und Versklavung der Werktätigen sind. Eine Partei, die bestrebt ist, den Werktätigen alles das zu nehmen, was ihnen selbst die bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen noch nicht nehmen konnten. Eine Partei der mörderischen faschistischen Diktatur, eine Partei der Wiederaufrichtung des Regimes der Junker und Offiziere.

eine Partei der Wiedereinsetzung der zahlreichen deutschen Fürsten in ihre „angestammten“ Rechte der Offiziere und hohen Beamten in ihre Titel und Posten.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien Gegner der heutigen staatlichen und sozialen Ordnung. Zugleich aber beteiligen sie sich neben den Parteien des Großkapitals an der Regierung der Weimarer Republik in Thüringen. Sie teilen sich die Ministerposten mit der kapitalistischen Volkspartei und mit dem Hausbesitzern der Wirtschaftspartei. Sie verhandeln in Sachsen mit allen Unternehmerparteien bis zur „Volksnationalen Vereinigung“ über die Bildung einer gemeinsamen Regierung. Sie erklären sich zur Teilnahme an einer Reichsregierung mit allen bürgerlichen Young-Parteien bereit. Sie bekleiden Polizeämter in Thüringen. Sie werden von den Kapitalisten subventioniert. Sie dulden in ihren eigenen Reihen nicht nur Hohenzollernprinzen, Coburger Herzöge, adelige Herrschaften, sondern auch zahlreiche Rittergutsbesitzer, Industriunternehmer, Millionäre, wie den Ausbeuter Kirdorf und andere Scharfmacher, wie den Textilfabrikanten Mutschmann.

Alle Parteien in Deutschland, mit der einzigen Ausnahme der Kommunistischen Partei, treiben Koalitionspolitik im Reiche, in Preußen, in Thüringen und anderen Einzelstaaten. Alle Parteien, außer den Kommunisten, sind Koalitions-Parteien, Regierungsparteien, Ministerparteien.

Nur wir Kommunisten sind gegen jede Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, für den revolutionären Sturz der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, für die Aufhebung aller Rechte und Vorrrechte der herrschenden Klassen, für die Abschaffung jeder Ausbeutung.

Die Nationalsozialisten behaupten, Wirtschaftskrise und Ausplündierung der Massen seien lediglich Folgen des Young-Planes; die Überwindung der Krise sei bereits gesichert, wenn Deutschland die Fesseln des Versailler Vertrages abstreift. Das ist ein grober Betrug. Um das deutsche Volk zu befreien, genügt es nicht, die Macht des Auslandskapitals zu brechen, sondern die Herrschaft der eigenen Bourgeoisie im eigenen Lande muß gleichzeitig gestürzt werden. Die Krise wütet nicht nur im Deutschland des Young-Planes, sondern auch in den siegreichen imperialistischen Ländern, mit Amerika an der Spitze. Ueberall, wo die Kapitalisten und ihre Agenten, die Sozialdemokraten, am Ruder sind, werden die Massen in der gleichen Weise ausgebettet. Nur in der Sowjetunion bewegen sich Industrie und Landwirtschaft in aufsteigender Linie. Nur in der Sowjetunion wird die Erwerbslosigkeit beseitigt, werden die Löhne erhöht, werden die sozialpolitischen Errungenschaften der Werktagen zu beispieloser Höhe ausgebaut. In allen kapitalistischen Ländern, in allen Ländern des Faschismus und der Sozialdemokratie wachsen Elend und Hunger, Lohnabbau und Erwerbslosigkeit, Reaktion und Terror.

Die Kommunistische Partei Deutschlands entfaltet den schärfsten politischen und wehrhaften Massenkampf gegen den nationalväterischen, antisozialistischen, arbeiterfeindlichen Faschismus.

Wir kämpfen für die Rettung der werktätigen Massen vor der drohenden Katastrophe.

Wir Kommunisten erklären, daß wir nach dem Sturz der Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, nach der Aufführung der proletarischen Diktatur in Deutschland, im brüderlichen Bündnis mit den Proletariern aller Länder in erster Linie folgendes Programm durchführen werden, das wir der nationalsozialistischen Demagogie entgegenstellen:

Wir werden den räuberischen Versailler „Friedensvertrag“ und den Young-Plan, der Deutschland knechtet, zerreißen, werden alle internationalen Schulden und Reparationszahlungen, die den Werktagen Deutschlands durch die Kapitalisten auferlegt sind, annullieren.

Wir Kommunisten werden uns für das volle Selbstbestimmungsrecht aller Nationen einsetzen und im Einvernehmen mit den revolutionären Arbeitern Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei usw., denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern werden, die Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland sichern.

Wir Kommunisten werden zwischen Sowjetdeutschland und der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken ein festes politisches und Wirtschaftsbündnis schließen, auf Grund dessen die Betriebe Sowjetdeutschlands Industrieprodukte für die Sowjetunion liefern werden, um dafür Lebensmittel und Rohstoffe aus der Sowjetunion zu erhalten.

Wir erklären vor den Werktagen Deutschlands: Ist das

heutige Deutschland wehrlos und isoliert, so wird Sowjetdeutschland, das sich auf mehr als neun Zehntel seiner Bevölkerung stützen und die Sympathien der Werktagen aller Länder genießen wird, keine Übersfälle ausländischer Imperialisten zu fürchten brauchen. Wir verweisen die Werktagen Deutschlands darauf, daß die Sowjetunion nur dank der Unterstützung der Arbeiter aller Länder vermocht hat, mit Hilfe ihrer unbesiegbaren Roten Armee die Interventionen des Weltkapitalismus erfolgreich zurückzuschlagen.

Im Gegensatz zu den heuchlerischen faschistischen Phrasen gegen das große Bank- und Handelskapital im Gegensatz zu den leeren nationalsozialistischen Wortgefechten gegen die Schmarotzer und gegen die Korruption werden wir folgendes Programm durchführen:

Zur Macht gelangt, werden wir dem Treiben der Bankmagnaten, die heute dem Lande offen ihren Willen aufzwingen, schonungslos Einhalt gebieten. Wir werden die proletarische Nationalisierung der Banken durchführen und die Verschuldung an die deutschen und ausländischen Kapitalisten annullieren.

Die Großhändler, die Magnaten des Handelskapitals, treiben heute die kleinen Kaufleute in den Ruin, werfen Tausende von Angestellten aufs Pflaster, vernichten Hunderttausende Mittelstandsexistenzen, wuchern die Bauern aus und schrauben die Preise für Massenkonsumartikel empor. Zur Macht gelangt, werden wir dem Treiben der Handelsmagnaten Einhalt gebieten, den Großhandel nationalisieren, starke Konsumgenossenschaften schaffen, die die Interessen aller Werktagen wirklich vertreten und sie von räuberischen Profitmachern befreien werden. Mit eiserner Faust werden wir jede Spekulation, die sich die Not der Werktagen zunutze macht, zerschmettern.

Wir werden die kapitalistischen Formen der Kommunalwirtschaft vernichten, den großen Hausbesitz entschädigungslos enteignen, die Arbeiter und die arme Bevölkerung der Städte in die Häuser der Reichen einquartieren.

Wir werden die Preise für Mieten, Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehrsmittel und alle Kommunalleistungen nach dem Klassenprinzip abstufen und sie für Proletarier und wenig begabte Werktagen auf das Mindestmaß herabsetzen.

Wir werden der Steuerpolitik der Bourgeoisie ein Ende machen. Durch Machtergreifung, entschädigungslose Enteignung der Industriebetriebe, der Banken, des großen Hausbesitzes und des Großhandels wird die Arbeiterklasse alle Voraussetzungen für einen Klassenhaushalt des proletarischen Staates schaffen. Wir werden die Sozialversicherung aller Arten (Erwerbslosen-, Invaliden-, Kranken-, Alters-, Unfallversicherung, Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenunterstützung) auf Kosten des Staates unbedingt sicherstellen.

Wir werden die Staatskasse der deutschen Sowjetrepublik von allen unproduktiven Ausgaben für Polizei und Kirche, für Pensionen und Renten an die abgedankten und davongejagten kaiserlichen Prinzen, Könige, Herzöge, Fürsten, Marschälle, Generale, Admirale, für Ministergehälter und Ministerpensionen, für die Bezahlung reaktionärer Beamter, für Korruptions- und Luxusausgaben jeder Art befreien.

Wir werden die Herrschaft der Großgrundbesitzer brechen, werden ihren Grund und Boden entschädigungslos enteignen und den landarmen Bauern übergeben, werden Sowjetgüter mit modernem Maschinenbetrieb schaffen, die Arbeitsbedingungen des Landproletariats denjenigen der städtischen Arbeiterschaft gleichsetzen und viele Millionen werktätiger Bauern in den Aufbau des Sozialismus einbeziehen.

Mit eisernem proletarischen Besen werden wir alle Schmarotzer, Großindustriellen, Bankiers, Junker, Großkaufleute, Generale, bürgerliche Politiker, Arbeiterverräte, Spekulanten und Schieber aller Art hinwegfegen.

Wir werden den zur Unterdrückung und Knechtung der Werktagen bestimmten Machtapparat zerschlagen. Vom Betriebe an bis hinauf zur deutschen Sowjetregierung — überall wird das Proletariat im Bündnis mit allen Werktagen auf Grund der wirklichen, der breitesten Sowjetdemokratie herrschen.

Durch die Einführung des Siebenstundentages und der vierstündigen Arbeitswoche, durch ein festes Wirtschaftsbündnis mit der Sowjetunion und die Hebung der Kaufkraft der Massen werden wir die Erwerbslosigkeit aus der Welt schaffen.

Wir werden jedem die Möglichkeit geben zu arbeiten. Wir werden alle Produktivkräfte der Industrie und Landwirtschaft ausschließlich in den Dienst der Werktagen stellen. Wir

werden den arbeitenden Frauen und der werktätigen Jugend
volle politische Gleichberechtigung, gleichen Lohn für gleiche
Arbeit sichern.

Wir werden die Löhne erhöhen, indem wir die Unternehmerprofite, die unproduktiven Unkosten der kapitalistischen Wirtschaftswise und die Reparationszahlungen abschaffen. Mit bolschewistischer Rücksichtslosigkeit werden wir allen bürgerlichen Faulenzern gegenüber das Prinzip durchführen; wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.

Wir Kommunisten bringen den Werktägigen das Programm ihrer sozialen Befreiung vom Joch des Kapitals. Wir werden die Begeisterung der Massen zum Siege über die Bourgeoisie zur sozialen und zugleich zur nationalen Befreiung des werktätigen deutschen Volkes entfachen. Nur der Hammer der proletarischen Diktatur kann die Ketten des Young-Planes und der nationalen Unterdrückung zerschlagen. Nur die soziale Revolution der Arbeiterklasse kann die nationale Frage Deutschlands lösen.

Wenn sich alle Arbeiter, alle armen Bauern, alle Angestellten, alle werktätigen Mittelständler, Männer wie Frauen, Jugendliche wie Erwachsene, alle unter der Krise, Arbeitslosigkeit, Not und Ausbeutung Leidenden um die Kommunistische Partei zusammenschließen, dann werden sie eine Macht von so unüberwindlicher Stärke bilden, daß sie nicht nur die Herrschaft des Kapitals zu stürzen vermögen, sondern jeder Widerstand gegen sie — sowohl im Innern als von außen — gänzlich aussichtslos wird.

Daher rufen wir alle Werktägigen, die sich noch im Banne der abgefeimten faschistischen Volksbetrüger befinden, auf, entschlossen und endgültig mit dem Nationalsozialismus zu brechen, sich in das Heer des proletarischen Klassenkampfes einzureihen. Daher fordern wir Kommunisten alle Arbeiter, die noch mit der verräterischen Sozialdemokratie gehen, auf, mit dieser Partei der Koalitionspolitik, des Versailler Friedens, des Young-Plans, der Knechtung der werktätigen Massen Deutschlands zu brechen, die revolutionäre Millionenfront mit den Kommunisten zum Kampf für die proletarische Diktatur zu bilden.

Nieder mit dem Young-Plan! Nieder mit der Regierung der Kapitalisten und Junker! Nieder mit Faschismus und Sozialdemokratie! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe Sowjetdeutschland!

Berlin, den 24. August 1930.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

1934

Kommunismus - der einzige Ausweg!

Das soziale und nationale Befreiungsprogramm der Werktätigen Deutschlands Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Wir bringen nachstehend in wörlicher Wiedergabe das überaus wichtige soziale und nationale Befreiungsprogramm der Werktätigen Deutschlands, da bedauerlicherweise beim Abdruck in unserer Nr. 29 einige Stellen fortgeblieben sind. Die Red.

Arbeiter und Arbeiterinnen, Werktätige in Stadt und Land!

Unverbrüchlich treu ihrem Programm und ihrer Aufgabe, euch, deutsche Arbeiter und Werktätige, zum Sozialismus, zu einem Leben im Wohlstand für alle Arbeitenden zu führen, steht auch jetzt, in den Zeiten der bittersten Not, des größten Elends und Hungers, verursacht durch das bereits in seinen Grundfesten wankende kapitalistische System und die faschistische Diktatur, die Kommunistische Partei Deutschlands zu jeder Stunde an eurer Seite.

Ueberall, wo ihr steht und kämpft, da steht und kämpft auch unsere Partei in eurer Mitte. Sie allein organisiert und führt eure Kämpfe, mobilisiert die Massen gegen Faschismus und Krieg, kämpft durch euch und durch jedes ihrer Organe und Mitglieder, durch jeden einzelnen ihrer Funktionäre für unsere gemeinsame große Sache, für die Sache des Sieges der proletarischen Revolution. Unzählige aus unseren Reihen haben ihre Treue zum kommunistischen Programm, ihre Treue zu euch und euren Interessen mit dem Tode bezahlt. Bis zum letzten Atemzug ihres Lebens für den Sieg der deutschen proletarischen Revolution kämpfend, ist John Scheer, der Organisator der größten illegalen Massenpartei des Proletariats, ist August Lüttgens, der Kämpfer von Hamburg, sind viele Hunderte — an die Dreitausend — von den Banditen der faschistischen Diktatur ermordet, in den Tod gegangen.

Mit jedem Wort, mit jedem Atemzug, die Proletarier der ganzen Welt für die heilige Sache des Kampfes gegen den Kapitalismus aufrufend, stand unser Dimitrow vor den Blutrütern der faschistischen Diktatur. Jede Faser an ihm ein Ankläger der internationalen proletarischen Klasse gegen die blutbesudelte Bourgeoisie, ein Fanal des unaufhaltsamen endgültigen Sieges der deutschen Arbeiterklasse über ihre Unterdrücker und Peiniger. Bis zur letzten Minute mutig und entschlossen bei euch stehend, jeden Gedanken an Flucht vor dem Faschismus ablehnend, euch mit Rat und Tat helfend eure Kämpfe zu organisieren, wurde der Führer unserer Partei, Ernst Thälmann, neben vielen zehntausenden kämpfenden Arbeitern in die Kerker der faschistischen Hölle geworfen.

Eine Partei, die zehntausende solcher aus eurer Mitte hervorgegangener Helden zählt, die ein solches Maß von revolutionärer Treue und Heroismus mit der Kampfentschlossenheit und Opferbereitschaft ihrer ganzen Klasse vereinigt, eine Partei, die unter den Bedingungen eines Terrors, wie ihn die Welt noch niemals gesehen hat, trotz ständiger Verhaftungen, Folterungen und Ermordungen, eine solch gewaltige, über das ganze Reich verzweigte und in allen Schichten der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes verankerte einheitliche und unter fester bolschewistischer Führung befindliche, illegale Massenorganisation schaffen konnte, ist unbesiegbar! Ihre Helden, ihre organisatorischen Erfahrungen, ihr Programm, ihre revolutionäre Vergangenheit sind das sicherste Unterpfand unseres kommenden gemeinsamen Sieges.

Proletarier Deutschlands! Deutsches werktätiges Volk! Wer ist Hitler und seine Partei?

Vor vier Jahren unter den Bedingungen der Brünning-Diktatur, sagte euch die Kommunistische Partei in ihrem Programm der sozialen und nationalen Befreiung: «Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, daß sie eine „nationale“, eine „sozialistische“ und eine „Arbeiter“-Partei sind. Wir erwidern darauf, daß sie eine volks- und arbeiterfeindliche, eine antisozialistische, eine Partei der äußersten Reaktion, der Ausbeutung und Versklavung der Werktätigen sind. Eine Partei, die bestrebt ist, den Werktätigen all das zu nehmen, was ihnen selbst die bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen noch nicht nehmen konnten. Eine Partei der mörderischen faschistischen Diktatur, eine Partei der Wiederaufrichtung des Regimes der Junker und Offiziere, eine Partei der Wiedereinsetzung der zahlreichen deutschen Fürsten in ihre „angestammten“ Rechte, die Offiziere und hohen Beamten in ihre Titel und Posten».

Jedes einzelne dieser Worte habt ihr in der Zwischenzeit an eurem eigenen Körper als tiefste Wahrheit empfunden. Hitler,

das ist die Herrschaft der Großen, der Reichen im Lande auf dem Rücken der Kleinen. Hitler — das ist die Partei des Finanzkapitals. Hitler — das ist die Partei der Krupp, Thyssen, Duisberg, Röchling, Schacht. Hitler — das ist die brutalste Diktatur einer verschwindenden Minderheit von Ausbeutern über eine riesengroße Mehrheit von Ausgebeuteten.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, deutsche Werktätige! Kann euch der Faschismus, kann euch Hitler aus Not und Elend zur Freiheit führen?

Wo der Kapitalismus herrscht, wird immer der Reiche den Armen ausbeuten und unterdrücken. Der Reiche herrscht über die Betriebe, über die Banken, über die Warenhäuser, über die Schiffe und Eisenbahnen. Der kapitalistische Staat ist immer ein Werkzeug der Besitzenden zur Niederhaltung der Armen und Besitzlosen, zur Aufrechterhaltung der Vorrechte der Reichen und zur Sicherung ihres Besitzes. In der Weimarer «Demokratie» wurden euch darüber die Augen verschlossen mit den betrügerischen Methoden des Parlamentarismus. Im «Dritten Reich» sollt ihr blind gemacht werden mit dem Volksbetrug der «Volksgemeinschaft» von Reichen und Armen. Welche Gemeinschaft aber könnte ihr haben mit Krupp, Thyssen und Duisberg? Welche «Volksgemeinschaft» kann es geben mit jenen Ausbeutern, die allein im Besitz der Produktionsmittel und der Macht, um die Steigerung und Sicherung ihres Profits wollen Millionen deutscher Arbeiter und Volksgenossen verhungern und verrecken lassen? Eine solche «Volksgemeinschaft» ist Volksbetrug. Der «nationale Sozialismus» Hitlers macht die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer. Niemals noch in der Geschichte besaß eine so kleine Oberschicht von 600 Multimillionären eine solch große wirtschaftliche und politische Macht über ein ganzes Land, wie sie ihnen Hitler gab. Hitler hat ihren Besitz, ihre Vorrechte, ihr Prasserdasein und Parasitentum mit einem neuen Ring von Stahl und Blei umgeben. Um ihren Profit und eure Ausbeutung zu sichern, wurden Tausende der besten Söhne der Arbeiterklasse, der besten Vertreter der Interessen der Werktätigen ermordet, werden viele Zehntausende der besten Proletarier Deutschlands in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern gefoltert, ist Deutschland zu einem Zuchthaus und Leichenhaus für die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes geworden und jeder klassenbewußte Arbeiter nach den Wünschen Goerings nur noch ein Toten auf Urlaub.

Hitler versprach euch Arbeitern und Erwerbslosen Brot und Arbeit!

Aber was er euch brachte, ist der blutige Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse, der Krieg der Reichen gegen die Armen, gegen euch, das ganze werktätige Volk. In einem Jahr faschistischer Herrschaft konnten noch nicht einmal die erwerbslosen SA-Soldaten produktive Arbeit erhalten. Eure Löhne und Gehälter aber wurden immer wieder aufs neue gesenkt. Die von euch erkämpften Tarifverträge wurden zerrissen. Alle von euch und euren Vätern erkämpften politischen Rechte, das Koalitions- und Streikrecht, wurden euch geraubt. Eure Organisationen wurden zerschlagen und ihre Vermögen gestohlen. Auf den Exerzierplätzen und in den Arbeitsdienstlagern wird die deutsche arbeitende und werktätige Jugend als Kanonenfutter für einen neuen imperialistischen Krieg und zu Werkzeugen des Bürgerkriegs gegen die eigene Klasse gedrillt. In den Betrieben, die euch, dem werktätigen Volk als den Arbeitenden allein nur gehören sollen, herrscht der Unternehmer als König über Brot und Arbeit. Er bestimmt die Höhe eures Lohnes, er bestimmt die Länge eurer Arbeitszeit, er bestimmt eure Vertrauensleute, er bestimmt allein, ob ihr erwerbslos seid und eure Familien hungern müssen. Er bestimmt — und wer von euch nicht gehorcht, der ist reif für Konzentrationslager und Zuchthaus.

Hitler versprach euch werktätigen Klein- und Mittelbauern, euch Pächtern und Siedlern die Beseitigung der Bauernnot.

Aber was er den Erbhofbesitzern als einer bevorzugten Schicht gab, mußte er dem gesamten übrigen werktätigen Volk wegnehmen. Den nachgeborenen Söhnen und Töchtern wurde das elterliche Erbe geraubt. Die Lebensbasis für die kleinen Bauern und Häusler wurde noch weiter verringert. Unangefochten sitzen die Junker und Großgrundbesitzer auf ihren großen Gütern und niemand ist im Lande, außer uns Kommunisten, der euch

landhungrigen kleinen Bauern, euch Pächtern und Häuslern zum Grund und Boden der Reichen verhelfen und euch von den Steuern, Abgaben und Zinsen an den Staat und die Banken befreien wird. Der «Reichsnährstand» ist die Umstellung der freien Agrarwirtschaft auf zwangsmäßige Kriegsproduktion. Er ist zugleich der organisatorische Ausdruck der Vorrechte des räuberischen Junkertums und der Großbauern. Die Schutzzollmaßnahmen auf Kosten und zu Lasten aller Werktätigen brachten denselben reaktionären, schmarotzerischen Staatsinteressen alleinige Vorteile.

Hitler versprach euch Kleinbürgern und Handwerkern die Beseitigung eurer Nöte, die Brechung der Zinsknechtschaft.

Was er aber wirklich schuf, war nur eine neue reaktionäre mittelalterliche Kasteneinteilung, die eure materielle Not nicht lindern konnte. Die großen Warenhäuser des Finanzkapitals, die großen Banken stehen nach wie vor und die Not der Kleingewerbetreibenden und Handwerker ist nicht geringer geworden, denn jeder Pfennig, den Hitler aus der Lohntüte des Arbeiters stahl, mußte zu Mindereinnahmen von Mark in der Tageskasse des Kleingewerbetreibenden werden.

Hitler versprach euch allen bei seiner Machtübernahme die Beseitigung der Wirtschaftskrise. Nach einem Jahr Herrschaft des Faschismus aber liegen die Betriebe weiter still und nur dort, wo für den Krieg, den ihr für die Sache der Reichen führen sollt, gerüstet wird, rauchen die Schrote. Die Schiffe verrosteten weiterhin in den Häfen, als wären alle Flüsse und Meere mit Eis bedeckt. Nur eure Not und euer Elend sind größer geworden und größer wurde die Verschuldung des Reiches, der Länder und Gemeinden. Kleiner aber wurden die Unterstützungsätze der Sozialversicherungen, und Millionen von Armen ist das Recht zum Leben aberkannt.

Hitler versprach euch Arbeitern und Werktätigen die Beseitigung von Versailles, die nationale Befreiung des deutschen Volkes. Er, der das Selbstbestimmungsrecht der überwiegenden Mehrheit des eigenen Volkes mit Füßen tritt, log euch vor, für die Befreiung aus nationaler Knechtschaft und für das Selbstbestimmungsrecht der abgetrennten Minderheiten zu kämpfen. Wir Kommunisten sagten euch 1930 bereits in unserem Programm der sozialen und nationalen Befreiung, daß «Hitler und seine Partei die nationalen Interessen der werktätigen Massen Deutschlands in gleicher Weise an die Versailler Siegermächte verkauft, wie es die deutsche Sozialdemokratie seit zwölf Jahren ausgesetzt getan hat». Wir sagten euch, den Arbeitenden und Ausgebeuteten in Stadt und Land, daß es eine wirkliche nationale Freiheit des deutschen Volkes ohne soziale Befreiung nicht geben kann.

Solange die Fabriken, die Bergwerke, die Banken und die großen Güter den kapitalistischen Ausbeutern gehören, so lange wird die herrschende Klasse auch im Dienste des internationalen Finanzkapitals die deutschen Arbeiter und Werktätigen doppelt ausplündern und unterdrücken. Wer, wie Hitler, die soziale Unterdrückung und Knechtschaft der deutschen Arbeiter und Werktätigen steigert, kann nicht für die nationale Freiheit und Vereinigung der gesamten deutschen Werktätigen kämpfen, kann nicht die Beseitigung der imperialistischen Raubverträge durchführen.

Der bürgerliche Nationalismus ist der Schrei der Bourgeoisie und der von ihr abhängigen Kleinbürgermassen nach höheren Profiten.

Der Nationalismus der Bourgeoisie ist der Ruf nach gesteigerter Ausbeutung der Arbeiter und Werktätigen im eigenen Land, ist der Versuch, die Arbeiter und Werktätigen fremder Länder unter die Oberherrschaft der deutschen Ausbeuter zu bringen. Die Faschisten können euch weder Brot noch Arbeit geben, darum geben sie euch das «Fest der nationalen Arbeit» mit Parademärschen und Feuerwerken, um euch vom Klassenkampf abzuhalten. Sie können euch nicht soziale Freiheit geben, darum setzen sie euch ihren Rassenschwindel vor, um euch willig zu machen, das Joch erhöhter Ausbeutung geduldig zu tragen, um euch willig zu machen für ein größeres Reich der deutschen Ausbeuter, für größere Profite, für sie in den Krieg zu gehen.

Hitler konnte den Vertrag von Versailles nicht beseitigen, aber er machte Deutschland zu einem Bundesgenossen der Militärclique von Japan und der faschistischen Henker Italiens, der reaktionärsten und volksfeindlichsten Mächte der ganzen Welt. Sein «Kampf gegen Versailles» war immer nur ein Kampf für höhere Gewinne der Krupp, Thyssen, Röchling. Hitler machte Deutschland zu einem Herd der imperialistischen Kriegsgefahr. Heute schon sind die Lasten, die die faschistische Diktatur für die Kriegsrüstungen den deutschen Arbeitern und

Werktätigen auferlegt, größer, als jemals die Reparationslasten gewesen sind. Hitler hat Deutschland in eine Hölle für das werktätige Volk und in eine Quelle des Krieges verwandelt und damit auch den werktätigen Deutschen in Österreich, Südtirol, Oberschlesien, Danzig und der Saar den Weg zum Reich versperrt.

Wir sind Internationalisten, weil unsere Klasse, das Proletariat, international verschlief ist, weil unser Feind, das Kapital, international verbunden ist, weil wir nur im gemeinsamen Kampf mit dem internationalen Proletariat zu wirklicher nationaler Freiheit kommen können. Nur wir Internationalisten können die Vereinigung des gesamten deutschen Volkes herstellen, weil wir allein dem gesamten werktätigen Volke Deutschlands wirkliche Selbstbestimmung, wirkliche demokratische Freiheit, soziale Freiheit, geben können. Die proletarische Revolution, die revolutionäre Arbeiterklasse unter unserer Führung, das ist die alleinige und einzige Kraft, die den Versailler Raubvertrag zerschmettern, alle Tributlasten beseitigen und die Tore des Reiches für die freie Vereinigung aller werktätigen Deutschen öffnen kann.

Mit einem tiefen Gefühl nationalen Stolzes sehen wir auf unsere revolutionäre Klasse in Deutschland, auf unsere deutsche Arbeiterschaft, die als die erste in der ganzen Welt eine gewaltige politische Arbeiterorganisation errichtete, mächtige Gewerkschaften und die größte kommunistische Massenpartei in den kapitalistischen Ländern schuf, die dem internationalen Proletariat solche Denker und Helden des proletarischen Klassenkampfes schenkte wie Marx, Engels, Bebel, Luxemburg, Liebknecht. Wir lieben unsere Sprache, unsere Heimat und wirken gerade deshalb am meisten dafür, unser deutsches Volk, unsere deutsche Arbeiterklasse zu einem Leben in Wohlstand, zum Sozialismus zu führen. Angesichts der gewaltigen Vorbilder, die das deutsche Proletariat im Kampfe für Freiheit und Sozialismus schuf, sind wir stolz darauf, uns deutsche Arbeiter, deutsche Proletarier nennen zu können. Unser Stolz hat nichts gemein mit dem bürgerlichen Nationalismus, dem Streben nach höherem Profit und Unterdrückung aller Freiheit der Werktätigen. Unsere Ehre, die Ehre des deutschen Arbeiters hat nichts gemein mit dem was Krupp und Thyssen «Ehre» nennen. Unsere Ehre ist die Ehre des revolutionären Kämpfers für die Freiheit des werktätigen Volkes. Ihre «Ehre» aber ist die Ehre von Ausbeutern und Sklavenhaltern.

Weil wir unsere Heimat und unser werktätiges Volk lieben, schmerzt es uns ganz besonders, zu sehen, wie eine Horde von raffgierigen Kapitalisten ihre blutige Diktatur über das deutsche werktätige Volk aufgerichtet hat, schämen wir uns vor den Werktätigen der ganzen Welt sagen zu müssen, daß dieses Deutschland zu einem Land der Barbarei, der schlimmsten sozialen und kulturellen Reaktion in der ganzen Welt, des Bürgerkrieges gegen das eigene werktätige Volk wurde.

Arbeiter! Werktätige! Hitler führt euch in die Barbarei und nach dem Bürgerkrieg im Lande auf die Schlachtfelder eines neuen imperialistischen Krieges. Wenn wir deutsche Arbeiter, wir deutsche werktätige Bauern, wir Kleingewerbetreibende in Stadt und Land, leben wollen, wenn wir unsere soziale und nationale Befreiung erkämpfen wollen, dann muß der Kapitalismus sterben, dann muß Hitlers Drittes Reich zertrümmert werden!

Wenn wir gemeinsam über den Faschismus siegen wollen, müssen wir aber Klarheit im ganzen werktätigen Volke schaffen darüber, wer uns in der Vergangenheit hinderte, den Willen der Mehrheit aller Schaffenden, den Sturz der Räuber und den Aufbau des Sozialismus zu vollziehen.

Wenn wir siegen wollen, müssen wir Klarheit schaffen, daß der Weg zu einem besseren Leben, der Weg zur Freiheit und Selbstbestimmung des werktätigen Volkes nicht der Weg zurück zur Weimarer Republik, nicht der Weg zurück zur wilhelminischen Monarchie sein kann.

14 Jahre lang habt ihr in eurer Mehrheit die Macht in Preußen und im größten Teil des Reiches in die Hände der Sozialdemokratie gelegt. 14 Jahre lang habt ihr über alle Enttäuschungen hinweg gehofft, daß die Sozialdemokratie eure Interessen sichert und euch zum Sozialismus führt. Erinnert euch, deutsche Arbeiter, an den Raub des Achtstundentages, an die Beseitigung der Erwerbslosenfürsorge, an den Abbau der Unterstützungsätze für Invaliden, Rentner und Erwerbslose. Erinnert euch, deutsche Arbeiter, an den fortgesetzten Abbau der Löhne und Gehälter, erinnert euch an die Beschneidung eurer Rechte und die Rechte eurer Vertrauensleute in den Betrieben, erinnert euch an die Verbote unserer Presse und die Schließungen unserer Versammlungen. Das waren die Taten sozialdemo-

kratischer Regierungen und sozialdemokratischer Polizeiherren. Das waren Marksteine auf dem Wege zur blutigen Diktatur Hitlers.

Immer schon — und besonders in unserem Befreiungsprogramm — sagten wir Kommunisten euch: «Die Erfolge der nationalsozialistischen Agitation sind das Resultat der verräterischen Politik der Sozialdemokratie, die durch die Niederhaltung der revolutionären Bewegung, Beteiligung an der kapitalistischen Rationalisierung und völlige Kapitulation vor den Imperialisten (Frankreich und Polen) der nationalistischen Demagogie den Boden bereitet.» Wir Kommunisten rangen um jeden einzelnen von euch, wir riefen euch in den Betrieben, auf den Straßen, in unseren Versammlungen auf zum Kampf. Immer schon unbestritten an der Spitze des entschlossenen Kampfes gegen den Faschismus stehend, taten wir alles, um euch, die Mehrheit der deutschen Arbeiter und Werktagen für unseren Weg, den Weg der kämpfenden Einheitsfront des deutschen Proletariats zu gewinnen.

Jeder von euch weiß, daß die Führer der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften ununterbrochen ihre verräterische Politik fortsetzen, alles taten, um durch Betrug und Manöver die Spaltung der Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten. In dieser Spaltung der deutschen Arbeiterklasse, die wir Kommunisten allein zu beseitigen suchen, lag die große Schwäche der deutschen Arbeiterklasse, ihr Unvermögen, den Faschismus von der Macht zurückzuhalten. Selbst zu einer Zeit noch, als der Faschismus schon die Stufen der Macht betrat, hinderten euch die sozialdemokratischen Führer, die kämpfende einheitliche Front der deutschen arbeitenden Klasse herzustellen, hinderten sie euch, den Weg des Generalstreiks zu gehen. Erinnert euch, deutsche Arbeiter, wie die Leipart und Graßmann die Uebernahme der Gewerkschaften durch die Faschisten vorbereiteten und deren Vermögen freiwillig auslieferten.

Aus der Sozialdemokratie, die unter der Führung von Wilhelm Liebknecht und August Bebel eine revolutionäre Partei war, haben die Ebert, Wels und Severing eine reformistische, eine konterrevolutionäre Partei gemacht. Als eine bürgerliche Partei, als eine Agentur des Finanzkapitals in der Arbeiterklasse hat euch die Sozialdemokratie, um die Posten ihrer Führer, ihren Organisationsapparat zu sichern, für weniger als 30 Silberlinge verkauft, hat Hitler den Fuß gestützt, als er sich auf euren gebeugten Rücken schwang.

Die Sozialdemokratie in ihren Führern haßt die proletarische Revolution wie die Pest, sie tat alles, um die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie zu sichern, um die Machtübernahme durch das werktätige deutsche Volk zu verhindern.

14 Jahre Sozialdemokratie endeten im Sumpfe des Faschismus. Ihre Führer Löbe und Severing sind nicht erst heute zu Agitatoren Hitlers geworden, sondern waren in ihrer Gesamtheit immer schon Wegbereiter des Faschismus.

Heute, wo ihr euch überzeugt habt von dem konterrevolutionären verderblichen Spiel, das die Sozialdemokratie mit euch und euren Interessen trieb, kommen diese selben alten Volksverführer und Volksbetrüger, um euch vorzulügen, daß sie für die «Ueberwindung der Gesetzeslosigkeit durch die Ordnung des Sozialismus» kämpfen wollen. Ihre «Ordnung des Sozialismus» ist aber nur die Aufrechterhaltung des bürgerlichen Justiz-, Polizei- und Militäraparates. Ihre «Ordnung des Sozialismus» ist nicht die Uebergabe der gesamten Macht, aller Produktionsmittel und des gesamten Grund und Bodens an die Arbeiter und Bauern, sondern lediglich ein Scheinkampf, um mit Hilfe eines neuen bürgerlichen Parlamentsschwindels der Bourgeoisie nach einer Niederlage wieder zur Macht zu verhelfen. Erinnert euch an 1918, wo ihr auf die Straße gingt und kämpftet und euch die Sozialdemokratie verbrecherisch in den Rücken fiel. Auch das neue «revolutionäre» Programm der Sozialdemokratie will nicht die Herrschaft der Arbeiterklasse, es will die Aufrechterhaltung der Spaltung, die Sicherung der Bourgeoisie vor einem revolutionären Aufschwung, vor der proletarischen Revolution. Für das Programm der Sozialdemokratie eintreten, heißt endgültig Verzicht leisten auf den Sozialismus, heißt die proletarische Revolution im Keime ersticken.

Eure Erfahrungen mit der Sozialdemokratie, euer Kampf gegen den Faschismus belehrten unsere deutschen Klassenbrüder in Österreich, den Führern der österreichischen Sozialdemokratie auf ihrem Wege zur Kapitulation vor dem Faschismus einen immer größer werdenden Widerstand entgegenzustellen. Aber was die österreichische Arbeiterklasse noch nicht begriffen hatte und was die einzige entscheidende Ursache ihrer Niederlage war, ist folgendes: Wenn wir, die proletarische Klasse, über den Faschismus siegen und zum Sozial-

mus kommen wollen, muß erst Schluß gemacht werden mit der Sozialdemokratie.

Wir Kommunisten haben euch schon immer gesagt, daß die Sozialdemokratie, durch ihre verräterische Koalitionspolitik und die Aufgabe des Klassenkampfes auf Tod und Verderben verbunden mit der Bourgeoisie, keinen entscheidenden Kampf der Arbeiterklasse siegreich führen kann. Der revolutionäre Aufstand der Arbeiterklasse, seine Organisierung und Führung ist eine Kunst, ebenso wie der Krieg und andere Künste, die die Arbeiterklasse niemals in einer sozialdemokratischen Organisation, als einer bürgerlichen parlamentarischen Partei mit einer auf parlamentarische Wahlen zugeschnittenen Organisationsform lernen kann.

Ruhm und Ehre dem österreichischen Proletariat!

Seine Niederlage im bewaffneten Kampf ist eine Lehre für uns deutsche Arbeiter, den noch vorhandenen Einfluß der Sozialdemokratie und der «linken» sich radikal gebärdenden Splittergruppen nicht nur in der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes, sondern bei allen Kämpfen, auch in den kleinsten Tageskämpfen, auszuschalten und zu vernichten. Wenn wir gemeinsam zur Freiheit, zum Siege über Hitler kommen wollen, dann müssen wir aus der Niederlage unserer österreichischen Klassenbrüder eines unauslöschlich im Gedächtnis behalten: die Sozialdemokratie kann nur Niederlagen der Arbeiterklasse organisieren. Die Sozialdemokratie wird immer, auch in der Periode der proletarischen Revolution, ein Werkzeug der Konterrevolution, der Bourgeoisie, des Kapitalismus sein und bleiben.

Darum: Niemals wieder bürgerliche Demokratie, niemals wieder Sozialdemokratie!

Proletarier Deutschlands! Deutsches werktätiges Volk!

Unsere tägliche revolutionäre Arbeit gegen die faschistische Diktatur zeigt unsere Entschlossenheit, euch, die Armen und Ausgebeutete zur Macht, zum Sozialismus, zu einem Leben in Wohlstand zu führen. Unsere revolutionäre Taktik, die uns leitet auf diesem Wege, ist geschaffen, geschult und erprobt in den Kämpfen und Erfahrungen der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Daß nur in unseren Händen sich die Schlüssel des Sieges der Arbeiterklasse befinden, zeigen die unter der Führung unserer kommunistischen Weltpartei siegreichen proletarischen Revolutionen in Rußland und China, zeigt der Aufbau des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde und die Uebernahme der Macht durch die chinesischen Sowjets auf einem Gebiete, größer als Deutschland und Frankreich. Wir Kommunisten sagen euch, dem ganzen deutschen werktätigen Volk:

Die kapitalistische Gesellschaft und ihre faschistische Diktatur werden niemals freiwillig abtreten oder von selbst zerfallen!

Wenn ihr zur Macht, zum Sozialismus kommen wollt, dann müßt ihr gemeinsam mit uns den Weg der wirklichen Volksrevolution gegen Hitler, den Weg des bewaffneten Aufstandes gegen die faschistische Diktatur, gegen die Herrschaft der Bourgeoisie beschreiten. Wenn ihr zur Macht, zum wirklichen Sozialismus kommen wollt, dann müßt ihr die Macht der Bourgeoisie mit den Mitteln der Gewalt zerschlagen, dann müßt ihr den kapitalistischen Staat mit seinen Unternehmern und Herren von Grund auf zerstören, dann müßt ihr an seine Stelle die Herrschaftsform der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats setzen. Nur sie sichert mit ihren Räten, freigewählt von allen Schaffenden, den Uebergang zum Sozialismus.

Der bewaffnete Aufstand wird nur dann ein siegreicher sein können, wenn er nicht nur auf uns, auf die Vorhut der Arbeiterklasse allein sich stützt. Wie Märzenwind muß er die Herzen und Hirne des werktätigen Volkes erfüllen und vereinen zu dem gewaltigsten Sturm, der jemals über Deutschland, das Herz Europas, fegte.

Schon geht ein breiter revolutionärer Aufschwung durch das Land.

Der Haß gegen die faschistischen Gewalthaber steigert sich von Tag zu Tag. Die Gegensätze im faschistischen Lager und innerhalb der Bourgeoisie wachsen. Wir sagen klar und unzweideutig jenen, die heute noch die Henkerrolle der Bourgeoisie erfüllen, jenen, die sich dem Freiheitskampf unseres gequälten werktätigen Volkes entgegenstemmen, daß sie unserem Haß und ihrer Vernichtung und Ausmerzung nicht entgehen werden. Wir sagen allen noch Schwankenden und Unklaren, daß unser Sieg ein unaufhaltsamer ist, daß ihr Platz nur in den Reihen der kämpfenden Arbeiterklasse sein kann.

Deutsche Arbeiter und Werktagen!

Ihr steht an der Schwelle der deutschen proletarischen Revolution!

Nur die proletarische Revolution als eine wirkliche Volksrevolution, nur die Machtübernahme durch die Arbeiter und Bauern schafft die Voraussetzung der Beseitigung von Hunger, Not und Elend. Wenn ihr nicht in Barbarei untergehen oder auf den Schlachtfeldern des Imperialismus zur höheren Ehre des Profits verrecken wollt, dann kämpft. Die siegreiche proletarische Revolution ist kein einmaliger spontaner Akt, sondern ein Prozeß, der beginnt bei der siegreichen Durchsetzung eurer elementarsten Tagesforderungen und endigt mit der Vernichtung der Bourgeoisie. Die siegreiche proletarische Revolution ist kein Prozeß, der von heute auf morgen die Mehrheit der Werkstätigen erfaßt, sondern ein Prozeß, in dem die Massen im Kampfe um ein Stückchen Brot, um das Arbeiterrecht im Betrieb, um ihre Presse, um das Recht sich frei versammeln und selbstständig über ihre Organisationen bestimmen zu können, Schritt für Schritt an die entscheidenden Kämpfe um die Macht herangeführt werden müssen. Laßt euch nicht entmutigen durch die Schwere der Aufgabe, seid euch klar darüber, daß noch einige Jahre unter dem Joch des Faschismus der deutschen Arbeiterklasse viel mehr an Opfern kosten werden als die siegreiche proletarische Revolution.

Wir Kommunisten rufen dich Arbeiter, Arbeiterin und Angestellter in die kämpfende Front der deutschen proletarischen Revolution!

Organisiere gemeinsam mit uns den Kampf in den Betrieben. Kämpfe für die Tagesforderungen der Belegschaften. Hilf mit an der Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften, an der Organisierung revolutionärer Vertrauensleute in den Betrieben, an der Herstellung der revolutionären Einheitsfront der Arbeiterklasse. Kämpfe mit der Waffe des Streiks gegen alle Verschlechterungen und für höheren Lohn, für selbstgewählte Betriebsräte, gegen den Transport von Kriegsmaterialien, für Freiheit der Arbeiterorganisationen und ihrer Presse. Gehe auf der Straße mit in unseren Demonstrationen, organisiere mit uns den politischen Massenstreik, den Generalstreik für den Sturz der faschistischen Diktatur. Kämpfe für die Befreiung aller antifaschistischen Kämpfer aus den Kerkern der faschistischen Diktatur. Marschiert in Reih und Glied mit den Kommunisten.

Wir Kommunisten rufen dich, deutscher Erwerbsloser, dich Jungprolet, dich deutsche Arbeiterfrau zum Kampf für die Freiheit der Arbeiterklasse!

Nehmt euch in Massen, was ihr braucht von den Kohlenhalden und Speichern des Finanzkapitals und der reichen Unternehmer, organisiert Hungerdemonstrationen vor den Rathäusern, den Ausgabestellen für Winterhilfe und Wohlfahrtsämtern. Fordert ausreichende Unterstützung für euch und eure Familien. Weigert euch, als Sklaven auf das Land zu den Junkern und Großgrundbesitzern zu gehen. Verweigert die Arbeitsaufnahme zu Hungerlöhnen. Organisiert Bewegungen und Streiks in den Arbeitsdienstlagern bis zu ihrer Auflösung. Organisiert euch in revolutionären Erwerbslosenausschüssen, in den unabhängigen Klassengewerkschaften.

Wir Kommunisten rufen dich, deutscher Kleinbauer, Pächter und Siedler zum Kampf für die Freiheit des ganzen werktätigen Volkes.

Zahlt keinen Groschen Abgaben, Steuern und Zinsen. Marşıiert in Massen auf die Rathäuser und Finanzämter. Verhindert in Massen alle Pfändungen. Verjagt die faschistischen Volksbetrüger aus den Dörfern, organisiert euch in revolutionären Bauernkomitees, kämpft um die Besitzergriffung von Grund und Boden der Junker und Großgrundbesitzer. Holt euch Dünger, Futter und Saatgetreide von den großen Gütern. Treibt euer Vieh auf die Weiden der Großagrarien.

Mittelständler, Handwerker, Intellektueller!

Unterstütze in jeder Weise den Kampf der Arbeiter. Verweigere die Bezahlung von Steuern, Miete und Stromgebühren. Gebt keinen Pfennig den faschistischen Schnorrern! Organisiert euch in den Kampfkomitees der Werktätigen! Holt eure Söhne aus der SA.

Arbeiter, Bauern, Handwerker! Verjagt die faschistischen Banden, streikt gegen die faschistischen Morde und Einkerkrungen, durchbrecht das faschistische Demonstrationsverbot. Entwaffnet die faschistischen Terrorbanden! Die Waffen in die Hände der Arbeiter, armen Bauern und Handwerker!

Das allein nur ist der Weg zur Macht für die Arbeiterklasse, der Weg zur Niederwerfung der faschistischen Diktatur und der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats.

Das ist der Weg, den das Proletariat des einstigen zaristi-

schen Russlands, im Bunde mit den werktätigen und ausgebeuteten Bauern unter der Führung der bolschewistischen Partei Lenins gegangen ist. Dieser Weg hat zum Sozialismus, zur nationalen Befreiung Hunderter von Nationen, zur ökonomischen und politischen Selbständigkeit des mächtigen Sowjetstaates im Kampfe gegen den internationalen Imperialismus geführt. Auf diesem Wege ihr zu folgen, auf dem Wege des Kampfes, für eure eigenen Interessen, für die Zukunft eurer Kinder, ruft euch deutsche Arbeiter und Werktätige die Kommunistische Partei Deutschlands!

Proletarier, Werktätige Deutschlands!

Die Stunde der Vergeltung für alle Verbrechen der deutschen Bourgeoisie naht. «Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben in ihr nichts zu verlieren als ihre Ketten, sie haben eine Welt zu gewinnen!»

Vorwärts für die Diktatur des Proletariats, für die Arbeiter- und Bauernräte, zum Sturz des Kapitalismus, vorwärts zum Sozialismus.

Nach dem Sturz der faschistischen Diktatur und der Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiter und Bauern in den von ihnen freigewählten Arbeiter- und Bauernräten werden die Kommunisten alles tun, um die Herrschaft der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes zu sichern und beschleunigt den Übergang zum Sozialismus in einer deutschen Räterepublik zu vollziehen. Wir Kommunisten werden in den Räten in Stadt und Land eure Zustimmung fordern, um

folgende grundlegende Maßnahmen zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen werktätigen Volkes, zur Sicherung der Macht der Arbeiterklasse, im Interesse der Freiheit und des Wohlstandes des ganzen werktätigen Volkes unverzüglich durchzuführen.

Die deutsche Räterepublik wird unter Führung der Kommunisten dem Treiben der Bankmagnaten und Ausbeuter schamlos Einhalt gebieten und ohne Verzug alle Banken, Großbetriebe, Eisenbahnen, Warenhäuser der Großkapitalisten entschädigungslos enteignen und sie in gesellschaftliches Eigentum verwandeln. Sie wird den Großhandel nationalisieren, die Werktätigen von den räuberischen Profitmachern befreien und mit eiserner Faust jede Spekulation zerstören.

Die deutsche Räterepublik wird unter Führung der Kommunisten den ganzen Grundbesitz der Gutsbesitzer, der Kirchen und der Klöster, der Hohenzollern, der Fürsten sowie jeden anderen Großgrundbesitz entschädigungslos enteignen und ihn samt allem dazugehörigen Inventar kostenlos den Bauern und Landarbeiter zur freien Verfügung übergeben.

Die deutsche Räterepublik wird unter Führung der Kommunisten die ganze Verschuldung der Arbeiter, der Bauern und des Kleinbürgertums an die Banken, Großkapitalisten und Großgrundbesitzer annullieren und alle bestehenden Massensteuern sowohl der Weimarer Republik als auch der Hitlerregierung aufheben.

Die deutsche Räterepublik wird unter Führung der Kommunisten den bürgerlichen Staatsapparat von Grund auf zerstören und alle Werktätigen zur Beteiligung an der Staatsregierung auf Grund der proletarischen Demokratie mittels der Räte sowie zur Leitung und Verwaltung der Banken, der Industrie und Eisenbahnen, der landwirtschaftlichen Großbetriebe und des gesamten gesellschaftlichen Eigentums heranziehen.

Die deutsche Räterepublik wird unter Führung der Kommunisten alle Häuser, Wohnungen und Villen der Reichen enteignen, die Parasiten aus ihnen exmittieren und sie samt den Einrichtungen den Erwerbslosen, sowie den in schlechten Wohnungen hausenden Werktätigen geben. Sie wird für alle Arbeitenden und Werktätigen die Mieten und Preise für Wasser, Gas, Elektrizität und Verkehrsmittel auf das Mindestmaß herabsetzen.

Die deutsche Räterepublik wird unter Führung der Kommunisten alle großkapitalistischen Lager und Speicher von Lebensmitteln und lebenswichtigen Bedarfsgütern enteignen und die Waren den Erwerbslosen sowie allen Bedürftigen zur Verfügung stellen. Sie wird die Sozialversicherung aller Arten und die Versorgung der alten und hilfsbedürftigen Arbeiter und Werktätigen unbedingt sicherstellen.

Die deutsche Räterepublik unter Führung der Kommunisten wird allen Werktätigen volle Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit garantieren. Sie wird die Universitäten und Hochschulen den Söhnen und Töchtern der arbeitenden Klasse öffnen und die Kultureinrichtungen, Theater, Kino,

Fortsetzung auf Seite 1425

Fortsetzung von Seite 1408

Radio, in den Dienst des werktätigen Volkes und des Aufbaus des Sozialismus stellen.

Die deutsche Räterepublik wird unter Führung der Kommunisten mit der UdSSR ein brüderliches Bündnis schließen, alle Werktätigen bewaffnen und eine mächtige revolutionäre Rote Armee schaffen. Sie wird im Bunde mit den Werktätigen der UdSSR, Polens, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Englands usw. denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern, den Anschluß an Rätedeutschland sichern und alle von der Bourgeoisie zum Schaden der Werktätigen abgeschlossenen imperialistischen Verträge für null und nichtig erklären. Sie wird gemeinsam mit den Werktätigen der UdSSR und der imperialistischen Länder die Abwehr aller Wiederherstellungsversuche des Finanzkapitals und der Junker organisieren.

Die deutsche Räterepublik unter Führung der Kommunisten wird durch die Einführung des Siebenstundentages, der fünftägigen Arbeitswoche und der Hebung der Kaufkraft der

Massen, allen Erwerbslosen Arbeit und Brot sichern. Sie wird die Löhne erhöhen, indem sie die Unternehmertroïte, die unproduktiven Ausgaben der kapitalistischen Wirtschaftsweise und alle Ausgaben für imperialistische Kriegsrüstungen abschafft. Sie wird rücksichtslos gegenüber allen Parasiten das Prinzip durchführen: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!

Sie wird durch die Uebernahme sämtlicher Produktionsmittel die Voraussetzungen schaffen für eine noch nie dagewesene wirtschaftliche Blüte des Landes im Interesse der werktätigen Massen selbst, neue Voraussetzungen für die Entwicklung des Außenhandels in erster Linie mit der UdSSR.

Die Macht der Räte, der überwiegenden Mehrheit des Volkes, vernichtet die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, beseitigt die nationale Unterdrückung und schafft den Sozialismus. Erhebt euch, Arbeiter, erhebe dich, betrogenes deutsches Volk! Mit dem Kampfruf der Kommune: «Platz den Arbeitern — Tod den Henkern» auf zum Kampf für Arbeit, Brot, Brot und Freiheit; für den Sturz der faschistischen Diktatur, für ein freies Rätedeutschland! Alle Macht den Räten!

**Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)**

Kritische Bemerkungen zu einigen Dokumenten: **Zur Linie der KPD zur „nationalen Frage“**

Nach dem Gründungsdokument der KPD, dem Programm von 1918,¹ wurden von der KPD vor 1933 zwei programmatiche Dokumente geschaffen, das „Aktionsprogramm“ von 1925 und die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ von 1930, wobei letzterer größere Bedeutung zukommt.

In beiden Dokumenten erweist sich insbesondere die falsche Reaktion auf die chauvinistische Nazi-Propaganda im Zusammenhang mit dem Versailler Vertrag als ideologisch falsch. Grundlegende Kritiken Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1935), von R. Gerber (1935) sowie von A. Klahr (1944) zeigten bereits vor 1945 an, daß eine diesbezügliche Problematik der Linie der KPD bewußt war und vor allem die Frage des Chauvinismus und Nationalismus betrafen.

Die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“² von 1930 ist von dem Versuch geprägt, der chauvinistischen Demagogie der Nazis in der Weise entgegenzutreten, daß sich die KPD als einzige konsequente Kraft gegen nationale Unterdrückung präsentierte. Dabei knüpfte die KPD direkt an die großdeutsch-chauvinistisch geprägte Propaganda gegen den Versailler Vertrag des Aktionsprogramms von 1925 an.

„Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Youngplan als auch gegen den Versailler Raubfrieden“,³ heißt es in der „Programmerklärung“⁴ und weiter: „Nur der Hammer der proletarischen Diktatur kann die Ketten des Youngplans und der nationalen Unterdrückung zerschlagen“.⁵

Auf diese Art herauszustellen, daß es angeblich nur einen Weg gebe, den Youngplan und den Versailler Vertrag loszuwerden, ist in mehrfacher Hinsicht falsch.

Die Sache so darzustellen, als ob ein durch den Versailler Vertrag unterdrücktes Deutschland innerhalb des imperialistischen Rahmens nicht veränderbar sei, entspricht vor allem nicht der Theorie des Marxismus-Leninismus, besonders nicht dem Gesetz von der ungleichmäßigen Entwicklung der imperialistischen Länder als Voraussetzung für imperialistische Kriege. Aus der unrealistischen Leugnung der tatsächlichen Möglichkeit und Gefahr, daß der Versailler Vertrag durch einen imperialistisch-faschistischen Krieg gesprengt wird, folgt im Grunde, daß diese Gefahr nicht richtig ge-

¹ Das KPD-Programm von 1918 macht keine Ausführungen zur „nationalen Frage“. Allerdings muß als Kritik in diesem Zusammenhang festgehalten werden, daß die Solidarität mit dem Kampf der vom deutschen Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Völker nicht angesprochen wird. Vgl. dazu: „Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen“, „Rot Front“, Nr. 6, Juli 1998, S. 55 ff.

² „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ der KPD, Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 197 vom 24. August 1930; in: „Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands“, 2. durchgesehene Auflage, Berlin 1955, S. 275 ff.

³ Ebenda, S. 276.

⁴ „Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden“, heißt es ebenfalls dort (S. 277). Auch dies ist eine Vereinfachung, vor der Lenin ausdrücklich warnte. In „Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus“ erklärte Lenin, daß nach dem Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland es „notwendig sein kann, den Versailler Frieden eine Zeitlang anzuerkennen und sich ihm zu fügen“, daß die Kommunisten in Deutschland sich nicht vorher „die Hände binden“ lassen sollen. Denn die „Befreiung vom Versailler Frieden unbedingt, unter allen Umständen und unverzüglich an die erste Stelle, vor die Frage der Befreiung der anderen vom Imperialismus unterdrückten Länder vom Joch des Imperialismus zu setzen, ist kleinbürgerlicher Nationalismus“, kann doch der Sieg der Revolution, z. B. in Deutschland, für die internationale Revolution ein solches Plus sein, „daß man seinetwegen – wenn es notwendig sein sollte – auf eine längere Gültigkeit des Versailler Friedens eingehen kann und muß.“ (Lenin: „Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus“, 1920, Werke Band 31, S. 61-63)

⁵ „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, S. 281.

sehen und bekämpft werden kann.⁶

Nicht zuletzt mußte es bei den Volksmassen dann so herauskommen, daß angesichts der „Erfolge“ der Nazifaschisten bei der Abschüttelung des Versailler Vertrages die Kommunisten unrecht behalten hätten, Hitler aber „sein Wort“ gehalten habe. Dies war wohl einer der gefährlichsten Siege der Nazifaschisten im Kampf um die Millionenmassen, der die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch Nazideutschland wesentlich ermöglicht hat.

Der Versuch der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung“, die Nazifaschisten hinsichtlich des für eine gigantische Demagogie genutzten Bereichs wirklicher und angeblicher „deutscher Minderheiten“ in anderen Ländern zu entlarven, ist nicht nur unzureichend, äußerst oberflächlich, sondern auch falsch und gefährlich, wie in der folgenden „Entlarvung“ der Nazifaschisten deutlich wird:

„Hitler und die deutschen Nationalsozialisten schweigen über die Nöte der deutschen Bauernbevölkerung Südtirols, die unter dem Joch des italienischen Faschismus stöhnt. Hitler und seine Partei haben hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen, auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen Eroberern ausliefern. (...) Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands.“⁷

Hier werden großdeutsche Gedanken propagiert, indem eine großdeutsche Republik – unter kapitalistischen Verhältnissen – gefordert wird, die nicht nur Teile Österreichs oder gar ganz Österreich umfassen sollte, sondern auch andere Gebiete, die durch den Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt worden waren und seitdem zu Polen, Belgien oder Frankreich gehörten.

Angesichts des „Anschlusses“, der Annexion Österreichs im Jahr 1938 ist es von erheblicher Bedeutung, daß in der deutschen Arbeiterbewegung in bezug auf die Selbständigkeit Österreichs offensichtlich nicht nur keine richtige, sondern eine ganz falsche Propaganda betrieben wurde, die es angesichts der faschistischen Demagogie für den Anschluß Österreichs sicher erschwert hat, dies als Annexion zu erkennen und als ungerecht zu bekämpfen.⁸

Die bereits im Aktionsprogramm festgestellten großdeutsch-chauvinistischen Anleihen in der Argumentation gegen die Grenzregelungen des Versailler Vertrages finden sich auch in der Programmerklärung wieder. Es werden ausnahmslos alle sich aus dem Versailler Vertrag ergebenden Verpflichtungen abgelehnt, untermauert durch die ausdrückliche Feststellung, daß keine einzige Grenze anerkannt würde, „die ohne die Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.“⁹

Der Kampf gegen den deutschen Chauvinismus wird im Dokument der Brüsseler Konferenz nicht thematisiert. Diesem offenkundigen Mangel abzuhelpfen dient ein **Artikel von R. Gerber 1935** in

⁶ Völlig falsch und ein Bumerang war auch die These von der „feigen Bourgeoisie“, die Ernst Thälmann wie folgt vertrat: „Wer die Hoffnung hat, daß die deutsche Bourgeoisie die Zerreißung des Young-Plans in die Wege leiten wird, der wird bitter enttäuscht werden. Diese Bourgeoisie ist viel zu feige, um die Ketten zu zerreißen.“ (Ernst Thälmann: „Für Brot und Freiheit!“, Rede im Berliner Sportpalast, 12. September 1930, „Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Band II, 1. Auflage Berlin 1955, Nachdruck Frankfurt/M. 1972, S. 553)

⁷ „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, S. 277.

⁸ Daß diese Positionen jedoch nicht nur bei der KPD verbreitet waren, sondern ähnlich auch von führenden Kadern der Kommunistischen Internationale vertreten wurden, zeigt die Aussage Dimitroffs von 1933 vor dem Nazi-Gericht in Leipzig, der aus den Beschlüssen des 12. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern zitiert: „Die Hauptlösung, die die KPD der Lösung der faschistischen Diktatur ('Drittes Reich') ebenso wie der Lösung der Sozialdemokratischen Partei ('Zweite Republik') gegenüberstellen muß, ist die Lösung der Arbeiter- und Bauernrepublik, d. h. die Lösung des sozialistischen Sowjetdeutschlands, die auch die Möglichkeit eines freiwilligen Anschlusses des österreichischen Volkes und anderer deutscher Gebiete gewährleistet.“ (Dimitroff: „Schlußrede vor Gericht“, in: „Dimitroff – der Held von Leipzig“, Nachdruck 1972 ohne Ort, S. 98).

⁹ „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, S. 277

der „Kommunistischen Internationale“ unter der Rubrik „Tribüne des VII. Weltkongresses“ mit dem Titel: „Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus“.¹⁰

Gerber stellt realistisch fest, daß „der Chauvinismus weit über die bewußten Anhänger der faschistischen Diktatur hinausgreift, daß – wie die Saarabstimmung zeigte – „viele Millionen Werktätige vom Chauvinismus erfaßt werden, daß der Chauvinismus „breiter und tiefer verwurzelt ist als der Faschismus“.

Genosse Gerber benennt dann Ursachen, die dazu geführt haben, daß das Gift des deutschen Chauvinismus während des Nazifaschismus so tief in breiteste Teile der werktätigen Massen eindringen konnte. Er erwähnt drei zentrale Punkte:

- Gerber verweist darauf, daß historisch betrachtet der deutsche Nationalismus auch in der Aufbruchsperiode der bürgerlichen Revolution teilweise reaktionäre Züge trug, ja:

„In keinem Augenblick war der deutsche Nationalismus bloße Unabhängigkeitsbewegung ohne gleichzeitig aggressiv chauvinistischer Note.“¹¹

Gerber macht klar, daß nur die Analyse dieser reaktionären Züge es ermöglicht, die tiefe Verwurzelung des deutschen Chauvinismus auch in den werktätigen Massen zu erkennen.

• Gerber verweist darauf, daß schon vor dem Ersten Weltkrieg das Kleinbürgertum und die Arbeiteraristokratie die soziale Basis des deutschen Chauvinismus waren und insbesondere die Arbeiteraristokratie den deutschen Chauvinismus in neuen Varianten in die Arbeiterklasse hineintrag.

• Gerber verweist nicht nur auf die ideologischen Wirkungsmöglichkeiten zur Verbreitung des deutschen Chauvinismus durch die Nazis, wie z. B. die Verknüpfung des Rassismus mit dem deutschen Chauvinismus, sondern auch gerade auf die ökonomischen und organisatorischen Wirkungsmöglichkeiten der Nazis wie z. B. die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Aufrüstung oder den riesigen Umfang der nazistischen Massenorganisationen.

Genosse Gerber kritisiert auch sehr richtig indirekt die Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung der KPD von 1930, wenn er feststellt, daß es eben zwei Möglichkeiten gab, den Versailler Vertrag zu beseitigen, eine revolutionäre Lösung und eine imperialistische Lösung. Er macht klar, daß es höchst schädlich und theoretisch falsch war zu behaupten, daß nur die KPD Versailles beseitigen könne. Statt dessen wäre es notwendig gewesen, den prinzipiell anderen Charakter der revolutionären Lösung durch die proletarische Revolution dem imperialistischen Weg gegenüberzustellen. Gerber kritisiert dann an der KPD, daß die imperialistische Lösung in „unzulässiger Vereinfachung vielfach als nicht vorhanden behandelt wurde“, statt als „Hauptpunkt unserer Propaganda“ die durchaus mögliche und sehr reale Gefahr einer Revision des Versailler Vertrages auf Kosten der Arbeiterklasse und der anderen Ausgebeuteten bewußtzumachen, zu erklären und dagegen zu mobilisieren.

Gerber geht dann auch direkt auf die Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung der KPD von 1930 ein, ohne jedoch ausdrücklich eine Kritik an diesem Dokument vorzubringen.¹²

¹⁰ Gerber: „Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus“, in: Kommunistische Internationale, Nr. 9/1935, S. 723-740. (Siehe jeweils auch den vorherigen Abdruck in dieser Broschüre)

¹¹ Ebenda, S. 726.

¹² 1943 kritisierte Pieck das Programm zur nationalen und sozialen Befreiung nicht wegen seiner chauvinistischen Positionen z. B. gegenüber Österreich, sondern weil dort angeblich ein strategischer Fehler begangen wurde, indem die unmittelbare Zielsetzung der Erkämpfung der Diktatur des Proletariats propagiert wird: „Das Programm enthielt also zwei sehr ernste Fehler; der eine war ein strategischer Fehler und bestand in der unmittelbaren Zielsetzung der sozialistischen Revolution und der proletarischen Diktatur, obwohl dazu die Voraussetzungen noch nicht gegeben waren...“ (Pieck: „Reden und Aufsätze 1908-1950“, Band I, S. 397)

Pieck formuliert eine weitere Kritik: „aber es hatte den Mangel, daß es die aktuellen Kampffragen der Verteidigung der Demokratie und der politischen Rechte der Volksmassen, der Umgestaltung der Regierung in eine demokratische Regierung des Volkes nicht genügend in den Vordergrund rückte...“ (Ebenda)

Er stellt aber zu diesem, wie er sagt, „Versuch“, den „Strom“ des deutschen Chauvinismus „abzulenken“, fest:

„Es gelang uns nicht, die antiversailler Agitation in den gesamten Rahmen des Befreiungskampfes des Proletariats einzufügen.“¹³

Im letzten Teil der Arbeit „Unsere heutigen Aufgaben“ wird aber auch sichtbar, daß die positiven Ansätze des Artikels, sich detailliert mit dem deutschen Chauvinismus und seiner Funktion für den Nazifaschismus auseinanderzusetzen, noch schwer belastet waren durch grundlegende Unklarheiten über den Kampf gegen den großdeutschen Gedanken innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, die etwa zum Ausdruck kommen in Sätzen wie diesem:

„Wir sind heute gegen den Anschluß Österreichs, Deutsch-Böhmens usw. an Hitlerdeutschland.“¹⁴

Hier formuliert Gerber so, als wäre es nach der proletarischen Revolution in Deutschland richtig, einen „Anschluß Österreichs“ oder „Deutsch-Böhmens“ zu fordern. Auch Gerber geht hier also ganz falsch von einer „großdeutschen Lösung“ aus, ähnlich wie der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale bzw. die KPD in den bereits kritisierten programmatischen Dokumenten.

Erst Alfred Klahr kritisiert in seiner Schrift „Gegen den deutschen Chauvinismus“ 1944 grundlegend die großdeutsche Propaganda und Linie der KPD zur „nationalen Befreiung“:

„Leider hat selbst die deutsche Linke innerhalb der deutschen Sozialdemokratie und später auch die KPD diese Wandlungen des großdeutschen Gedankens im Zeitalter des Imperialismus nicht verstanden und hat dem Eindringen des großdeutschen, pangermanischen Griffes in die Arbeiterklasse damit Vorschub geleistet. Junius (R. Luxemburg) vertrat 1915 die Lösung einer großdeutschen Republik. (...)

Das außenpolitische Problem wurde zwar gestellt, aber auf der Basis der Anerkennung der großdeutschen Idee, d. h. auf einer prinzipiell falschen Basis, auf der gleichen Basis, wie es die deutschen Nationalisten taten. Kein Wunder, daß die Partei in der nationalen Frage in das Schlepptau der Faschisten geriet.“¹⁵

*

Auszug aus:

Rot Front Nr. 8/9/10 „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945-46)“, S. 578 ff, Juni 2000.

Mit beiden Kritiken hat Pieck unrecht. Wie schon gesagt, war es richtig und entsprach dem Programm der KPD von 1918, daß 1930 in Deutschland das strategische Ziel die Erkämpfung der Diktatur des Proletariats war. Die zweite Kritik ist reinster Reformismus, wenn gefordert wird, die kapitalistische Regierung des deutschen Imperialismus „umzustalten“ in eine „demokratische Regierung des Volkes“.

¹³ Gerber: „Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus“, in: Kommunistische Internationale, Nr. 9/1935, S. 727 (Hervorhebung von GDS).

¹⁴ Ebenda, S. 733.

¹⁵ Klahr: „Gegen den deutschen Chauvinismus“ (Auschwitz 1944), S. 105-107.

Kurze Bemerkungen zum Programm der KPD von 1934

1934 erschien in der „Rundschau“ Nr. 36/1934 S. 1405-1408 und 1425 „Das soziale und nationale Befreiungsprogramm der Werktätigen Deutschlands“ unter der Überschrift „KOMMUNISMUS - DER EINZIGE AUSWEG!“ (siehe vorherigen Abdruck in dieser Broschüre)

In diesem Programm - angelehnt an die 1930 erschienene Programmerklärung zur „nationalen und sozialen Befreiung“ - spiegelt sich deutlich die Linie der KPD dieser Zeit wieder.

Zum einen wird sehr klar und eindeutig - an der Orientierung auf die sozialistische Sowjetunion, auf Kernpunkte des Programms der proletarischen Diktatur, der Zerschlagung des „bürgerlichen Staatsapparates von Grund auf und auf den Weg des bewaffneten Aufstandes festgehalten - und der Weg der konterrevolutionären Sozialdemokratie empirisch nachgezeichnet, Deutschland als „**Herd der imperialistischen Kriegsgefahr**“ eingeschätzt. Auf der anderen Seite enthält das Programm jedoch gravierende Mängel in konzentrierter Form.

1. Nach wie vor wird die proletarische Revolution als „**einige Kraft, die den Versailler Vertrag zerschmettern ...kann**“ bezeichnet und auch 1934, wie 1930, die falsche und zu kurz greifende Behauptung aufgestellt, daß die Nazis „**in gleicher Weise an die Versailler Siegermächte**“ Deutschland verkaufen, wie die Sozialdemokratie und der Nazifaschismus angeblich „nicht die Beendigung der imperialistischen Raubverträge durchführen“ könne. (Diese Position wird 1935 von Gerber indirekt kritisiert.)

2. Falsch wird eine „Großdeutsche“ Perspektive manifestiert: „den werktätigen Deutschen (!! Sic!!) in Österreich, Südtirol, Oberschlesien und Danzig und der Saar“ würde angeblich von den Nazis „der Weg zum Reich versperrt“ und gleichzeitig wird von der KPD von den „deutschen Gebieten“ geredet, denen auf ihren Wunsch der „Anschluß an Rätedeutschland“ gesichert würde.

3. Zum Thema „nationaler Stolz“ wird sehr einseitig und somit falsch - angesichts der gravierenden Probleme in der deutschen Arbeiterbewegung, um es vorsichtig zu formulieren - der Gedankengang Lenins über den „Nationalstolz der Großrussen“ referiert und die Gesamtpalette der Argumentation Lenins wird nationalistisch beschnitten.

4. Die aktuellen Einschätzungen 1934 gehen doch sehr in Richtung „großmäulig“, etwa wenn gegen die Emigration von leitenden Kadern der KPD, Thälmann als leuchtendes Beispiel erwähnt wird, der - „**jeden Gedanken an Flucht vor dem Faschismus ablehnend**“, dann doch eben verhaftet wurde. Daß die KPD „allein“ alle Kämpfe führt, geht in eben diese falsche überhebliche Richtung. Die weitgehende Fehleinschätzung der Lage wird deutlich: Die KPD ist „**unbesiegbar**“. „**Schon geht ein breiter revolutionärer Aufschwung durch das Land**“, das sich angeblich „**an der Schwelle der deutschen proletarischen Revolution**“ befindet. In diesem Zusammenhang wird klar, daß auch mögliche Veränderungen innerhalb der Sozialdemokratie gar nicht für möglich gehalten werden oder vor der proletarischen Revolution eine Rückkehr zu bürgerlich-parlamentarischen Verhältnissen. Die Lösung „**Niemals wieder bürgerliche Demokratie, niemals wieder Sozialdemokratie**“ beweist dies. (Siehe auch die These, daß „**die Sozialdemokratie immer ein Werkzeug der Konterrevolution**“ sei, daher müsse „**Schluß gemacht werden mit der Sozialdemokratie**“.) Die fehlende Differenzierung von programmatischen, strategischen und aktuellen taktischen Aufgaben liegt auf der Hand.

5. Die konkreten Aufforderungen zu Streiks, Demonstrationen, Generalstreik, zur Entwaffnung der Nazi-Banden gehen einher mit kruden Aufforderungen keine „Steuern“ und „Zinsen“ mehr zu bezahlen - offensichtlich ausgesprochen unrealistische Vorstellungen.

6. Es fehlt eine klare Unterscheidung des Bewußtseinstand der Mehrheit der Werktätigen von ihrer objektiven Lage, wenn es heißt, nun sei „**Deutschland zu einem Zuchthaus und Leichenhaus**

für die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes“ geworden.

Das richtige gegen revisionistische Tendenzen gerichtete Festhalten an programmatischen Grundpositionen geht in diesem Dokument einher mit rechten, nationalistischen Grundpositionen eines „Großdeutschlands“ sowie einer völligen Verkennung der Rolle des Nazi-Deutschlands, des deutschen Imperialismus bei der Vorbereitung der kriegerischen Zerreißung der Versailler Verträge und eine extrem absurde Einschätzung der Lage der deutschen Arbeiterbewegung (und einer verqueren Einschätzung des Kampfes der Arbeiter in Österreich 1934). Ein Vergleich im Detail mit dem Programm 1930 zeigt zwar einige Korrekturen (die Reihenfolge von „sozial“ und „national“ wurde etwa geändert), die aber im wesentlichen nichts daran ändern, daß dieses Programm nicht wirklich die Bedeutung des Machtantritts des Nazifaschismus für Deutschland und die Welt, für die deutsche Arbeiterbewegung und die KPD reflektiert hat.



BUCHLADEN GEORGI DIMITROFF

... hier gibt es:

- ☞ Schriften von Marx, Engels, Lenin, Stalin und der Kommunistischen Internationale in verschiedenen Sprachen
 - ☞ Proletarisch-revolutionäre und antifaschistische Romane
 - ☞ Antifaschistische und antiimperialistische Literatur
 - ☞ Materialien zum Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, deutschen Chauvinismus und Nationalismus
 - ☞ Materialien zur revolutionären Bewegungen in anderen Ländern
 - ☞ Literatur und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und zum deutschen Imperialismus
 - ☞ die monatlichen Flugblätter von „Gegen die Strömung“ zu Themen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Kommunismus
 - ☞ die vierteljährlich herausgegebenen „Bulletins - zur Information der revolutionären und marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder“; erscheint regelmäßig auf Türkisch, Französisch, Englisch, Spanisch, Italienisch und Niederländisch.
 - ☞ „Rot Front“, das Theoretische Organ von „Gegen die Strömung“, Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus
 - ☞ weitere Publikationen von „Gegen die Strömung“
 - ☞ Gelegenheit zu diskutieren
- ... und vieles mehr.!

Öffnungszeiten: Freitag 16.30 - 19.30 Uhr, Samstag 10 - 13 Uhr.

60327 Frankfurt/M., Speyererstr. 23 (Fax: 069 - 73 09 20)